

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie recht herzlich zu unserer heutigen Sitzung begrüßen und eröffne diese. Ich begrüße auch die Damen und Herren, die heute aus der Bürgerschaft gekommen sind, besonders die Jugend aus dem Bundesrealgymnasium, und die Vertreter der Presse. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer wurden mir Frau Gemeinderätin Ingrid Weixlberger u. Herr Gemeinderat Kurt Apfelthaler bekanntgegeben. Nehmen Sie diese Funktion an? Ja - danke. Entschuldigt ist Frau Gemeinderätin Felicitas Bauer.

ALLFÄLLIGE ANFRAGEN wurden nicht gestellt, daher brauchen sie auch nicht beantwortet werden.

Zu den MITTEILUNGEN DES BÜR-GERMEISTERS unter Punkt Nr. 3) darf ich Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß unsere Bemühungen zur raschen *Sanierung des Hallenbades* erfolgversprechend verlaufen.

Nachdem von Landessportdirektor Alfred Hartl unsere Eingabe, betreffend einer etappenweisen Sanierung des Hallenbades, grundsätzlich schon im Dezember für gut befunden wurde, hat am 8. Jänner, also am Montag dieser Woche, ein Lokalausgutschein im Steyrer Hallenbad stattgefunden. Daran haben neben dem Landessportdirektor auch die Mitglieder des Bäderbau-Beirates des Landes OÖ, Vertreter der Bäderbauunternehmen Berndorf und Hinke, die Stadträte Bremm und Eichhübl sowie Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Vorderwinkler teilgenommen. Dabei wurde die vorgesehene Sanierungsphase 1, die im wesentlichen eine Generalsanierung der großen Schwimmhalle, der Warmwasseraufbereitung sowie des Sanitärbereiches umfaßt, im Detail diskutiert sowie die Mitfinanzierungsmöglichkeit durch das Land bei dieser rund 20 Millionen Schilling umfassenden Investition der ersten Etappe besprochen. Die Mitglieder des Bäderbau-Beirates haben uns zugesichert, daß sie das vorliegende Sanierungskonzept umgehend im Detail prüfen werden, und Landessportdirektor Hartl wird daraufhin kurzfristig mit uns weitere Gespräche führen. Ich bin daher zuversichtlich, daß wir diese Sanierung so zeitgerecht ins Auge fassen können, daß eine Wiederinbetriebnahme - wie ich hoffe - in der nächsten Saison stattfinden kann.

Die Beschlußfassung über die konkrete Höhe der Landesförderung für die Sanierung wird zwar leider erst im April fallen, weil zu diesem Zeitpunkt die entsprechende Sitzung der Oö. Bädersanierungskommission anberaumt ist. Ich werde mich jedoch aufgrund des Termindruckes bemühen, schon früher eine exakte Förderungszusage zu erhalten.

LH Dr. Pühringer und auch seine Stellvertreter Fritz Hochmair und Dr. Christoph Leitl haben ihre Förderungszusage gegeben - es geht also noch um die Höhe. Ohne daß wir aber als Stadt selbst auch tief in die Tasche greifen, wird es natürlich nicht gehen. Es ist auch notwendig, daß im Stadtbudget 1996 dafür ein Ansatz in entsprechender Höhe unerlässlich ist und der Beschluß des Gesamtbudgets, der heute erfolgen soll, unter anderem auch Voraussetzung dafür ist, die Sanierung des städtischen Hallenbades zeitgerecht beginnen und termingerecht abschließen zu können.

Etwas sehr Erfreuliches darf ich Ihnen noch mitteilen, meine Damen und Herren! Gestern erhielt ich ein Schreiben von *BMW Steyr*, betreffend die *Ausbaustufe V*, das ich Ihnen zur Kenntnis bringen möchte, weil damit doch auch einmal positiv unterstrichen wird, daß manches bei uns schon sehr gut funktioniert. Herr Dr. Walter Durchschlag u. der Planungschef, Herr Kandlbinder, schreiben also an mich:

"Im Zuge der Ausbaustufe V, betreffend der Erweiterung unseres Motorenwerkes in Steyr, wurden durch die Stadt Steyr die erforderlichen Behörden-genehmigungsverfahren vorbildhaft abgewickelt. Basis dafür war die persönliche Einsatzbereitschaft der zuständigen politischen Mandatäre, welche

teilweise sogar ihre geplanten Urlaube wegen der kurzfristig erforderlichen Sitzungstermine veränderten.

Sowohl die bau- und gewerbebehördlichen Genehmigungsverfahren bzw. die Flächenwidmungsänderung als auch die Rückübereignung des öffentlichen Gutes Hinterbergerstraße wurden durch die äußerst kompetente Abwicklung der Beamtenschaft innerhalb von lediglich 4 Monaten erledigt.

Dafür möchten wir Ihnen, sehr geehrter Hr. Bürgermeister, sowie allen politischen Fraktionen, Ihrem sehr geehrten Herrn Magistratsdirektor Dr. Schmidl und seinen Mitarbeitern unseren herzlichen Dank aussprechen. Dank Ihrer Patronanz und dem Engagement aller beteiligten Personen konnte bereits nach nur 5 Monaten, ab der Standortentscheidung seitens der BMW AG für Steyr/OÖ, mit den ersten Bauaktivitäten, unter Berücksichtigung der Nachbar- und Anrainerinteressen, begonnen werden. Damit schafft sich die Stadt Steyr sowie das Land OÖ einen Ruf, der weiteren Industrie- und Gewerbeansiedlungen noch sehr förderlich sein wird.

Diese überaus positiven Erfahrungen mit den öö. Politikern und Behörden haben wir bereits im Vorstand der BMW AG in München entsprechend kommuniziert und werden im Rahmen unserer Möglichkeiten bei weiteren Gelegenheiten im In- und Ausland gerne darüber berichten."

Man freut sich natürlich darüber, daß diese Anerkennung auch einmal stattfindet. Wir haben uns nicht umsonst bemüht, weil dieses Ausbauprojekt immerhin 4 Mrd. S umfassen und die Konkurrenzfähigkeit dieses wichtigen Betriebes weiter stärken wird. Auch zusätzliche Beschäftigung wird - in einer Situation, wo wir das sehr dringend brauchen - dort zu erwarten sein.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu Punkt Nr. 4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES. Sie sind mit den GR-Unterlagen zugegangen, und ich darf Sie bitten, diese zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Punkt Nr. 5) BEHANDLUNG DER VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE darf ich nunmehr den Vorsitz an Fr. Kollegin Mach übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und darf unseren Bürgermeister und Finanzreferenten bitten, seine Budgetrede zu halten und uns das Budget zu präsentieren.

BERICHTERSTATTER BGM.

HERMANN LEITHENMAYR:

Geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, meine Damen und Herren! Als vor etwas mehr als einem Jahr der damalige Finanzreferent Mag. Zagler an dieser Stelle den Budget-Anschlag für 1995

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

..... ich meine natürlich, den Budget-Voranschlag für 1995 präsentierte, sagte er unter anderem wörtlich: "Es ist kein Wunder-Budget, es ist ein Sparbudget. Wenn wir beim Vollzug dieses Interesse durchsetzen, dann wird es auch gute Budgets für die nächsten Jahre geben können."

Wir haben damals dieses Budget mit großer Mehrheit beschlossen und damit JA gesagt zu einem Sparkurs, der in vielen Bereichen - speziell aber auch im Personalbereich - zum Teil erhebliche Einsparungen und Kürzungen vorsah. Gleichzeitig haben wir auch JA gesagt zu unbedingt notwendigen Investitionen im infrastrukturellen Bereich, wie etwa dem Wohnbau, dem Kanal- und Straßenbau, der weiteren Adaptierung des Kommunalzentrums und vielem mehr.

Wir haben aber auch JA gesagt zur Fortführung zukunftsorientierter Großprojekte im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft, indem wir Millionenbeträge etwa für die Fachhochschule, das FAZAT und das VPTÖ vorgesehen haben. Und wir haben nicht zuletzt auch JA gesagt zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der sozialen Einrichtungen der Stadt, indem wir beispielsweise für die Sanierung des Alten- und Pflegeheimes Tabor entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt haben; indem wir für den weiteren Ausbau der Heim- u. Hauskrankenpflege, für das Behindertenheim in Gleink, für den Kindergarten-Ausbau, für die Geschützte Werkstätte etc. unsere Beiträge geleistet haben. Nicht zuletzt haben wir auch die zahlreichen im Sozialbereich tätigen Vereine und Institutionen weiter unterstützt, die einen ganz wesentlichen Bestandteil des dichten sozialen Servicenetzes in unserer Stadt bilden und ausmachen.

Zu all dem, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir im Vorjahr **gemeinsam** JA gesagt. Dies war nach fast hundert Stunden Klausurberatungen unser gemeinsamer Nenner, auf den wir uns mit großer Mehrheit letztendlich geeinigt haben. Ich möchte erinnern, daß wir mit einem noch größeren Sparwillen - durch den Voranschlag, den wir damals gemacht haben, mit 140 Mill. S im ao. H. - in diese Beratungen hineingegangen sind; und daß wir - obwohl alle Fraktionen diesen Sparwillen ununterbrochen auch im Mund gehabt haben - bemüht waren und letzten Endes auf einen ao. H., den wir dann mit dieser großen Mehrheit beschlossen haben, von 184,4 Millionen gekommen sind. Es war also eine Situation, daß zwar alle sparen wollen, aber gleichzeitig so viele dringende Probleme und Projekte gesehen wurden, die eben dann doch in dieses Budget hineingenommen wurden. Das sollten wir uns bei dieser Gelegenheit auch wieder einmal vor Augen halten.

Wenn wir den praktischen Verlauf des zurückliegenden Budgetjahres betrachten, so meine ich, daß wir ohne Zweifel richtig gelegen sind und daß wir ein den schwierigen Umständen adäquates Budget erstellt haben und dieses - was das Entscheidende ist - auch entsprechend vollzogen haben. Ja mehr sogar: Der Abgang im o. H. ist - wie der Nachtragsvoranschlag 95 ausweist - sogar um 4 Millionen Schilling geringer ausgefallen als präliminiert, und der Schuldenstand hat sich gegenüber dem Budgetansatz sogar um 8 Millionen verringert.

Und nicht zuletzt ist es uns gelungen, durch den beschlossenen Aufnahmestopp sowie weitere Maßnahmen allein beim Personalstand eine Reduzierung von 5,08 Prozent oder um 42 Mitarbeiter zu erreichen, gleichzeitig aber die volle Betriebsbereitschaft der Stadt aufrechtzuerhalten und keine Leistungseinschränkungen vorgenommen zu haben. Damit ist es auch gelungen, die geplanten Einsparungen von insgesamt 23 Millionen Schilling im Personalbereich tatsächlich auch budgetwirksam umzusetzen.

Dieser kurze Rückblick, verehrte Mitglieder des Gemeinderates, veranschaulicht meines Erachtens mehr als deutlich, daß wir unsere Ziele, die wir uns für 1995 gemeinsam gesteckt haben, im wesentlichen erreicht haben; daß es uns gelungen ist, zumindest im eigenen Bereich die

Kostendynamik einzubremsen und trotzdem den hohen Standard an Service- und Dienstleistungen in der Stadt aufrechtzuerhalten. Genau diese Entwicklung, die mit dem Budget 1995 eingeleitet wurde und die von den Prämissen Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit bei gleichzeitiger Erhöhung der Effektivität im Verwaltungsbereich geprägt ist, wird mit dem Budget für das Jahr 1996 fortgesetzt. Ein Budget, das - und das möchte ich betonen - nicht im stillen "Kämmerlein" der Finanzabteilung oder des Finanzreferenten erstellt wurde. Das Budget 1996, das heute beschlossen werden soll, ist vielmehr das Ergebnis einer intensiven Arbeit; einer Arbeit, die in mehreren Klausurtagungen und unzähligen Beratungsstunden, bei denen wir uns sogar eines professionellen Moderators bedient haben, um etwaige "atmosphärische Gesprächsstörungen" nach Möglichkeit gar nicht erst aufkommen zu lassen, entstanden ist.

Ich kann daher als Finanzreferent ruhigen Gewissens behaupten, daß die Entscheidungsträger aller Parteien noch nie so frühzeitig in die Budgetberatungen miteingebunden wurden, wie dieses Mal; daß noch nie so ausführlich über einen Haushaltsvoranschlag diskutiert und beraten wurde; und daß meines Wissens noch kein Budget die restriktiven Vorgaben, wie Fortsetzung des Sparkurses, weitere Einsparungspotentiale beim Personal und vor allem keine Nettoneuverschuldung, so klar und deutlich erfüllt, wie das heute zur Beschlußfassung vorliegende. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1996, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, ist kein Katalog, bei dem die Wünsche und Forderungen der einzelnen Fraktionen aufgelistet sind und in entsprechenden Millionenbeträgen ihren Niederschlag finden. Das Budget der Stadt für das heurige Jahr stellt vielmehr eine seriöse Grundlage für die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft unserer Stadt einerseits und die Finanzierung der unaufschiebbaren und dringendsten Vorhaben und Projekte andererseits dar. Und nicht zuletzt ist dieses Budget aber auch die Basis dafür, daß die Stadt auch in den nächsten Jahren ihre Liquidität aufrechterhalten und ihren finanziellen Verpflichtungen auch in Zukunft nachkommen kann. Ein Umstand, der allein in Oberösterreich auf weit über 100 Gemeinden nicht mehr zutrifft - wie Sie alle wissen -, die nämlich ihren o. H. aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen können und damit praktisch konkursreif sind.

Das Budget der Stadt Steyr für 1996, meine Damen und Herren, ist nicht nur ein Sparbudget. Im Gegensatz zu Linz oder Wels sieht der Voranschlag auch keine Nettoneuverschuldung vor. Und auch der Personalaufwand bleibt im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert, obwohl kollektivvertragliche Erhöhungen berücksichtigt werden mußten. Dies allein bedeutet eine Anspannung, die wir im Budgetvollzug realisieren müssen, von 20 Millionen Schilling.

In Summe beträgt der **Gesamtbudgetrahmen** für 1996 **1,081,916.000 S** und liegt damit um rund 38,7 Millionen Schilling unter dem des Vorjahres.

Der **ordentliche Haushalt** beträgt **939,944 Mill.** und liegt um 3,7 Mill. oder 0,4 % leicht über dem ordentlichen Haushalt des Jahres 1995. Und obwohl eine Fülle von Pflichtausgaben sowie eine beachtliche Zahl von Projekten, die keinen Aufschub mehr dulden, finanziell bedeckt werden müssen, kann durch fortgesetzte Sparmaßnahmen der ordentliche Haushalt ohne nennenswerte Rücklagenverminderung (weniger als 3 Mill. S sind hier vorgesehen) ausgeglichen werden.

Der **außerordentliche Haushalt** beträgt **141,972 Mill.**, was eine Reduzierung gegenüber dem ao. H. des Jahres 1995 um 42,2 Mill. oder 23 Prozent bedeutet.

Trotz dieses beachtlich reduzierten Ansatzes im außerordentlichen Haushalt sind für die größten und wichtigsten Projekte der Stadt die entsprechenden Budgetmittel bereitgestellt: So sind unter anderem für die Sanierung des Hallenbades 15 Mill., für Fachhochschule und VPTÖ/ Profactor in Summe rund 13 Mill., das Bahnhof-Parkdeck 8,5 Mill., die weitere Adaptierung des Kommunalzentrums 7 Mill., die Vorfinanzierung der Nordspange 1,5 Mill., das neue Jugendkulturhaus 1 Mill. oder den Verein IndustrieForum ebenfalls 1 Mill. vorgesehen. Weiters sind rd. 24 Mill. für Straßen- und Kanalbau reserviert, 18,8 Mill. für die Kaufrate Stadtgut, 3 Mill. für Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen, 3,3 Mill. für Altstadterhaltungs-Maßnahmen, 2,3 Mill. für die Kaufrate Reithoffergebäude, 1,4 Mill. zur Sanierungsfortführung APT sowie 1 Mill. als 2. Rate für die Generalsanierung des HTL-

Schülerheimes.

Allein aus diesen Beispielen und Größenordnungen, meine Damen und Herren, wird ersichtlich, daß die Stadt auch dieses Jahr beträchtlich investiert, und daß wir aufgrund des knappen "Finanzkorsetts" aber klare Prioritäten setzen und dadurch einiges an noch Wünschenswertem auf später verschieben mußten. Unser enges "Finanzkorsett", geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, das den finanziellen Spielraum der Stadt einschnürt, ist aber nicht dadurch entstanden, weil wir in den letzten Jahren schlecht gewirtschaftet haben oder gar das Geld mit vollen Händen sinnlos hinausgeworfen haben, sondern die Gründe für diesen relativen Finanzengpaß liegen vielmehr darin, daß die Einnahmenentwicklung der Stadt in den vergangenen vier Jahren praktisch stagnierte, und auf der anderen Seite die Pflichtausgaben und Transferzahlungen explodiert sind. So beträgt allein die Differenz der Transferzahlungen der Stadt an das Land und vom Land an die Stadt für 1996 über 82 Millionen Schilling; im vergangenen Jahr waren es "noch" 78 Mill. S. Das heißt, die Stadt Steyr muß - ob wir wollen oder nicht - heuer um über 82 Millionen Schilling mehr an das Land überweisen, als sie in Summe erhält. Ich hoffe, daß dieser Betrag etwas reduziert wird durch die schon heute angesprochene Förderung unseres Hallenbad-Sanierungsprojektes. Diese negative Entwicklung müssen wir schon seit einigen Jahren zur Kenntnis nehmen, ohne uns dagegen wehren zu können: So beläuft sich der Differenzbetrag der verpflichtenden Transferzahlungen an das Land und jener vom Land an die Stadt seit 1988 auf gigantische 544 Millionen Schilling! Daß dieses eklatante Ungleichgewicht auch in den Stadtbudgets der letzten Jahre seinen negativen Niederschlag gefunden hat und dies noch immer tut, ist die ebenso logische, wie gleichermaßen negative Konsequenz.

Gleichzeitig mußten wir in unserer Stadt aber auch mit Strukturproblemen fertig werden, wie kaum eine andere Kommune. Wir haben gerade im Bereich Wirtschaftsförderung und Betriebsansiedlung - wie kaum eine andere vergleichbare Stadt - gewaltige Summen locker machen müssen, um auch seitens der Stadt gegenzusteuern und die Beschäftigungssituation nachhaltig zu verbessern. Allein im Bereich der Großbetriebe ist seit der Ansiedlung von BMW ein Betrag von rd. 150 Mill. S für Förderungen dieser Betriebe von der Stadt "locker gemacht" worden. In 10 Jahren kann man dann noch einmal rd. 30 Millionen für anderweitige Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen hier veranschlagen. Und schließlich haben wir - fast ausnahmslos im Konsens mit allen Fraktionen - in den vergangenen Jahren auch im infrastrukturellen Bereich und in bezug auf die Sicherung von Grundflächen für die Stadtentwicklung enorme Mittel freigemacht, um die Weichen für die Zukunft unserer Stadt auch in diesen Bereichen richtig und zeitgerecht zu stellen. Alleine in dreieinhalb Jahren sind rund 250 Mill. S für Grundankäufe aufgewendet worden. Ich erwähne hier als Beispiele nur den Ankauf der Knoglergründe oder des Stadtgutareals. Aber auch der Kauf der ehemaligen Repa der SDP AG und die Umgestaltung zu einem neuen und modernen kommunalen Einsatzzentrum sind Vorleistungen der Stadt, die gewaltige Beträge erfordern und die die Finanzsituation der Stadt entsprechend nachhaltig belasten. Speziell was die Investitionen in Grundstücke und Gebäude betrifft, könnte man jetzt leichtfertig sagen - und von manchen Seiten kommt das leider ja immer wieder -, das wäre alles nicht notwendig gewesen, das hätte man auch später machen können, oder gar, dieses Geld sei falsch investiert worden. Faktum aber ist und bleibt, daß diese Investitionen jetzt getätigt werden mußten, daß sich die Ankaufsmöglichkeiten eben nur zu einer bestimmten Zeit bieten, und man diese Chancen entweder nützt oder sie für immer verpaßt hat, weil sich andere Financiers diese Optionen sichern.

Ich bin daher der festen Überzeugung - und die fast ausnahmslos einstimmigen Beschlüsse zu diesen Großinvestitionen zeigen, daß dies auch von den anderen Fraktionen grundsätzlich so beurteilt wird -, daß es richtig war und ist, zukunftsorientiert zu investieren, auch wenn dadurch der momentane finanzielle Spielraum der Stadt nicht gerade größer wurde. Denn eines steht auch fest, meine Damen und Herren: Mit den genannten Großinvestitionen, die wir getätigt haben, wurden ja Werte geschaffen, die Bestand haben. Wir haben ja mit dem Geld nicht an der Börse spekuliert, sondern ausschließlich in Grund, Boden und Realitäten investiert; in Werte also, die Bestand haben und das Vermögen der Stadt entsprechend erhöhen und nicht vermindern.

Ist also dieser Teilbereich, der für die finanziell schwierige Situation der Stadt mitverantwortlich ist,

absolut notwendig und mit Blick in die Zukunft absolut gerechtfertigt, so ist jener, der die Belastungen durch die Transferzahlungen an das Land betrifft, völlig inakzeptabel und auf Sicht auch nicht aufrechtzuerhalten. Es muß daher - das wissen wir auch aus den Gesprächen mit den anderen Statutarstädten Linz und Wels - schleunigst zu einer gerechteren Verteilung der Finanzlasten zwischen dem Land und den Kommunen kommen, weil sonst die viel gepriesene Gemeinde-Autonomie nicht nur in Frage gestellt ist, sondern innerhalb kurzer Zeit generell aufhört zu existieren.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Unter diesen Vorzeichen und Rahmenbedingungen ein Budget zu erstellen, ist alles andere als einfach. Gilt es doch, einen Weg zu finden, der die dynamische Entwicklung der Stadt nicht hemmt, den hohen Service- und Dienstleistungsgrad der Stadt aufrechterhält, gleichzeitig aber trotzdem die Kostenentwicklung nachhaltig bremst. Ich meine, daß das vorliegende Budget 1996 diesen Intentionen voll entspricht - denn: es ist ein absolutes Sparbudget, es sieht keine Nettoneuverschuldung vor, und es stellt trotzdem die Finanzierung der größten und wichtigsten Zukunftsprojekte der Stadt sicher.

Diesem Budget - ich habe es bereits angesprochen - gingen zahlreiche, gemeinsame Beratungen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien voraus. Und ich darf feststellen, daß bei diesen Verhandlungen zwischen den Parteienvertretern über die Budgetgrundzüge - "sparen und keine Neuverschuldung" - absolute Übereinstimmung erzielt wurde. Wer das vorliegende Zahlenwerk für 1996 im Detail betrachtet, wird feststellen, daß sich diese gemeinsamen Vorgaben wie ein roter Faden durch die einzelnen Budgetpositionen durchziehen bzw. ihren Niederschlag gefunden haben. So sind - obwohl schon im Vorjahr rund 23 Millionen am Personalsektor eingespart wurden - für 1996 Einsparungspotentiale von weiteren 20 Millionen Schilling - das habe ich schon einmal angesprochen - vorgesehen. Die Politikergehälter bleiben auch 1996 eingefroren und steigen neuerlich nicht mit den Gehältern der Vertragsangestellten und Beamten. Auch beim immer wieder kritisierten Sachaufwand wurden mit rund 16 Millionen Schilling neuerlich deutliche Kürzungen vorgenommen.

Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, daß das gemeinsame Sparziel vor allem auch im magistratsinternen Bereich konsequent verfolgt wird. Und auch das zweite wesentliche und von allen Parteien mitgetragene Budgetkriterium, keine Neuverschuldung, wurde realisiert. Trotz einer Fülle von fixen Zahlungsverpflichtungen, trotz zahlreicher, unaufschiebbarer Neu-Investitionen, wie etwa die Fachhochschule bzw. der Neubau derselben oder die Sanierung des Hallenbades, bleibt der Schuldenstand gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1995 mit 770,3 Millionen Schilling unverändert. Ein mehr als deutliches Signal also, daß wir uns bewußt sind, daß wir mit unseren aushaftenden Zahlungsverpflichtungen und dem damit verbundenen jährlichen Schuldendienst (1996 werden das 110,8 Mill. S sein) eine Grenze erreicht haben, die wir nicht mehr überschreiten, sondern - ganz im Gegenteil - mittelfristig sogar reduzieren wollen und müssen.

Was die momentane Höhe des Schuldenstandes insgesamt anbelangt, muß man aber gerade im Vergleich mit anderen Städten und Kommunen grundsätzlich relativieren. Denn etwa im Gegensatz zur Stadt Wels, aber auch zu Linz, sind in unserem Budget Verbindlichkeiten der Stadt bis auf den letzten Groschen genau ausgewiesen; während in Linz und Wels Verluste bzw. Verbindlichkeiten auch auf Tochterunternehmen übertragen wurden und somit im Stadtbudget nicht aufscheinen. So hat beispielsweise die Stadt Wels den Kanalbau und -betrieb an das 100prozentige Tochterunternehmen Elektrizitätswerk Wels AG (EWWAG) übertragen und somit auch die nicht unerheblichen Kanalbau-Darlehen praktisch "ausgelagert". Wenn wir uns überlegen, daß wir alleine für die Abwasserbeseitigung, einerseits durch Kanalbau und andererseits durch unsere Beiträge an den RHV, pro Jahr rd. 50 Mill. S aufwenden, können Sie ermessen, was dies bedeutet. Die Schuldenlast der Stadt Steyr im Bereich "Kanal" beträgt zur Zeit rund 175,7 Mill. S. Wären diese großteils langfristigen und über den Wasserwirtschaftsfonds sehr günstigen Darlehen nicht im Stadtbudget ausgewiesen, beliefe sich unser Schuldenstand mit einem Schlag nur mehr auf ca. 294,6 Mill. Schilling. Dadurch würde sich auch.....

ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, Entschuldigung, ich habe mich natürlich versprochen! Dann beliefe er sich auf 594,6 Mill. Schilling, nicht auf 294,6 Millionen. Und dadurch würde sich auch die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich vermindern. Ähnliche Aufwendungen haben wir als Stadt auch für den sozialen Wohnbau über Jahrzehnte hinweg getätigt.

Ich will mit diesem Beispiel keinesfalls den Eindruck erwecken, daß die Höhe unseres Schuldenstandes kein Problem darstellt - ganz im Gegenteil! Daher sieht das Budget 1996 ja auch keine Neuverschuldung mehr vor. Ich will damit nur darlegen, daß ein Vergleich der Schuldenlast zwischen Städten seriös kaum möglich ist und daher auch die speziell bei den Medien oft beliebte rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung, die in Steyr derzeit bei rd. 19.000 Schilling liegt, keine realistische Vergleichszahl darstellt. Faktum ist, daß wir - im Gegensatz zu Wels und Linz - im Jahr 1996 die Neuverschuldung gestoppt und somit auch, was den Schuldendienst anbelangt, einen klaren Konsolidierungskurs eingeleitet haben.

In Summe bin ich daher der Überzeugung, daß der zur Beschlußfassung vorliegende Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1996 ein Budget darstellt, das unseren gemeinsamen Intentionen, nämlich: Stoppen der Neuverschuldung, Sparen auf breiter Ebene sowie gleichzeitig zielgerichtet in die wichtigsten Zukunftsprojekte der Stadt investieren, vollinhaltlich gerecht wird. In diesem Sinne, meine Damen und Herren des GR, ersuche ich Sie, dem Sparbudget 1996 der Stadt Steyr Ihre Zustimmung zu geben und damit nicht zuletzt auch für die Steyrer Bevölkerung ein sichtbares Zeichen zu setzen, daß der eingeschlagene Sparkurs nicht nur richtig und notwendig ist, sondern auch von einer breiten Mehrheit des Steyrer Gemeinderates mitgetragen wird. Ich danke Ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nunmehr, meine Damen und Herren, trage ich Ihnen den Antrag des StS an den GR, das Budget betreffend, vor. Der Antrag lautet wie folgt:

) Fin-100/95 Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr '96.

Der GR möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1996 wird im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von **S 939,944.000,-** und im ao. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von **S 141,972.000,-** ausgeglichen - im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages".

b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 55,000.000,-- und der des Steyrer Versorgungsbetriebes mit insgesamt S 129,700.000,--, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 17,940.000,--, der Investitionsplan des Versorgungsbetriebsverbundes mit S 7,420.000,--, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. (GWG), der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe: 500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke: 500 v. H.

Frau Vorsitzende, ich bitte, die Debatte zu eröffnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Bürgermeister für seinen Vortrag - das Budget steht zur Diskussion. Als erster hat sich Hr. StR Ing. Spanring zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des StS und GR, liebe Gäste, werte Presse-Vertreter! Der heutige Sitzungstag, der 11. Jänner 1996, der Budget-Gemeinderat der Stadt Steyr hat eine - in der mehr als tausendjährigen Geschichte unserer Stadt - einzigartige Vorgeschichte.

Wenn sich alle beteiligten Akteure an die gemeinsam beschlossenen Spielregeln gehalten hätten, hätte sie für zukünftige, gemeinsame Vorgangsweisen sogar als vorbildhaft bezeichnet werden können. Am 14. Juli 1995 vorgesehen, durch mehrere Gründe verschoben, traf man sich am 24. August 1995 zur ersten Klausurtagung des Stadtsenates, incl. Koll. Apfelthaler seitens der GAL, um unter Tagesordnungspunkt 3) "Neue Budgetierung - Vorgaben für die Erstellung des Voranschlages 1996" die gemeinsamen Beratungen zu beginnen. Und zwar mit dem Ergebnis und dem Auftrag an die Beamtenschaft: Null-Wachstum im o. H., d. h.

Budgetansatz 1995 = Budgetansatz 1996 - wohlwissend, daß allein durch Kollektivvertragsabschlüsse und die Entwicklung der Transferzahlungen an das Land sehr wohl Erhöhungen ins Haus stehen werden. Also klarer Auftrag: Null-Wachstum im o. H. und ausgeglichen sowie einen ao. H. ohne

Neuverschuldung zu erstellen.

Am 7. Oktober 1995: die zweite Klausur. Vor beinahe 100 Tagen, vor genau 96 Tagen wird - entsprechend dem allen bekannten und zugänglichen Bericht zur 1. Klausur vom 21. August 1995 (Punkt 3, hier steht: 2 Budgetklausuren auf pol. Ebene; zur Vorstellung des Amtsvorschlages soll Anfang Oktober eine Klausur dienen) - dieser Amtsvorschlag, 367 Seiten und Tausende Zahlen umfassend, unter dem Titel: "Vorläufiger Stand: 5. Oktober 1995" vorgestellt. Am 7. Oktober! Und hier begann es. Vor beinahe 100 Tagen hatten alle Fraktionen die Verpflichtung, sich mit den 1000en Zahlen auseinanderzusetzen. Wir, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion, haben diese Verpflichtung uneingeschränkt übernommen - im Auftrag von rund 10.000 Wählerinnen und Wählern, und voll bewußt der Verantwortung für 40.000 Steyrerinnen und Steyrer.

Neben vielen Gesprächen in den einzelnen Geschäftsbereichen - in diesem Zusammenhang möchte ich nur aufmerksam machen, daß alle Mitglieder des Stadtsenates laut Statut ihre Bezüge für ihre Arbeit und ihren Einsatz als Regierungsmitglieder und nicht als Oppositionelle beziehen! Also neben vielen intensiven, internen Gesprächen führte die Sozialdemokratische Fraktion im Oktober 1995 eine zweitägige Klausur durch, in der offen, hart, sachlich und konsequent über den vorgestellten Amtsvorschlag beraten wurde.

Von einem Moderator geschickt gelenkt, verbrauchte eingangs erwähnte StS-Klausurrunde Klausurtag Nr. 3, Klausurtag Nr. 4 und Klausurtag Nr. 5 - mit dem Beschluß: StS am 21. 12. 1995, Einbringung des Budgets 1996 und Weiterleitung an den GR am 11. Jänner 1996, also heute!

Die Begleitgeschichte kennen wir - Bgm. Hermann Leithenmayr hat nun als Finanzreferent dem GR diesen, über 5 Klausurtag entstandenen Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1996, in Fortsetzung des in seinem Vollzug durchaus erfolgreichen Budgets 1995, zur Beschlußfassung vorgelegt.

Da der am 5. Klausurtag gemeinsam festgelegte Termin zur gemeinsamen Erstellung eines Prioritätenachforderungs- bzw. -änderungskataloges praktisch durch Abwesenheit von Vbgm. Pfeil und StR Eichhübl sowie einer plötzlichen Nichtaussagefähigkeit der beiden Stadträte Holub und Schloßgangl platzte, möchte ich nun, entsprechend unserem Statut, folgenden, gemeinsamen Abänderungsantrag der GAL und der Sozialdemokratischen Fraktion stellen. Er beinhaltet sowohl dringende soziale Projekte (wie z. B. Sachaufwand Streetworker, IGSS, Betreuung von Obdachlosen, Säuglingswäsche-Gutscheine, Verein Frauen für Frauen, um einige zu nennen) im ordentlichen Haushalt sowie gesellschaftspolitisch erforderliche Projekte (wie z. B. Schikurse/ Schullandwochen, Kindergarten der Pfarre Münchenholz, Projekte MAW/Industriemuseum, Tourismusverband) im ordentlichen Haushalt, oder die erste Rate für ein Löschfahrzeug der Feuerwehr und eine Bausubvention für den Caritaskindergarten Münchenholz in der Höhe von 1 Mill. S im außerordentlichen Haushalt.

Der Abänderungsantrag lautet:

Gemeinsamer Abänderungsantrag

der im GR der Stadt Steyr ver

tretenen Fraktionen der SPÖ und der GAL

Der Antrag des StS an den GR, Fin-100/95, vom 19. 12. 1995, beschlossen in der Sitzung des StS vom 21. 12. 1995, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1996 wird im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben wie im ursprünglich vorgelegten Entwurf mit S 939.944.000,-- und

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Bitte etwas deutlicher!

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Liegt der Antrag noch nicht auf?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein! Das ist es ja!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist ohnehin die übliche Vorgangsweise!

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Gut, ich werde die Zahlen langsamer vorlesen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Lauter!

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Der Antrag des StS an den GR, Fin-100/95, vom 19. 12. 1995, beschlossen in der Sitzung des StS vom 21. 12. 1995, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1996 wird im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben wie im ursprünglich vorgelegten Entwurf mit S 939.944.000,- und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen sowie im ao. H. mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 141.972.000,- mit 142.922.000,- und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen festgestellt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages 1996 bleiben unverändert.

(BEILAGE)

Mit diesem Änderungsvorschlag, der - wie bereits erwähnt - im o. H. keine Änderung vorsieht und die Änderung im ao. H. durch außerordentliche Bedarfsmittelzuweisungen bedeckt, wird die Sozialdemokratische Fraktion dem vorgelegten Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1996 die Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der Abänderungsantrag steht somit auch zur Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hr. Vbgm. Dr. Pfeil hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm. oder Fr. Vorsitzende, ich beantrage eine Sitzungsunterbrechung. Uns liegt ein Antrag vor, wo ich gerade erfahre, daß aus meinem Ressort wichtige Dinge weggestrichen werden, ohne daß man mit mir Rücksprache gehalten hat. Ich finde das derartig skandalös, daß man sich hier herstellt und sagt, man hat ein ausgeglichenes Budget, und man legt eben noch etwas drauf. Aber denjenigen, dem man es nimmt, den fragt man gar nicht, ob das berechtigt ist.

Ich beantrage eine Sitzungsunterbrechung, daß wir uns diese Zahlen erst einmal anschauen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht jemand von den anderen Fraktionen noch das Wort dazu? Nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer der Sitzungsunterbrechung zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wie lange?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

10 Minuten!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Die Sitzung ist für 10 Minuten unterbrochen.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 14.55 BIS 15.05 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren des GR! Wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Der Voranschlag für das Jahr 1996 und der gemeinsame Abänderungsantrag der SP- und der GAL-Fraktion stehen zur Diskussion. Hr. Vbgm. Dr. Pfeil hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste! Die Budgetverhandlungen für das Jahr 1996 hatten in der Tat einen etwas ungewöhnlichen Verlauf. Hier stimme ich meinem Vorredner zu. Der Prälog geht bis in das Jahr 1994, Dezember, zurück. Die Dramatik der Steyrer Finanzen ließ damals schon alle Gemeinderats-Fraktionen Ende des Jahres 1994 in einer 100 Stunden-Klausur zusammentreffen, um die weitere Vorgangsweise für das Budget 1995 und eine weitere Vorgangsweise für die Erstellung von zukünftigen Budgets zu diskutieren.

Die Freiheitlichen Gemeinderats-Mitglieder haben viel Vertrauen in diese Gespräche gehabt und haben dieses Vertrauen durch eine mehrheitliche Zustimmung zum Budget 1995 dokumentiert. Sie haben damit einen Vertrauensvorschuß gegeben. Wir wollten alle gemeinsam dazu beitragen, daß die Finanzen der Stadt Steyr mittelfristig saniert werden können. Entgegen aller Vereinbarungen aus dieser Budgetklausur-Sitzung, wo nach der Besprechung der Quartals- bzw. Halbjahresbilanz 1995 die weitere Vorgangsweise für die Erstellung des Budgets 1996 besprochen wurde, wurde darauf hin wie in all den früheren Jahren agiert. Man fand zu den alten Verhaltensmustern zurück. Mit der Zustimmung für das Budget im Sack läßt es sich für ein weiteres Jahr bequem leben. Der alte Finanzreferent hat nichts mehr bzw. immer noch nichts, der neue Finanzreferent hat noch nichts gemacht. Die alten Budgetzahlen wurden fortgeschrieben, und dann begann das bekannte, aber dennoch unbeliebte "Wünsch Dir Was-Spiel" mit den einzelnen Fraktionen.

Der damalige "Noch-Finanzreferent" Zagler hat im Sommer 95 wiederum - entgegen aller Vereinbarungen - die einzelnen Fraktionen ersucht, ihre Budgetwünsche für 1996 bis zum 31. 8. 1995 bekanntzugeben. Wir haben das damals als einzige Fraktion ernst genommen und es mündlich und schriftlich bekanntgegeben. Wir haben auch mehrmals mündlich und schriftlich an den damaligen Finanzreferenten Zagler und an den heutigen Finanzreferenten Leithenmayr appelliert, die getroffenen Vereinbarungen aus dieser Gesprächsrunde des StS einzuhalten.

An zu leistenden Vorarbeiten haben wir z. B. am 25. 8. 1995 eingemahnt:

7 Erstellung eines mittelfristigen Finanzkonzeptes.

7 Personalkosteneinsparung bei der Verwaltung. Mittelfristig sprechen wir innerhalb von 3 Jahren von minus 20 % der Personalkosten; d. h., daß insbes. Einsparungsmöglichkeiten im Sinne von Privatisierungen, Auslagerungen oder Streichungen von einigen Dienstleistungen in Erwägung gezogen werden müssen.

7 Überarbeitung der Beförderungsrichtlinien. - Nicht passiert!

7 Als Vorgabe für die Budgetplanung 1996 soll dann ein ehrlicher, ausgeglichener Haushalt angenommen werden.

Aus den Verhandlungen für das Budget 1995 im Dezember 1994 sind **nahezu alle** Vereinbarungen

gebrochen worden. Nahezu alle!

7 Ein Protokoll wurde nie vorgelegt.

7 Eine mittelfristige Finanzplanung, obwohl bis zum 1. 3. 1995 versprochen und vereinbart, fehlt nach wie vor.

7 Ein Raumkonzept fehlt nach wie vor. Jetzt ist vielleicht das Raumkonzept ganz besonders wichtig, wo man sogar budgetiert, ein Amtsgebäude zu verkaufen. Man budgetiert die Promenade mit 5 Mill. S als Einnahme (Verkauf) und hat kein Raumkonzept. Hr. Bgm., wo soll die Bezirksverwaltungsbehörde die nächsten Jahre logieren? Auf dem Stadtplatz? Oder wie soll das sein? Ich bin der zuständige Referent - auch hier wurde nicht ein Wort darüber gesprochen. Aber hier sind 5 Mill. S aus dem Verkauf bereits budgetiert. Also das ist doch wirklich ein "starkes Stück"!

7 Die Überarbeitung der Beförderungsrichtlinien wurde nicht erledigt.

7 Nicht mehr zeitgemäße Privilegien wurden nicht angegangen, wie Sonderurlaube. Das würde uns z. B. 1 bis 2 Mill. S bringen!

7 Planstellenbewertungen im Verwaltungsbereich wurden vereinbart, jedoch nicht erledigt.

7 Die Transparenz des Budgets wurde nicht verbessert.

7 Und ein mehrjähriges Versprechen wurde auch nicht erledigt - hier wurden auch die Grünen schon einmal zu einer Budget-Zustimmung bewogen, und wir haben das letztes Jahr eingefordert: Und zwar in der FA für Kultur die Dauerleihgabe des Dienststelleninhabers für die Dienststelle Museum; daß hier nämlich seine 90%ige gewerkschaftliche Tätigkeit der Kultur abgegolten wird. Auch dieses Jahr ist wiederum vorbeigegangen, und nichts ist passiert!

7 Wir haben ausgemacht, der präliminierte ao. Haushalt soll 150 Millionen S nicht übersteigen - ansonsten Sonderbeschlüsse im Gemeinderat. Nicht eingehalten - wir sind über 180!

7 Die Liegenschaften-Auflistung von reparaturbedürftigen und kostenintensiven stadteigenen Objekten mit einer Kostenschätzung für eine eventuelle Veräußerung (im Zusammenhang mit dem Raumkonzept) wurde nicht eingehalten. Nach vielen, vielen Urgezen, nach Zuständigkeitserklärungen wurde dann ein weiterer Termin, der 3. 1. 1996, in der letzten Klausur vereinbart. Mir liegt weiterhin noch kein Papier auf dem Tisch mit einem Schätzgutachten!

Am 7. 10. hat dann Finanzreferent Leithenmayr einen Vorschlag 1996 vorgelegt. Wie gesagt, entgegen aller Vereinbarungen. Wir haben gesagt, wir sprechen zuerst über die Rahmenbedingungen. Kurios war an diesem Tag dann die Erklärung von Hrn. Finanzreferent Leithenmayr: Es sei nur ein Beamtenentwurf. Er weiß auch nicht, warum dieser Voranschlag wieder so ausgearbeitet worden ist. Er hat ihn auch das erste Mal an diesem Tag gesehen - als Finanzreferent, wenn man über politisches Engagement spricht, Hr. Stadtrat!

Die Stadt Steyr hat jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Die außerordentlichen Budgets wurden in den vergangenen Jahren maßlos überzogen. Es wurde auch verabsäumt, in guten Zeiten Vorsorge für einen finanzierbaren ordentlichen Haushalt zu treffen. Steyr zählte bis vor wenigen Jahren zu den reichsten Städten Österreichs!

Der ordentliche Haushalt für 1996 beträgt laut dem nun vorgelegten Voranschlag, der jetzt - glaube ich - wieder revidiert worden ist, 939,944.000 S; der ao. H. 141,972.000 S.

Auch bei der letzten Klausursitzung haben wir einiges vereinbart. Als Wesentlichstes sollte doch

Gültigkeit haben - und das ist es, wenn man die Glaubwürdigkeit in die Gesprächsteilnehmer verliert, wenn die gemachten Zusagen dann nicht eingehalten werden: Wir haben gesagt, keine Neuverschuldungen! Alle wichtigen Ausgaben müssen im Budgetvoranschlag enthalten sein; keine neuen Aktivitäten; Begonnenes zu Ende führen.

Aber wir haben auch vereinbart, daß wir dieses "Balkan-Spiel" zum Schluß, wo wir nach alter Tradition dieses oder jenes noch hineinreklamieren, um eine Zustimmung zu bekommen, nicht mehr durchführen dieses Jahr. Wir haben es gerade erlebt, meine Damen und Herren, es ist entwürdigend - entwürdigend und wirklich entlarvend, was hier gespielt wird. Wir haben vereinbart, daß es dieses Jahr entweder eine Zustimmung oder eine Ablehnung gibt. Aber es wird nicht gehen, daß das gemeinsam Erarbeitete - ob Zustimmung oder Ablehnung - dann noch einmal "über den Haufen geschmissen" wird. Wenn hier - ich bin wirklich entsetzt, über Sie, über alle, die hier diesen Vorschlag gebracht haben - steht, bei den Ausgaben des ao. H. im nun vorgelegten Papier: Ich bin der Verkehrsreferent, falls es den Damen und Herren der Sozialdemokratischen Fraktion und der GAL nicht bekannt sein sollte. Wenn hier über die Umsetzung des Verkehrskonzeptes von 3 Mill. S gekürzt worden ist auf 1 Mill. S, dann sagen Sie mir bitte, wie unsere Verkehrskonzepte umgesetzt werden müssen! Wenn eine offene Rechnung von Hrn. Prof. Dr. Stickler in Höhe von wahrscheinlich 700.000 S über dieses Konto abzurechnen sein wird, bleiben satte 300.000 S für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes. Das sage ich wirklich, Hr. Bgm. Leithenmayr, da stoppen wir auch die Untersuchung von BMW, da stoppen wir alle weiteren Untersuchungen. Denn da brauchen wir nicht Geld investieren in weitere Untersuchungen, wenn kein Geld vorliegt für eine weitere Umsetzung des Verkehrskonzeptes! Dann fahren wir weiterhin auch auf den Straßen im Chaos. Auch, was die Umsetzung des Fußgänger- und Radwegenetzes anbelangt; auch das ist hier dabei. Das wird mit Hilfe der Grünen heute hier zurückgestutzt auf praktisch eine Nullsumme!

Wir haben aber auch nicht damit gemeint, daß dann ein Budget vorgelegt wird, bei dem der Verkaufserlös in der Höhe von 22 Millionen S von Liegenschaften im nächsten Jahr in den Budgetzahlen bereits inkludiert ist. Das muß man ehrlich diskutieren, darum habe ich rechtzeitig eine Liste verlangt; das wurde immer mit Ausreden verhindert, verweigert. Und ich finde es auch unseriös, daß man nun eine Liste vorlegt, wo stadteneigene Kinderspielplätze an die GWG "verkauft" werden. Und wenn die GWG dann - aber wenn man sie wirklich ausgegliedert hätte - als ehrlicher Kaufmann rechnet? Was passiert dann, wenn sie plötzlich die Kosten der Kinderspielplätze vor ihren Häusern auch zu tragen hat? Die Mieten werden in die Höhe gehen, und die Bürger werden es uns danken! Ich finde diese Vorgangsweise wirklich mäßig elegant!

Der Bürgermeister läßt mit stadteneigenem Pressedienst dann verlauten, daß die Stadt Steyr ohne Neuverschuldung auskommt. Dieses Jahr müssen wir eben nach Aufbrauch der 180 Sparkassen-Millionen, nach Verbrauch der 120 Extra-Steuererinnahmen von BMW, nach Aufbrauch nahezu aller Rücklagen beginnen, das Haushalts-Silber zu veräußern. Bei diesem Tempo sind wir bald beim "Haushaltsgerät" angelangt. Vielleicht ergibt sich einmal eine neue Variante, daß irgendjemand bereit ist, das Rathaus zu kaufen, und wir leasen es dann zurück?! Es gibt da bestimmt noch Handlungsspielräume, und wir haben dann auch einen ausgeglichenen Haushalt!

Auf der anderen Seite entzieht sich unser Hr. Bgm. und Finanzreferent Leithenmayr einer Diskussion, wie z. B. über den Gesamtverkauf vom Objekt Nagl. Er verweigert die Diskussion darüber, obwohl wir uns in der vorletzten Klausursitzung einig waren, daß wir darüber reden sollten! Er will nun das Gebäude parifizieren, das Hotel verkaufen und mit dem Verkaufserlös die Städtische Bücherei renovieren. Ich habe aber diesbezüglich in diesem Budget wiederum keinen Ansatz für eine Renovierung der Städtischen Bücherei gesehen. Auch hier verschließt man sich der Diskussion aus wirklich unerforschlichen Gründen.

So wie wir seit Jahren unsere Städtische Bücherei führen, ist eine Schande! Dabei braucht oder verbraucht - besser gesagt - der Mitarbeiterstab an Personalkosten zwischen 4 und 5,5 Millionen Schilling; Betriebskosten, Investitionen sind dabei nicht inbegriffen. Ich bin der Überzeugung, daß ein privater Betreiber, bei besserem Angebot, es um die Hälfte machen kann. Da wird man noch

diskutieren können und müssen. Und es gibt Aussagen des Bürgermeisters dazu, die Stadt habe einen Kulturauftrag zur Führung einer Bücherei - da muß ich ihm recht geben. Aber nur nachkommen muß man diesem Kulturauftrag! Es genügt nicht, eine Institution weiterzuführen, wie vor 30 Jahren. Das genügt nicht! Da ist es besser, Hr. Bgm., man läßt dieses Feld der Kultur jemand anderem, der es machen will, der geeignet ist und der es machen kann. Lippenbekenntnisse für eine Renovierung, für eine Neugestaltung genügen nach Jahrzehnten der Versäumnisse nicht mehr!

Sie haben die Investitionen angesprochen, Hr. Bgm.! Investition 100 Mill. S Hauptreparaturwerkstätte der SDP AG. Das ist richtig! Wir haben uns damals dazu verleiten lassen, für diesen Liegenschaftsankauf unsere Zustimmung zu geben. Aber heute wissen wir - und der Rechnungshof hat uns recht gegeben -, daß es damals ein skandalöses Gutachten darüber gegeben hat, wo Sie die Verantwortung dafür gehabt haben. Sie haben den Gutachter beauftragt; und das war nur eine Neuwertschätzung mit einer zeitl. Abschätzung. Dieser Gutachter hat nicht einmal das Dach angeschaut; die Autobusse stehen dort drinnen, und es regnet durch das Dach! Der Gutachter hat nicht gesehen, daß die Dächer auch renoviert werden müssen, und daß vieles andere renoviert bzw. neu gemacht werden muß! Wir haben hier von den vorgeschlagenen ca. 3 bis 10 Mill. S wahrscheinlich Reparaturkosten zu erwarten von 60 Mill. S in etwa. Hier muß man schon die Hauptfrage stellen: War das klug, was wir hier gemacht haben?

Der Schuldendienst ist in den letzten Jahren, besonders aber 1993, 1994 und 1995, dramatisch gestiegen. Die Gesamtverschuldung beträgt nun 794 Millionen Schilling

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

770!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann stimmt Ihr Budget nicht!

..... um 24 Mill. S mehr, als in der Dezember-Klausursitzung vorgelegt; um 100 Mill. S mehr, als zu Beginn des Jahres 1995! Und wie Sie auf Ihre Kanalrechnung kommen - wie ich das jetzt gehört habe -, daß Sie, wenn Sie den Kanal verkaufen, dann nur mehr 250 Mill. S Schulden haben, das müssen Sie mir wirklich genau vorrechnen. Da kann ich nicht folgen! Tut mir leid!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt auch nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir zahlen alleine 110 Mill. S Schuldendienst - das ist ein Betrag, mit dem in normalen Jahren ein ganzer ao. H. bedeckt werden könnte. Spätestens hier ist klar, daß der Handlungsspielraum für neue Investitionen gegen null geht!

Der Hauptteil der Ausgaben im o. H. beträgt 327,9 Millionen S - nach der vorletzten Version jetzt - für Personalkosten. Bis jetzt wurde nur ein Aufnahmestopp verhängt und Personalkosmetik betrieben. Strukturelle Maßnahmen fehlen hier zur Gänze. Die Personalexplosion in den letzten 8 Jahren ist nicht gottgewollt. In unserer Zeit wurde zudem im Personalbereich stark aufgestockt, wo man über die Wichtigkeit und Wertigkeit diskutieren muß: Hr. Bgm., ich erinnere nur an die unglücklichen Besetzungen in den Stabsstellen-Bereichen, an die Doppelbesetzung der Pressestelle.

ZWISCHENRUF:

Ein Skandal!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist kein Skandal, aber es ist unnötig!

Ich habe an dieser Stelle

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, es ist unnötig! Schlicht und einfach unnötig!

Ich habe an dieser Stelle schon 1991 von einer Null-Budgetierung gesprochen. Alle Ausgaben, aber auch alle, auch die sogenannten schwer veränderbaren, müssen zur Debatte gestellt werden. Gedanklich sollte das Rathaus (die Struktur des Rathauses) auf der grünen Wiese neu aufgebaut und alle Ausgaben neu hinterfragt werden.

Beschlüsse werden nicht umgesetzt: Bis Ende 1995 sollte das APT ausgegliedert sein. Offensichtlich erst durch meinen Bericht in der vorletzten GR-Sitzung aufgeschreckt, hat sich nun die Stabsstelle für Organisation bequemt, am 7. 12. 1995 "Vorschläge zur strukturellen Sanierung des APT" vorzulegen. Seit 1990 haben wir im APT um 40 Bedienstete mehr, trotz verminderter Bewohneranzahl. Durch die

Kostenexplosion haben wir nun das teuerste Alten- und Pflegeheim im Städtevergleich. Schon in der "VAMED-Studie"

STADTRAT

KARL HOLUB:

Nicht einmal das stimmt!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

..... hieß es, daß die gegenwärtige Struktur nur auf das "Verwalten" ausgerichtet ist.

Sie können sich ruhig lustig machen, Hr. Holub! Sie sind verantwortlich - oder mitverantwortlich dafür! Aber machen Sie sich lustig darüber.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich mache mich nicht darüber lustig, ich mache mich über Sie lustig!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Schon in der "VAMED-Studie" hieß es, daß die gegenwärtige Struktur nur auf das "Verwalten" ausgerichtet ist, und die Rahmenbedingungen eine moderne Betriebsführung nicht zulassen. Und auch hier haben die Alarmglocken bei den Betroffenen noch nicht geläutet. Diese Führungsebene kann nicht funktionieren! Dieses APT unter diesen Voraussetzungen kann nicht funktionieren - und man tut nichts! Man schaut zu!

Sonderurlaube, Amtsleitertage, die großzügigen Wochenstunden-Berechnungen in den Kindergärten abschaffen; Krankengruppenversicherungsbeitrag senken; Sozialversicherungsausgleich neu bewerten; Führung einer Krankenstand-Statistik (auch hier haben wir rekordverdächtige Mitarbeiter); Effizienzüberprüfungen von allen Bereichen; Neubewertung aller Zulagen: Es ist skurril, Hr. Bgm, wenn sogenannte Verwendungszulagen an einen anderen Arbeitsplatz dann mitgenommen werden dürfen (auch wenn die Verwendung nicht mehr vorliegt!), eklatante Beispiele gab es wiederum in

letzter Zeit aus Ihrem Bereich! Den Verwaltungs- und Betriebsaufwand senken. Alleine in diesem Bereich kam es innerhalb von 2 Jahren zu einer satten Steigerung von 55 Millionen S (von 171 auf 215 Mill. S). Verträge auf Wirtschaftlichkeit prüfen; Ausgliederungen, Privatisierungsmöglichkeiten einer echten Kostenrechnung zu unterziehen. Das sind alles nur Ansätze, wo man hier im Rathaus endlich ernsthaft zu arbeiten beginnen müßte.

Nun zu meinem eigenen Bereich - ich möchte vom Kulturbereich sprechen. Im o. H. wurden für 1996 ca. 25 Mill S für die Gruppe 3 "Kultur" ausgewiesen. In Summe ein ähnlicher Betrag wie in den vergangenen Jahren. Wenn man allerdings die Zahl etwas genauer ansieht, so muß man Zweifel am kulturellen Gestaltungswillen der Budgetmacher haben: Wir haben im Kulturbereich im wesentlichen nur auf einer Seite eine Steigerung der eingesetzten Mittel. Wir haben exorbitante Kosten im Kultur-Personal-Verwaltungsbereich. Im Kulturamt haben wir alleine Personalkosten von 4,2 Mill. S. In der Dienststelle Heimatmuseum 2,5 Mill. (In diesem Bereich sind zudem, alleine bei dieser Dienststelle, 90.000 S für Telefonkosten budgetiert!). Desweiteren werden aus den Mitteln des Kulturbudgets immer noch die Darlehenstilgungen aus dem Jahr-zehnte (1978!) zurückliegenden Umbau des Stadttheaters in der Höhe von 4,3 Mill. S jährlich bezahlt. Man muß sich das vorstellen: Die Renovierung des Stadttheaters vom 78er Jahr geht vom Kulturbereich runter!

Das eigentliche Subventionskonto "757000.0 - Lfd. Transferzahlungen an priv. Institutionen ohne Erwerbscharakter", hier verstecken sich die Förderung MAW und das IndustrieForum, wurde von 2,450.000 Mill. S um mehr als die Hälfte auf 1,160.000 Mill. S gekürzt. Ich lese im Abänderungsantrag - ein erfreulicher Antrag -, daß es hier um 500.000 S aufwärts geht. Aber der geneigte Verfasser dieser Zeilen - ich weiß nicht, in welchem Amt der sozialistische GAL-Antrag geschrieben wurde, hier steht: Projekt MAW/Industriemuseum. Hier tut man immer so, wie wenn das eine Kategorie, ein Verein wäre. Erstens heißt es schon lange nicht mehr Industriemuseum, sondern dieser Verein heißt - Hr. Bgm., wo Sie auch im Vorstand sind - IndustrieForum und hat nichts mit dem MAW zu tun. Ich hoffe, das MAW inhaliert nicht die Subventionen vom IndustrieForum. Aber man darf sie nicht gemeinsam budgetieren. Im ausgegliederten Voranschlag mit Einzelposten-Anführung sind sie sehr schön und brav getrennt aufgliedert, aber das haben Sie eben übersehen, Hr. Spanring, oder derjenige, der Ihnen das geschrieben hat.

Das Jugendfestival - Jugendkulturförderung, angeblich ein Schwerpunkt der Sozialisten - wurde mit 0 S bedacht. Null Schilling - trotz einstimmiger Befürwortung durch den Kulturausschuß. Im November haben wir dann den Jugendlichen mitgeteilt, sie können das Jugendfestival wieder machen, es war ein toller Erfolg letztes Jahr. Dieses Jahr: Jetzt sagen wir ihnen: "Leider, Geld haben wir keines, Ihr könnt es nicht machen!" Ich kann mir nicht vorstellen, daß das vom allgem. Kulturkonto bezahlt wird. Denn auch dieses Kulturkonto, das Veranstaltungskonto ist von vor zwei Jahren von ca. 1,4 auf 0,6 Mill. S gekürzt worden. Gekürzt! Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Jugendfestival hier aus diesem Titel bezahlt werden kann!

Der Gestaltungsraum in der Kultur ist eng geworden - bis **zu eng**. Diejenigen Kollegen, die heute diesem Budget die Zustimmung geben, werde ich bei gegebenem Anlaß darauf hinweisen müssen, wer dafür verantwortlich ist, wenn in Steyr gute Kulturinitiativen abgewürgt werden. Ich finde es dann direkt frivol, wenn kurz vor der Wahl von der SPÖ in Steyr eine groß angekündigte Podiumsdiskussion zur Kultur stattfindet; wenn dort tolle Kulturaktivitäten und Absichtserklärungen angekündigt werden. Ich finde es direkt frivol; ich finde es eine Schande!

Zum ao. H.: Hier ist erfreulicherweise, aber leider nur 1 Mill. S für ein Jugendkulturhaus vorgesehen. Niemand weiß, wo; keiner hat einen Plan, außer für das Stadtgut gab es bereits einen Plan; aber man verspricht jetzt mit einem Alibi-Betrag von 1 Million S ein Jugendkulturhaus. Mehr ist dafür nicht drinnen! Vielleicht kann ich von dieser Stelle aus die verfahrenere Situation um den Standort des Jugendkulturhauses bereinigen. Am raschesten zur Verfügung und am besten geeignet wäre vielleicht ein vierter Standort: der ehemalige Wi-Hof. Der Vierkanter - ein denkmalgeschütztes Objekt, wir können und dürfen es nicht abreißen - wäre traumhaft geeignet. Es ist zentral und wäre zu adaptieren; es wäre für unsere Jugendlichen sicherlich ein sehr gut geeignetes Haus. Auch das wird man sich

genauer anschauen müssen.

Die im Budget 1995 gemachte Zusage für die Adaptierung des Gebäudes "Heimatmuseum" in der Höhe von 200.000 Schilling wurde nicht eingehalten: 1996 wurde dieser Ansatz gestrichen!

Etwas abseits der Kultur, aber trotzdem umso mehr ein Anliegen von mir: das Bürgerspital. Auch hier sind keine Mittel vorgesehen, um wenigstens den Bestand für das Bürgerspital zu erhalten.

Die Verantwortung für dieses Budget müssen Sie übernehmen, Herr Finanzreferent Bürgermeister Leithenmayr. Sie sollten sich aber Sorgen machen über die zukünftige Entwicklung der Stadt Steyr. Dem Bürger und Steyrer Steuerzahler wird mit Budget-Akrobatik ein Schwindelbudget vorgelegt. Sie versuchen, sich um die wirklichen Probleme der Stadt Steyr einige Zeit vorbeizuschwindeln. Die Generation nach uns muß die Zeche dafür bezahlen. Wir vergeben auch mit diesem Budget wiederum einen Teil des Erbes unserer Kinder und Nachfolger!

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben letztes Jahr mit einer Zustimmung zum Budget noch einmal versucht mitzuhelfen, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Unsere Erwartungen sind dieses Mal in keinsten Weise erfüllt worden. Wir wurden wirklich enttäuscht. Die Freiheitliche Gemeinderats-Fraktion wird dem Haushaltsvoranschlag 1996 nicht die Zustimmung geben. Ich danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich Hr. StR Ing. Schloßgangl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, liebe Gäste und Zuhörer, werte Vertreter der Presse! Die Erstellung des Budgets für unsere Stadt wird von Jahr zu Jahr problematischer und dramatischer. Waren es bis 1994 sog. "politische Budgets", wie sie Ex-Finanzreferent StR Zagler einmal genannt hat, so sind es seit 1995 "Krisen-Sparbudgets", die keine ernsthaften Struktur-Maßnahmen zur Verbesserung und Konsolidierung unserer Finanzen beinhalten.

Erste Voraussetzung dafür wäre das seit Jahren geforderte mittelfristige Finanzkonzept, das lt. GR-Beschluß v. 21. Dezember 1994 seit Ende Juni 1995 vorliegen sollte. Es ist jedoch leider noch nicht einmal angedacht. Die ÖVP hat zur mittel- bzw. längerfristigen Sanierung des Stadthaushaltes effektive Struktur-Maßnahmen gefordert - vor allem eine weitreichende Transparenz aller Geschäfts- und Dienststellen, wobei die Kosten nach Sach- und Personalaufwand sowie Mitarbeiterstand transparent darzustellen sind. Weiters forderten wir, die Dienstleistungsbetriebe des Magistrates auf Effizienz zu durchleuchten und Eigen- bzw. Fremdleistungen in sämtl. Geschäftsbereichen zu erfassen. Die Aufschlüsselung der Personalkosten sollte nach Grundgehalt, Nebengebühren und Zulagen erfolgen. Dies ist bis heute nur teilweise und völlig unzureichend durchgeführt worden.

Weiters fehlt noch immer die vom GR 94 beschlossene Erstellung von Beförderungsrichtlinien - wobei wir nicht für eine Schlechterstellung der Beamten und Bediensteten votieren, sondern an eine gerechte, leistungsadäquate Entlohnung denken; ungerechtfertigte und überhöhte Zulagen und Nebengebühren darf es allerdings in Zukunft nicht mehr geben. Für Neuaufnahmen sollte die Vertragsbediensteten-Ordnung vom Land überprüft bzw. übernommen werden.

Bei der Personalkosteneinsparung kann eine lineare Personalreduktion nicht zielführend sein. Es ist vielmehr auf die Effizienz und die anstandslos mögliche Erledigung der notwendigen Arbeiten Rücksicht zu nehmen; dazu gehört die Überprüfung und der Abbau nicht magistratserforderlicher Leistungen und Aufgaben. Vordringlich erscheint mir auch die professionelle Führung und Verwaltung des NONPROFIT-Unternehmens Magistrat Steyr - und hier vor allem die Einführung einer Kostenstellenrechnung und Kontrolle, wie sie z. B. bei der Wirtschaftskammer schon seit Jahren sehr erfolgreich angewendet und praktiziert wird. Das wäre auch für unseren Magistrat ganz dringend erforderlich.

Doch nun einige Anmerkungen zum Budget selbst - ich möchte auf die Zahlen allerdings nicht eingehen. Der nun vorliegende Voranschlag für das Rechnungsjahr 1996 stellt ein Konzept dar, das in 3 - davon 2 moderierten - StS-Arbeitskreisen notdürftig erarbeitet wurde, wobei von allen Mandataren insbes. ihre Ressortkenntnisse und ihre finanziellen Mindestanforderungen miteingebracht wurden; jedoch ohne polit. Forderungen und Notwendigkeiten und ohne irgendwelche Zustimmung zu dem soweit fertiggestellten "Gerippe".

Die Einnahmen-Schätzungen aufgrund der Entwicklung des Jahres 1995 scheinen auf jeden Fall viel zu optimistisch zu sein. Alle namhaften Wirtschaftsforscher reden von Rücknahmen der Prognosen - manche befürchten sogar eine wirtschaftl. Rezession. Da können die angenommenen Einnahmesummen nicht stimmen!

Eine Grundaussage der ÖVP war und ist, grundsätzlich keine Neuverschuldungen einzugehen, jedoch notwendige Investitionen und Adaptierungen sowie das Stadtmarketing-Konzept nicht einfach ersatzlos zu streichen. Hier zeigt sich, daß eine Managementführung mit einer strategischen Planung und Koordination, mit notwendigem Synergie-Effekt - z. B. beim Kommunalzentrum - vollkommen fehlt, und mögliche Einsparungen nicht erfaßt bzw. überhaupt nicht dargestellt werden. Apropos Konzepte - ein seit langem gefordertes und auch unbedingt notwendiges Nutzungs- und Sanierungskonzept für das Reithoffergebäude und für das alte Stadtgut fehlen auch noch immer!

Zur Finanzierung der Budgetlöcher soll die GWG, die über nicht unbedeutende Mittel verfügt, veranlaßt werden, Liegenschaften von der Stadt zu erwerben, obwohl dies von ihr eigentlich gar nicht gewünscht ist. Es kann nicht Aufgabe einer gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft sein, die Finanznöte der Stadt mitzutragen und zu sanieren. Aber dazu wird Koll. Holub ausführlich referieren; ich möchte nicht näher darauf eingehen.

Überdacht und überarbeitet werden muß auch die Subventionsliste, die 1992 von allen Fraktionen grundsätzlich beschlossen wurde, jedoch in Anbetracht der finanziellen Situation unserer Stadt unbedingt reformiert gehört. Nur ein Beispiel: Am eklatantesten schreit hier z. B. die Förderung des Halbtagskindergartens der Kinderfreunde mit 100.000 S heraus; im Vergleich dazu die des Pfarrkindergartens Münchenholz mit 70 Kindern mit 24.000 S. Diese Relation stimmt nicht!

Was uns besonders stört, ist die Tatsache, daß vorhandene Konzepte und Beschlüsse nicht umgesetzt werden bzw. wurden. Ich weiß schon, was diesen Kindergarten betrifft, ist im Nachtrag bzw. im Abänderungsantrag jetzt ein entsprechender Betrag für den Kindergarten in Münchenholz vorgesehen. Wir begrüßen das, weil wir uns dafür auch sehr eingesetzt haben. Trotzdem ist diese bisherige Handhabung der Subventionen sehr kritikwürdig.

Es fehlen bis heute:

7 Das bis zum 30. 6. 1995 fällige mittelfristige Finanzkonzept.

7 Die bis Ende 95 fällig gewesene Ausgliederung des APT.

7 Die tatsächlich zugesagte Personalreduktion; die Kosten, speziell im Bereich der Verwaltung, sind enorm gestiegen.

7 Die Erstellung und gemeinsame Erarbeitung der Beförderungsrichtlinien (Termin: 30. 6. 1995).

7 Sowie das bis Ende 95 vorzulegende Bewertungssystem von Dienstposten.

Die ÖVP war und ist nicht grundsätzlich für eine Ablehnung des Budgets. Wir traten für eine Verschiebung der Beschlußfassung ein, um die Möglichkeit für weitere, gemeinsame Überlegungen und Verhandlungen für eine kurz- bzw. mittelfristige Budgetsanierung zu haben und diese zu beraten und zu diskutieren. Das wurde von der SPÖ-Fraktion jedoch abgelehnt. Wenn das vorliegende Budget heute so beschlossen wird, wird sich in Zukunft wenig - und dieses Wenige vor allem sehr träge - ändern, weil leider von **manchen** - ich sage "von manchen" - wichtigen Beamten Politik statt Sacharbeit gemacht wird, und weil die Mehrheitsfraktion beim Budget heute vielleicht mit zwei "grünen Augen" davonkommen wird.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Besser als "blaue"!

Gelächter

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Für die polit. Einstellung von Beamten oder Bediensteten habe ich auch ein ganz typisches Beispiel: Ich habe einmal in der Magistratsdirektion nach dem Magistratsdirektor gefragt; da kam die stereotype Erklärung und Antwort: "Der ist in **unserer** Fraktion!" - Kommentar, glaube ich, überflüssig!

Die ÖVP lehnt dieses Budget aus verschiedenen Gründen ab:

1. Weil wir glauben, daß die Einnahmen zu positiv geschätzt werden.
2. Weil unausgewogen herunterreduziert wird bei den versch. Budget-Ansätzen.
3. Weil die Ausgaben bei der Verwaltung und beim Verwaltungspersonal weiter ansteigen.
4. Weil die Stadt ihr Eigentum, ihre Liegenschaften zu wenig pflegt, zum Teil verkommen läßt. Hier

war in Diskussion das Gebäude Promenade 9, das man ja jetzt für eine Veräußerung vorgesehen hat, wobei die Reparaturkosten vier Fünftel des Verkaufserlöses in etwa ausmachen werden.

5. Die GWG soll zur Finanzierung von Budgetlöchern gezwungen werden.

6. Die Subventionen werden, unserer Meinung nach, weiter ungerecht und unsachlich vergeben.

7. GR-Beschlüsse und fertige Konzepte werden nicht umgesetzt. Ich denke hier nur an das VAMED-Konzept, das Raumkonzept, das Verkehrskonzept und dgl. mehr.

Im Detail werden meine Kollegin und meine Kollegen zu diesen Punkten auch dezidiert Stellung nehmen.

Es soll mit unserem NEIN zu diesem Budget signalisiert werden, daß es so nicht weitergehen kann und darf, weil wir in Sorge und Verantwortung um unsere Stadt hier energisch handeln müssen, um nicht das gleiche Schicksal wie die Stadt Salzburg zu erleiden, die praktisch "konkursreif" ist. Wir werden daher bei späteren Beschlüssen im Laufe des Jahres sehr genau prüfen, ob und warum wir eine Zustimmung geben können. Und letztendlich unser NEIN, weil es uns als die einzig wirksame Maßnahme erscheint, um die SPÖ-Fraktion zum Umdenken und zum Einlenken und damit zur Sanierung der gesamten Situation zu bewegen und gefaßte Beschlüsse und Zusagen auch tatsächlich auszuführen.

Koll. Holub und ich haben in den 3 Arbeitsklausuren grundsätzlich an der Erstellung des Zahlengerippes konstruktiv mitgewirkt. Es ist aber unrichtig, daß wir dabei auch nur im entferntesten eine Zustimmung zu diesem Zahlenbudget gegeben haben. Sondern wir erklärten, erst einmal in die fraktionelle Beratung zu gehen und uns in Anbetracht der relativ kurzen Zeit für die Durcharbeitung in der Fraktion keinesfalls über "den Tisch ziehen" zu lassen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an das Budget 1995, bei dem am Tage der Beschlußfassung unser 8 Punkte-Zusatzantrag angenommen und beschlossen, aber leider nur teilweise bzw. nicht erfüllt wurde. Und ich erinnere daran, wie damals die FP - trotz vorheriger heftigster Kritik und Ablehnung - am Tage des Budget-GR in aller Früh (um 7.30 Uhr) der Frau Vbgm. Mach die Zustimmung zum Budget zugesagt hat. Das sollte sich heuer nicht wiederholen, zumind. von unserer Seite aus. Zusagen, die wir bekommen, die aber dann nicht halten - auch daher unser NEIN.

Die Beratungen und der Beschluß über das Budget 1996 wurden seitens der ÖVP gemeinsam von Fraktion und Parteivorstand durchgeführt. Durch die Erweiterung des Beschluß-Gremiums ergab sich die Möglichkeit einer breiteren Meinungsbildung und vor allem auch die Einbindung unserer zukünftigen Funktionäre und Funktionsträger in diese wichtige Entscheidung und Verantwortung. Im übrigen werden Karl Holub und ich unsere Aufgaben und Verantwortungen im StS und GR genauso ernst wie bisher nehmen - zum Wohle unserer Stadt und unserer Gemeinschaft. Freund Schipek kann unbesorgt sein: Es wäre nur zu wünschen, wenn alle politisch Tätigen die gleiche demokratische Haltung beweisen würden.

Nun ein paar Vorschläge zur Sanierung des Budgets, wie wir sie uns vorstellen. Wir wollen nicht nur kritisieren, wir wollen nicht nur ablehnen, wir wollen uns auch mit konstruktiven Vorschlägen daran beteiligen:

Als erstes erscheint uns besonders wichtig: Die **Erstellung eines mittelfristigen Finanzkonzeptes bis 1999**. Grundpfeiler einer Budget-Konsolidierung ist die Erstellung eines mittelfristigen Finanzkonzeptes mit einer Prioritätenliste der größten oder großen Investitionen sowie der dazugehörigen Finanzierung. Nur damit werden Tendenzen sichtbar, und lassen sich strukturelle Maßnahmen planen und umsetzen.

2. Aufgabenreform - machen wir die richtigen Dinge? Grundlegende Prüfung, welche Aufgaben zum Kernbereich einer bürgerorientierten Verwaltung gehören, und welche durch Auslagerung

abgegeben werden können. Ausgliederung von Magistratsleistungen, wenn diese von Privaten billiger, schneller und besser erbracht werden können.

3. Durchleuchtung durch externe Fachleute - machen wir die Dinge richtig? Der Magistrat Steyr ist mit ca. 735 MitarbeiterInnen und 1 Mrd. Umsatz ein Großbetrieb. Wie bei anderen Unternehmen auch, sollten externe Berater beigezogen werden, um im Sinne von Sparsamkeit und Effizienz eine moderne Verwaltung mitzuetablieren.

Viertens glauben wir, daß das schon angesprochene **flächendeckende Kostenrechnungs- und Kontrollsystem** unbedingt eingeführt werden soll, und zwar für den gesamten Magistrat zur Feststellung einzelner magistratischer Dienstleistungen und deren Überprüfung auf Einsparungsmöglichkeiten

5. Für die **Veräußerung von Liegenschaften**, die der Stadt gehören, sind wir der Meinung, daß diese zu bestmöglichen Konditionen im Wege von öffentlichen Ausschreibungen am Markt frei veräußert werden sollen. Natürlich wird das nicht bei allen gehen - das ist mir schon klar -, aber zumind. bei einem Großteil derjenigen.

Sechstens könnten wir uns auch noch vorstellen, daß wir eine **Organisation in eigenverantwortlichen Einheiten** aufbauen. D. h. Schaffung von eigenverantwortlichen Einheiten im Magistrat. Durch die Setzung klarer Zielvorgaben sollen Kreativität und Sparbewußtsein der zuständigen Leiter und Mitarbeiter dieser Einheiten gefördert werden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Zu dem heutigen Budget-Antrag gibt es auch eine Abänderung, die einige Punkte umfaßt, die natürlich richtig und notwendig wären: die vergessenen Beträge für Schikurse und Schullandwochen; der Kindergarten der Pfarre Münichholz - habe ich schon erwähnt; Sachaufwand für Streetworker - auch eine Forderung von uns; z. B. auch der "Verein Frauen für Frauen" - die nicht vorgesehen waren; der Ausgleich der Subvention für den Tourismusverband, der unverständlicherweise um 200.000 S gekürzt worden war. Trotz alledem möchten wir, um in Zukunft wirklich strukturelle Veränderungen und Maßnahmen zur Verbesserung zu erzielen, an die Mehrheitsfraktion appellieren, das Gespräch und die Verhandlungen in Zukunft zu führen und zu überdenken. Heute können wir diesem vorgelegten Budget nicht unsere Zustimmung geben und auch nicht dem Abänderungsantrag.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster ist Hr. GR Apfelthaler am Wort.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, wertee Präsidium, werte Gäste hier im Haus! Ich habe den Worten der Koll. Dr. Pfeil und Schloßgangl andächtig gelauscht und bin mir vorgekommen, als wären

beide Herren bei Verhandlungen nie dabei gewesen. Dem ist nicht so, denke ich. Wie Koll. Ing. Schloßgangl auch jetzt zum Schluß gesagt hat, und wie er es auch in seiner Rede hat anklingen lassen, und wie es auch aus Presse-Aussendungen der FPÖ lesbar war, "stimmen in etwa", sagt der eine, und der andere "mit dem kann ich leben" die Eckdaten dieses Budgets. Daß man natürlich unterschiedlicher Ansicht sein kann in manchen Teilbereichen, liegt in der Natur der Sache, wenn man ein Budget bearbeitet, das 1600 - nehme ich an - Kostenstellen beinhaltet. Und daß dies eine schwierige Aufgabe ist, weiß jeder, der jemals dabei war. Aber es ist beileibe kein Panik-Budget, beileibe nicht! Ich habe eher das Gefühl, daß Panik bei manchen Fraktionen ausgebrochen ist, was die Konkretisierung und der Ausfluß des Budgets letzten Endes darstellen sollte. Ich kann mich erinnern, es ist seitens der ÖVP dieser Vorschlag gekommen, um dieses Budget genauer und detaillierter zu bearbeiten, geben wir uns noch 1 Monat Zeit bzw. verschieben wir die Exekutierung dieses Budgets. Und soviel ich mich erinnern kann - ich habe sehr genaue Mitschriften -, war damit jeder einverstanden. Es liegt in der Natur der Sache, denke ich, und es ist ein guter Vorschlag, weil den Umfang dieses Budgets bis ins kleinste Detail zu besprechen, bedarf wahrscheinlich noch mehr als die Zeit, die ohnehin dafür aufgebraucht worden ist. Das jetzt so darzustellen - die einen stellen es so dar, daß der zuständige Finanzreferent Bgm. Leithenmayr kein Budget zusammengebracht hätte oder daß das entstandene Budget, das die beiden Fraktionen SPÖ und Grüne jetzt hier eingebracht haben, ein Panik-Budget wäre; oder wie es in den Presseaussendungen der ÖVP heißt, die "unprofessionelle und konzeptlose Budgetpolitik" - das jetzt so darzustellen, denke ich, geht vollkommen an der Wahrheit und an der Richtigkeit vorbei! Ich bitte alle, die dabei waren, jetzt abseits irgendwelcher ideologischer Verbrämungen wirklich bei den Dingen zu bleiben, die der Wirklichkeit entsprechen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Und die haben Sie gepachtet?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Nein, die pachtet im Prinzip jeder - jeder hat seine eigene Wirklichkeit! Ich weiß nicht, wie es mit Ihrer Wirklichkeit aussieht - mit meiner kenne ich mich Gott sei Dank noch sehr gut aus, denn sonst würde ich wahrscheinlich nicht hier stehen. Wahrscheinlich wäre ich dann irgendwo auf Erholung.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich glaube viel eher, daß es so ausgesehen hat, daß FPÖ und ÖVP eben nicht ihre Hausaufgaben gemacht haben und typisch dazu wäre ja der letzte Beschluß zu betrachten, wo eine sog. Prioritätenliste zu erstellen war, und wenn wir uns das ansehen, was da an sog. Prioritäten von Ihrer Seite ge-

kommen ist, Hr. Dr. Pfeil - Sie waren nicht einmal anwesend

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Soll ich Ihnen nächstes Mal eine ärztliche Bestätigung mitbringen, daß ich mit 39 ° Fieber im Bett gelegen

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Dann schickt man eben einen Vertreter, um Gottes Willen, es geht ja bitte um mehr als um Grippe!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin krank im Bett gelegen und habe schriftlich mitgeteilt, was die Prioritätenliste ist! Also, was wollen Sie?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Eine Prioritätenliste haben Sie abgeliefert? Darf ich Ihnen die eigene Prioritätenliste zeigen?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kenne sie - aus dem Bereich "Kultur"!

LAUTE ZWISCHENRUF

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Und mehr gibt es dazu nicht zu vermelden? Ist es Ihre Priorität, nachdem Sie im Verkehrs- und im

Kulturbereich

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im ordentlichen Haushalt, was noch offen war

LAUTE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Apfelthaler ist am Wort - ich bitte um Ruhe!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich sehe mir nur schnell die Prioritätenliste des Koll. Dr. Pfeil an. Ich konnte keine Prioritäten erkennen, weil die Überschrift gelautet hat: "Darüber müßte man noch reden"!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Offene Fragen, ja!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ja, die offenen Fragen; aber an Prioritäten gehört doch dazu, denke ich mir, daß man von 1 bis 10 oder von 1 bis 20 oder meinetwegen von 1 bis 500 die Prioritäten setzt. Das war in keiner Weise ersichtlich.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Lesen Sie es vor!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Danke, das werden Sie dann sicher noch einmal machen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Lesen Sie es doch vor!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Nein, ich brauche es nicht vorlesen, weil ich mir denke

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist es Ihnen peinlich?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Überhaupt nicht, aber Sie werden doch Ihre eigene Liste kennen! Ich brauche sie also nicht vorlesen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber fürs Publikum wäre es

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Bitte, Hr. Vizebürgermeister, Hr. GR Apfelthaler ist am Wort!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, wir sind ein bißchen in eine Diskussion gekommen!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wir diskutieren nur ein bißchen, ja! Wenn wir das zu Zeiten der Budget-Verhandlungen gemacht hätten, wäre wahrscheinlich einiges besser gelaufen.

Nun zur Prioritätenliste, die abgeliefert wurde - wenn man diese betrachtet. Die ÖVP hat, wie gesagt, gebeten, daß man das noch um einen Monat verschiebt, weil sie sich erst interfraktionär besprechen wollte. Hier denke ich mir eben auch, es würde zur Hausaufgabe gehören, daß man die Fraktion über Dinge, die in sehr intensiven Gesprächen angesprochen werden, verständigt und über den jeweiligen Stand der Verhandlungen informiert. Aber das ist ein techn. Problem.

Die Listen, die die Grünen und die Sozialdemokraten abgeliefert haben, haben sich sehr, sehr geähnelt. Das ist der Grund - aber unabhängig voneinander, Hr. Dr. Pfeil; wir werden ja nicht ständig Haus und Hof etc. teilen, wie Sie vielleicht glauben, sondern man kann ja auch in vielen Dingen, in Budgetfragen u. U., auch gleicher Meinung sein. Das widerspricht natürl. Ihrer Auffassung bei manchen Dingen. Aber wenn man Ihre Liste ansieht, dann war das ein Sammelsurium von Dingen aus dem Kulturbereich, die ohne Zweifel selbstverständlich wichtig sind, aber aus denen keinerlei Priorität erkennbar war, und die einen Gesamtumfang von 6 Millionen ausmachten. Ich bin schon dafür, daß man über Dinge spricht, nur wenn man nicht reden will, kann man nichts verändern!

Gehen wir vielleicht einmal zu den Projekten, die sozusagen hier im Antrag enthalten sind und die sich - wie gesagt - auch decken mit den Vorstellungen der Grünen. Der Kindergarten der Pfarre Münchenholz war ein Thema, das bei den Verhandlungen angesprochen wurde - ein sehr, sehr wichtiges Thema. Ich denke, der Bereich "Kindergarten" - wobei es sich hier um einen Privatkindergarten der Caritas handelt, im Vergleich mit den Städt. Kindergärten und den daraus entstehenden Abgängen - gehört unbedingt besprochen. Ich glaube, der Bürger sieht es nicht ein, wenn er seine Kinder dort unterbringt, daß aufgrund der budgetären Entwicklungen dieser Kindergarten zugesperrt wird, wenn die Stadt nicht einspringt. Wir sind, glaube ich, so verblieben, daß wir die Förderung von 24.000 S auf 100.000 S erhöht haben und sozusagen für einen Neubau, den die Caritas überlegt, eine Million im Budget festschreiben. Ich denke, wir können keine Abgänge für Privatfirmen zahlen, das geht auf keinen Fall. Aber wir können zumind. im Hinblick darauf, daß die Bevölkerung ein Anrecht hat, ihre Kinder dort unterzubringen, Unterstützung leisten.

Der Streetworker ist eine Sache, die wir ja schon sehr lange hier besprechen. Sie war Gott sei Dank in diesem Antrag drinnen, weil das nämlich jedem von uns - zumind. dem, der hier vorausschaut - ein Anliegen sein sollte, einen Streetworker zu installieren. Die Projekte Museum Arbeitswelt und IndustrieForum wurden schon besprochen.

Eine wichtige Angelegenheit ist für mich der "Integrierte Gesundheits- und Sozialsprengel", den wir mit 100.000 S dotiert haben. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir ja auch schon seit Jahren darüber reden. Gerade in diesem Bereich, denke ich mir, sind gravierende Veränderungen bemerkbar und auch gravierende Veränderungen für die Stadt Steyr notwendig. Um hier sozusagen für die Sozialgesetzgebung, die wahrscheinlich im 97er Jahr abgeschlossen wird, die notwendigen Vorarbeiten durchführen zu lassen, wurde diese Kostenstelle bedacht.

Die Betreuung von Obdachlosen ist auch eine Angelegenheit, die vielleicht auf unterschiedl. Auffassungen stößt. Die einen sagen, "geht uns nichts an" - aber nach der Methode "Ohren zu, Augen zu, Mund zu" geht es natürl. auch nicht!

Säuglingswäsche-Gutscheine - hier sind wir so verblieben, daß wir versuchen, ebenfalls soziale Schwerpunkte zu setzen, nachdem das sozusagen im "Gießkannen-Verfahren" jeder Frau in Steyr als Gutschein nach der Geburt zugeführt wurde, und es die Möglichkeit gab, den Säuglingswäsche-Gutschein einzulösen. Was ich nach wie vor kritisierere, ist, daß das für ausländische Mitbürger in unserer Stadt noch nicht gilt!

Der "Verein Frauen für Frauen", der ursprünglich überhaupt nicht bedacht wurde im Budget, ist meiner Ansicht nach einer der gravierenden Punkte, auf die sich auch die Zustimmung der Grünen Fraktion stützt. Denn 700.000 für einen Bereich herauszustreichen, der, glaube ich, in den Köpfen und auch in den Herzen aller jener, die hier herinnen sitzen, sich mittlerweile schon so derartig manifestiert hat - das wäre sicher nicht gegangen. Ich kann mich erinnern, daß dies auch seitens der ÖVP und der F gutgeheißen wurde.

Der Notarztwagen und der Tourismusverband sind meiner Meinung nach Investitionen, die wir auch besten Gewissens vertreten können. Und auch im Umweltbereich die Molekularsiebanlage, glaube ich, stößt sicherlich auf keine Ablehnung.

Was im ao. H. aus unserer Sicht noch bes. zu betrachten wäre, ist der Einbau eines Behinderten-WC, der sich mit 150.000 S hier im Voranschlag niederschlägt, und der auch eine wesentl. Bereicherung für unsere Mitbürger darstellt.

Dann der FHS-Neubau, VPTÖ, das Bahnhofsparkdeck, das Hallenbad; und nicht zuletzt das Jugendkulturhaus, das endgültig, nach langen und sehr zähen Verhandlungen durch sämtl. Fraktionen, endlich einmal festgeschrieben worden ist. Von diesem, denke ich, müssen einfach Impulse ausgehen, die aber selbstverständlich der Mitarbeit aller Fraktionen bedürfen.

Jetzt komme ich, wie gesagt, zur Mitarbeit und auch ein bißchen zu den Geschehnissen rund um diese Budget-Entstehung. Ich habe mir einmal genauer angesehen, was in Wahrheit verhandelt wurde. Voriges Jahr gab es ja diesen Zusatzantrag zum Budget, den die FPÖ-, die ÖVP- und die SPÖ-Fraktion gestellt haben, dem wir seinerzeit nicht beigetreten sind. Und es ist - Sie werden sich erinnern - auch in den div. Wortmeldungen seitens des Hrn. Dr. Pfeil oder seitens des Hrn. Koll. Schloßgangl immer wieder gefallen, und zwar ein Punkt daraus: z. B. dieses mittelfristige Finanzkonzept. Selbstverständlich brauchen wir ein mittelfristiges Finanzkonzept, und selbstverständlich muß es entstehen. Nur, meine Damen und Herren, wie stellen Sie sich ein mittelfristiges Finanzkonzept ohne ein Stadtentwicklungskonzept vor? Wie stellen Sie sich das vor, wenn wir Konzepte, Projekte entwickeln,

ZWISCHENRUF:

Verkehrskonzept!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ja, auch! Das gehört auch dazu, aber

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber bitte, wenn Sie heute sagen, wie Sie sich das vorstellen, und wenn Sie einmal genauer nachfragen, wer letzten Endes für diese Konzepte ressortmäßig zuständig ist,

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber ohne Geld!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

..... dann dürfen Sie mich nicht dafür prügeln, daß u. U. im Budget das nicht gedeckt ist!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ohne Geld!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber ich muß mich doch als Ressortverantwortlicher dazu einmal herablassen und einmal genauer definieren, wieviel Geld ich für mein Ressort brauche; genauer definieren, welche Projekte ich

durchzuführen habe. Oder nicht? Oder sind Sie dafür nicht zuständig? Oder ist es nicht auch ein Ausfluß der Budget-Verhandlungen gewesen, daß die Verantwortung sämtlicher Stadträte - ich nehme hier keinen aus! - wahrgenommen werden muß? Daß die Verantwortung z. B. im Verkehrsbereich, z. B. im Kulturbereich oder auch in sämtl. anderen Bereichen endlich einmal wahrgenommen werden muß? Und damit bin ich letzten Endes schon beim Kern meiner Aussage!

In Wahrheit ist es so, meine Damen und Herren, daß die Kultur des Gespräches eine der obersten Aufgaben ist, die sich durch alle Fraktionen durchziehen soll. Es gibt keinen Sinn, wenn man zu Verhandlungen vielleicht nicht erscheint; oder wenn man über Verhandlungsinhalte - wie es beim Personalbeirat z. B. geheißen hat, der hier immer wieder so dargestellt wird, als wäre dort nichts weitergegangen. Warum ist denn dort nichts weitergegangen, bitte schön? Warum haben wir z. B. in Dingen wie StEK meiner Ansicht nach ein Defizit? Warum haben wir in Kulturbereichen Ihrer und meiner und aller Ansichten nach ein Defizit? Weil sich um diese Bereiche nicht 100%ig gekümmert wird. Das ist nämlich genau diese Angelegenheit, die uns alle hier lähmt. Das ist genau diese Angelegenheit, warum in manchen Bereichen nichts weitergeht. Wenn Hr. StR Holub hier - oder nein, ich glaube, es war Hr. StR Schloßgangl

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Egal, irgendein "Schwarzer" eben!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Nein, das ist nicht egal!

Wenn Hr. StR Schloßgangl hier in einem 8 Punkte-Katalog oder bei den Projekten fordert: "Was ist denn mit der VAMED-Studie? Warum hat es noch keine Ausgliederung gegeben?" Dann genügt es, glaube ich, nicht, wie man aus Gesprächen hört, daß vielleicht der Hr. StR Holub mit dem Hrn. Bgm. nicht sprechen kann, und daß er seit September keinen Termin bekommen hat.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich kann schon reden mit ihm, aber er tut es nicht mir mir! Das ist das Problem!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber so ein großes Projekt darf sich nicht auf ein Nicht-Gespräch reduzieren, bitte! Es gehört doch, glaube ich, zur vornehmsten Pflicht, vor allem derjenigen, die an der Spitze dieser Stadtregierung

stehen, hier in div. Projekten etwas weiterzubringen. Und das vermisse ich immer wieder - diese Qualität der Gespräche! Und das habe ich auch am letzten Tag vermißt, wo Sie nicht anwesend waren - Sie waren krank. Aber Koll. Eichhübl war auch nicht anwesend, und die ÖVP hat aus techn. Gründen hier nicht gekonnt! Wir waren am Ende der Verhandlungen; wir haben den o. H. noch zu besprechen gehabt. Sich plötzlich aus der Verantwortung zu entziehen, indem man sagt: "Bitte, alles ist nicht in Ordnung, oder alles entbehrt jedem Verständnis einer Fraktion", denke ich, wird vom Bürger dort draußen überhaupt nicht verstanden. Weil der Bürger von den Leuten, die hier herinnen sitzen und die auch nicht gerade wenig Geld für ihre Tätigkeit bekommen,

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wie ist es dann voriges Jahr gegangen mit dem Nein-Sagen?

Gelächter

ZWISCHENRUF:

Voriges Jahr!

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sprechen Sie nicht nach, lassen Sie sich selbst etwas einfallen!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wurde die Frage jetzt überhört?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Fragen Sie mich bitte nachher, Hr. Dr. Pfeil!

Ich glaube, daß der Bürger draußen auf jeden Fall das Recht hat, daß er von Mandataren, die an der Spitze dieser Stadtregierung stehen, eine Leistung und eine Arbeit verlangen kann! Nur wenn es darauf ankommt, hier Arbeit zu leisten und Projekte durchzuziehen, hört man plötzlich, daß der eine oder andere nicht mehr kann. In Wahrheit ist es doch auch so, meine Damen und Herren, daß es bei einem solchen Budget nicht nur Gewinner gibt, sondern auch sehr viele Verlierer; und daß gerade dort auch kräftig gespart worden ist, obwohl immer die Gegenmeinung hier ertönt, daß gerade bei den Beamten in Wahrheit sehr, sehr viel zusammenreduziert worden ist, und daß man gerade von den Beamten ständig diese Strukturverbesserungen verlangt, die aber von Ihrer Fraktion, lieber Hr. Dr. Pfeil, und von der ÖVP nicht immer 100%ig ernst genommen werden!

Wenn man sich ansieht, wer in Steyr in den letzten Monaten zu den "Defizit-Beschleunigern" gehört hat, dann kommt man darauf - ich glaube, Sie haben alle die Presseaussendung der OÖN gelesen, wo sage und schreibe drinnen steht, daß z. B. aufgrund der freien Parkplätze in Steyr der Stadt 1 Mill. S an Einnahmen entgeht. Oder wenn man sich anschaut, was aufgrund der Öffnung der Fußgängerzone passiert ist - welche Kosten dort entstehen, welche Verminderung der Leistungen, speziell im öffentl. Verkehr, dadurch entsteht, weil die Midi-Busse nicht durchfahren können -, dann ist es genau diese Angelegenheit.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Und warum? Ja, weil die

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Weil sie dort einfach nicht durchfahren können! Weil die Parkplätze

STADTRAT

KARL HOLUB:

Weil man die Parkplätze genau dorthin markiert hat! Ja, zum Blödsinn gehört Hirn - das weiß ich!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber wer kümmert sich bitte letzten Endes darum? Es hat sich niemand gekümmert, und dort entstehen Millionenverluste für die Stadt, die Sie aber wiederum durch Strukturänderungen und durch

Vorantreiben der Beamtenleistung sozusagen lukrieren wollen. Darin sehe ich eine sehr starke Divergenz, wo ich mir sagen kann, arbeiten Sie selbst einmal an Ihren eigenen Entschlüssen, planen Sie etwas, und planen Sie etwas, das greifbar ist! Ich habe bis heute noch kein Papier über div. Projekte, z. B. von Ihnen, Hr. Dr. Pfeil, wo es darum geht, daß man die Bücherei privatisiert. Sie sagen hier ganz flott, daß Sie wissen, daß diese Privatisierung

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja nicht wahr! Im Kulturausschuß fehlen Sie, und

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber, Hr. Dr. Pfeil, diesen

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kann Ihnen beweisen

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Diesen "Lavendelschmäh" brauchen Sie nicht bringen!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Da haben wir doch im Kulturausschuß

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um Ruhe! Hr. GR Apfelthaler ist am Wort!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Hr. Dr. Pfeil, diesen "Lavendelschmäh" brauchen Sie wirklich nicht bringen! Es ist ein uralter Schmäh!

Gelächter

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich weiß es nicht, ich führe ja keine "Stricherlisten", aber ich habe es genau so oft von Ihnen gehört, wie manch anderer Mandatar, stelle ich mir vor. Sie haben doch ständig immer gejamert, und als ich Sie gefragt habe, wo Hr. StR Eichübl war, haben Sie zu mir gesagt: "Der hat eben auch zu arbeiten!" Das verstehe ich ja, aber es ist bitte ein Unterschied, ob ich neun Mandate habe oder zwei! Und wie Sie wissen, bemühe ich mich sehr, daß ich meine Termine einhalte und daß ich bei den Kulturausschuß-Sitzungen dabei bin! Ich bin auch dabei, wenn manch andere nicht dabei sind!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Oder Sie haben vergessen!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das hat damit überhaupt nichts zu tun! Ich glaube, ich habe noch nie vergessen, Hr. Dr. Pfeil!

Aber - weil Sie gerade beim Thema sind - dort, wo es darauf ankommt, Flagge zu zeigen, zeigen Sie es nicht und enthalten sich der Stimme! Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Nämlich als Verkehrsreferent, z. B. bei der Fußgängerzone oben, daß Sie sich plötzlich der Stimme enthalten. Das sind meiner Ansicht nach Dinge, wo

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir können gerne diskutieren darüber!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sie wollen immer gerne diskutieren, aber Sie diskutieren ja nie! Wenn es darauf ankommt, wichtige Dinge für die Stadt zu machen, dann sind Sie nicht da! Das tut mir einfach leid! Und das ist meiner Ansicht nach keine Gesprächskultur! Es hat keinen Sinn, wenn man Politik macht, und wenn es darauf ankommt, konkrete Dinge zu sagen, daß man dann kneift! So ist es in manch anderen Dingen bei Ihnen genauso, Hr. Dr. Pfeil!

Um zum Abschluß zu kommen, möchte ich

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Reden Sie doch noch ein bißchen!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Meiner Ansicht nach ist es so, daß diese Dinge, die hier heute von der FPÖ, Pardon, F und von der ÖVP lukriert wurden, in Wahrheit in den Ansätzen richtig sind. Selbstverständlich denke ich mir, daß z. B. das mittelfristige Finanzkonzept, diese VAMED-Studie etc., daß diese Dinge alle exekutiert gehören, daß dieser Personalbeirat endlich zu einem Entschluß kommen soll. Und wenn man sich die Mandatsverteilung ansieht, dann ist es für mich ein Rätsel - wenn man zusammenzählt -, daß F und ÖVP, die miteinander 17 Mandate haben, immer sagen: "Oh Gott, die und die sind schuld, daß wir nichts machen können!" Das ist der wahre Wahnsinn, wenn man das bedenkt; und es ist nicht

LAUTE ZWISCHENRUF

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ja, aber bringen Sie endlich

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Apfelthaler ist nach wie vor am Wort - ich ersuche Sie, ihm zuzuhören!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich kann Ihnen wirklich versichern, Hr. Koll. Eichhübl, wenn Sie ein Projekt bringen, das plausibel und gut ist, werde ich der letzte sein, der es ablehnt. Darauf kommt es mir nämlich an! Es nützt nichts, wenn man in ideologisch gefärbten Sprechblasen ständig irgendetwas fordert, aber nichts auf den Tisch legt, keine Arbeit leistet in dieser Richtung! Wenn Arbeit geleistet wird in einer Form, wo einfach nichts weitergeht, dann ist das meiner Ansicht nach das ganze Manko, das uns zu dieser Situation heute geführt hat.

Ich bin der Meinung, daß ich bei Budgetverhandlungen nicht verzichten möchte auf die Teilnahme der ÖVP, auf die Teilnahme der FPÖ - obwohl es mir manchmal schwerfällt, Hr. Dr. Pfeil - und

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Mir auch, glauben Sie´s mir!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

..... und auf die Teilnahme der SPÖ. Aber nur solange man im Gespräch bleibt, kann man Dinge wenden. Wenn man sich vom Gespräch absentiert, denke ich mir, "zieht man den Schweif ein", und dann geht überhaupt nichts weiter! Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich würde vorschlagen, wir machen 15 Minuten Pause, damit wieder etwas Ruhe einkehrt und einmal durchgelüftet werden kann. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 16.24 BIS 16.48 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren des GR, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Hr. StR Eichhübl hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste! Obwohl ja bereits unser Fraktionsobmann, Dr. Pfeil, mit seinem Beitrag eine Grundsatzklärung zum vorliegenden Budget 1996 abgegeben hat, möchte ich aus meiner Sicht ebenfalls einige Anmerkungen machen - ohne jetzt näher auf das Zahlenwerk einzugehen, das werden dann noch einige Kollegen aus meiner Fraktion machen -, weil ja auch für mich als Mitglied des StS die Entstehung dieses Budgets und auch die Folgewirkungen von bes. Bedeutung sind. Sie erlauben mir daher, daß ich ebenfalls - wie einige meiner Vorredner - einen kurzen Blick zurück mache, wie denn diese beiden Budgets 1995 und 1996 entstanden sind.

Für die Erstellung des Budgets 1995 waren Klausurtagungen des StS - wie bereits bekannt ist und auch immer wieder gesagt wurde - von insgesamt 100 Stunden am Ende des Jahres 1994 erforderlich! Das war, soweit zurückverfolgbar, einmalig und erstmalig in der Geschichte dieser Stadt. Der damalige Finanzreferent - das hat übrigens Hr. Bgm. verschwiegen in seiner Nachrede auf Koll. Zagler - hat gemeint, es waren bisher Wahlkampfbudgets, und daher war auch diese lange Klausurtagung u. a. notwendig. Er hat es von dieser Stelle aus gesagt; das ist jederzeit im Protokoll nachlesbar.

Viele Mandatare, meine Damen und Herren des GR, waren erstaunt darüber und haben das auch hier von dieser Stelle aus zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig wurde, am Ende eines Jahres den StS mit einer derart umfangreichen Budget-Erstellung zu befassen. Viele glaubten damals, es sei keine Steigerung bei Budget-Vorbereitungen mehr möglich, und dennoch war erst durch viele budgetäre Absichtserklärungen der SPÖ-Mehrheitsfraktion und Verhandlungen bis zur letzten Stunde und Minute schlußendlich eine breite Zustimmung zum Budget 1995 möglich.

Doch, meine Damen und Herren, wie ist es bei der Budget-Erstellung für dieses Jahr, 1996, verlaufen? Erstmals wurde ein Budget nicht im Vorjahr vom GR beschlossen, obwohl es wieder eine Reihe von Klausurtagungen und Besprechungen des StS, beginnend im August des Vorjahres (1995), gab. Und danach wurde diesmal ohne weitere Diskussion am 7. 10. dem StS ein gebundener Budget-Entwurf, von dem die SPÖ bestreitet oder damals bestritten hat, daß er von ihr stammt, vorgelegt. Koll. Spanring als Fraktionsvorsitzender der SPÖ-GR-Fraktion hat heute wieder das Gegenteil gesagt. Er hat - so sinngemäß - behauptet, sie waren die einzigen, die so fleißig waren und bereits Vorarbeit geleistet haben. Also hat doch die damalige Annahme gestimmt, daß es sich um einen SPÖ-Vorschlag gehandelt hat, wie Dr. Pfeil ja kritisiert hat. Im übrigen haben in diesem Vorschlag einige wichtige Vorhaben, wie die FHS oder die bisher verabsäumte Hallenbadsanierung, gefehlt, um jetzt nur einige Bereiche anzusprechen.

In weiterer Folge wurden dann abwechselnd einmal die Beamten, dann wieder die Politiker

aufgefordert, den Ausgabenrahmen im o. H. wie im ao. H. zu kürzen, zu reihen bzw. Einsparungen vorzuschlagen - natürlich ohne die übliche Fortschreibung des SPÖ-Budgets in wesentlichen Bereichen zu verändern. An dieser Grundhaltung der SPÖ, meine Damen und Herren, änderte bedauerlicherweise auch die Beiziehung eines fachkundigen Moderators nichts! Ein Beweis war die heutige Vorlage, die ja zu einer Sitzungsunterbrechung geführt hat, die wir verlangt haben. Denn es ist schon sehr interessant, obwohl es ja zweifelsohne dort und da in Gesprächen bei diesen Klausurtagungen angeklungen ist, daß man Veränderungen in diesen Bereichen vor hat, aber bis dato hat man es nicht vorgelegt - erst heute! Erst heute kommt man darauf, daß man beispielsweise für Amnesty International um 3.000 S mehr braucht, daß man für einen Notarzwagen mehr einsetzen möchte, daß man für den Tourismusverband bereit ist, mehr Geld zu geben und so weiter und so fort. Und im ao. H. kommt man darauf, daß die erste Rate Löschfahrzeug fällig ist, daß man eine Bausubvention für den Caritas-Kindergarten Munichholz braucht - die war nämlich vorher auf null budgetiert -, und daß man für den Einbau eines Behinderten-WC ebenfalls 150.000 S benötigt, wo vorher 0 dortgestanden ist! Und das Interessanteste, meine Damen und Herren, ist ja die Sache mit den vorerst präliminierten 5 Mill. S für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes. Ich sage Ihnen wirklich sehr deutlich, meine Damen und Herren des GR, das war Absicht, was man hier gemacht hat, daß man für das Verkehrskonzept zu wenig einsetzt, denn bei dem Referenten handelt es sich ja nicht um einen SPÖ-Mandatar. Und man hat damit eine Möglichkeit, in der Öffentlichkeit zu sagen: "Da kann doch nichts weitergehen, das ist ja keiner von uns, das ist ja ein Freiheitlicher Mandatar, und der wird doch um Gottes willen nichts zusammenbringen, dafür werden wir schon sorgen!" Meine Damen und Herren, so sieht es in Wahrheit aus. Ich sage Ihnen noch einmal: das war Absicht! Mit aller Deutlichkeit darf ich das nochmals unterstreichen. Aber dennoch

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist ja das Traurige! Koll. Brandstötter, Du bist wieder munter geworden, denn heute hast Du Deine "Times" schon fertig gelesen. Es ist ja wirklich sehr traurig; es ist ja traurig, daß man für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes nicht beabsichtigt hat, einen Groschen einzusetzen. Vorher hat man - gerechtfertigterweise, sage ich - Millionen dafür zur Verfügung gehabt, um dieses Verkehrskonzept zu erstellen, und dann legt man es jahrelang in irgendeine Schublade hinein und kann es dann nicht mehr verwenden, und vorne und hinten geht es beim Verkehr nicht zusammen. So ist die Linie Deiner Fraktion, die Du ja voll und ganz unterstützt!

Aber dennoch, meine Damen und Herren, war der Wille vorhanden, ein Sparbudget im eigenen Bereich einzubringen und auch ein Gesamtsparbudget von seiten der Freiheitlichen mitzutragen. Ich möchte Ihnen jetzt wiederum jene Sparvariante von seiten der Stadtwerke zur Kenntnis bringen, die ich im übrigen schon wiederholt gemacht habe, denn diese Variante stammt ja bereits aus dem Frühjahr dieses Jahres und wurde in Bereichen geringfügig abgeändert - bei Investitionen und Erdgasaufschließungen, beispielsweise am Ortskai, um ein Beispiel zu nennen. Daher habe ich am 19. 12. Hrn. Lemmerer und Hrn. Dr. Schmidl mitgeteilt, daß ich keine Änderung wünsche und auch keine Prioritätenreihung durchführe, weil bei den wenigen Positionen eine Reihung sowieso überflüssig war, weil es sich wirklich nur mehr um äußerst wichtige Vorhaben handelt.

Koll. Apfelthaler, Sie haben den 23. Dezember angesprochen. Ich war sehr wohl dort bei der StS-Sitzung, und Dr. Pfeil war krank. Im übrigen halte ich es nicht für sinnvoll, wenn man heute hier hergeht und dem einen oder anderen vorwirft, daß er dort und da einmal bei einer Sitzung nicht anwesend war. Und zwar, weil es sich ja durchwegs um Leute handelt, die neben ihrer beruflichen

Tätigkeit die politische Tätigkeit wahrnehmen. Hier gibt es durchaus Unterschiede, das ist ja auch erkennbar; der eine tut sich ein bißchen leichter als der andere, aber Tatsache ist, daß alle ihre berufliche Tätigkeit ausüben müssen, um eben einen Broterwerb zu haben. So ist es in Wahrheit! Das trifft auch auf die Mitglieder des StS zu, obwohl die zwar finanziell etwas besser gestellt sind, aber trotzdem auch schauen müssen, daß sie mit ihrem Geld über die Runden kommen. Das soll jetzt nicht mißverstanden werden, daß ich womöglich mehr fordere - im Gegenteil, ich glaube, da könnten wir noch ein bißchen einsparen, wenn man wirklich ernsthaft und aufrichtig politische Tätigkeit betreiben möchte!

Im übrigen, Hr. Koll. Apfelthaler - damit bin ich dann schon fertig, Sie persönlich anzusprechen -, weiß ich sehr genau, wie es einem zumute ist, wenn man beispielsweise als Ein-Mann-Fraktion - so wie es mir 6 Jahre lang ergangen ist - GR-Sitzungen besuchen muß. Aber das gehört Gott sei Dank der Vergangenheit an. Ich darf jetzt zu dieser angekündigten Vorlage von seiten der Stadtwerke kommen und sie Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen.

Im o. H. habe ich einen verminderten Verlustersatz eingebracht: 9,880.000 S; bei Bad und Kunsteisbahn durch eine einmalige Zuwendung aus Gewinnen vom Wasserwerk in der Höhe von 5 Mill. S, 880.000 S Verlustminderung Hallenbadsperrung - ergibt einen Betrag von 4 Mill. S.

Im ao. H. stehen in dieser Vorlage unter Investitionen (das ist dann die Kapitaleinlage lt. Investitionsplan und die Nahverkehrs-förderung in der Größenordnung von 2,250.000 S) 10,3 Mill. S drinnen. Das ergibt dann im ao. und im o. H. gesamt einen Betrag von 14,300.000 S.

Dazu jetzt einen Vergleich, weil ich Ihnen nur nochmals in Erinnerung rufen wollte, in welcher Größenordnung wir bereit waren, bei dem Einsparungs-Budget mitzumachen: Im 95er Jahr ist im o. H. ein Verlustersatz (Bad u. Kunsteisbahn) von 9,000.000 S gestanden; im ao. H. Investitionen und Nahverkehrs-förderung von 14,8 Mill. S - das ergibt also im ao. und im o. H. gesamt 23,800.000 S. Das ist ein Vergleich - wie gesagt zum Jahr 1996 - von 9,5 Mill. S weniger und immerhin 36 %!

Ja, natürlich, meine Damen und Herren, ist auch bei dieser Forderung die Sanierung des Hallenbades drinnen gestanden. Aber nicht zuletzt auch deshalb, weil ja der Rechnungshof sehr deutlich darauf hingewiesen hat, daß hier Versäumnisse gemacht wurden, daß es verabsäumt wurde in den letzten Jahren - aber nicht erst seitdem der Referent Eichhübl heißt, der seit 1991 dort Mitverantwortung trägt, sondern wesentl. früher wären diese Sanierungsmaßnahmen zu setzen gewesen. Wesentlich früher! So wird es auch im Rechnungshof-Bericht dann drinnen stehen. Ich kann mich nur beziehen auf die Gespräche, die ich geführt habe. Wir sind - wie gesagt - bereit, nach wie vor auch die anderen Bereiche in dieser Größenordnung, die ich Ihnen jetzt genannt habe, als Sparvariante mitzutragen. Obwohl auch der Rechnungshof, meine Damen und Herren des GR, mit großer Vehemenz und Deutlichkeit darauf hinweist, daß in den letzten Jahren zu wenige Investitionen in vielen Bereichen der Stadtwerke gemacht wurden. Das ist eine Tatsache, die wir auch immer wieder - von seiten der Freiheitlichen GR-Fraktion - kritisiert haben, und auf die wir auch immer hingewiesen haben.

Meine Damen und Herren, mich wundert heute, daß niemand einen Zwischenruf macht und sagt - so wie letztes Mal Koll. Brandstötter, aber er unterhält sich gerade mit seiner Nachbarin -, daß ja eigentlich der Verhinderer der Hallenbadsanierung der jetzige Referent Eichhübl war. Hier erlaube ich mir heute im Rahmen dieser Budget-Debatte, Ihnen einmal ein Protokoll vom 13. Dezember 1990 nicht nur vorzuhalten, sondern auch daraus zu zitieren. Damals war auch Koll. Brandstötter da, ebenfalls Koll. Bremm und auch der damalige VbGm. Leithenmayr. Hier habe ich u. a. folgendes gesagt: "Ich darf in Erinnerung rufen, daß wir es selbstverständlich für notwendig halten, daß im Stadtbad etwas zu geschehen hat, und ich war nicht etwa dagegen, sondern habe aufgrund der finanziellen Situation der Stadtwerke, und als damals Größenordnungen von etwa 80 Mill. S an Kosten genannt wurden für einen Neubau, gefragt, von wo denn das Geld herkommen soll. Denn die Stadt Steyr, habe ich damals gesagt, wird sich sicherlich dieses Vorhaben nicht leisten können und müßte klären, von wo finanzielle Unterstützungsmittel kommen könnten oder sollten. Wir haben daher aus diesem Grund befürchtet, daß dieses Projekt womöglich zu einem Prestige-Objekt für den

kommenden Bgm. werden soll und haben daher eine Volksbefragung verlangt und haben im Rahmen unserer Möglichkeiten - ich habe bereits bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen - bereits im Juni d. J. 2.470 Fragebögen an die Bevölkerung unserer Stadt ausgesandt; und davon wurden 650 retourniert. 76,7 % sprachen sich damals für eine Reparatur aus, 7,8 % der Einsender traten für einen teuren Umbau ein, und 15,6 % hatten keine Referenzen. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß - wenn der Gedanke noch aufrecht erhalten werden sollte, das Hallenbad entspr. umzubauen - eine Volksbefragung, wie sie auch im Statut der Stadt steht, durchzuführen ist. Dem vorliegenden Antrag" - da hat es sich um eine finanzielle Vorlage gehandelt - "gebe ich selbstverständlich die Zustimmung", habe ich gesagt.

Jetzt, meine Damen und Herren, bitte ich vor allem jene, die immer wieder als Kritiker auftreten, auch den Hrn. Bgm. persönlich, zuzuhören, was damals Hr. Vbgm. Hermann Leithenmayr gemeint hat: "Ich darf versichern, daß die Auffassung - sollte sie bei der FPÖ vorhanden sein -, daß Leithenmayr ein Prestige-Projekt durchführen will, eine reine Spekulation ist, die sich nicht bewahrheiten wird. Es gibt ganz natürliche Einschränkungen. Wenn ich als Sportreferent ins Träumen kommen sollte, werde ich spätestens dann wach, wenn wir von den Zahlen reden, die ich als Finanzreferent gegenüberzustellen habe. Daher ist diese Gefahr nicht vorhanden. Aber wir haben mehrfach erklärt, daß in bezug auf die Freizeiteinrichtungen Priorität Nr. 1 das Bad hat, daß es saniert werden muß, und daß wir es erhalten wollen, um den Freizeitwert unserer Stadt entspr. weiter zu gewährleisten. Es muß auch angepaßt werden an die Umstände und Erfahrungen, die wir damit gemacht haben. Das alles werden wir selbstverständlich berücksichtigen. Als zweiter Punkt ist das Dach, über das wir heute schon gesprochen haben, erwähnt bei der Eishalle. Und in etwas weiterer Ferne werden wir uns damit zu beschäftigen haben, daß wir ein Veranstaltungszentrum bekommen, das sowohl für sportliche als auch kulturelle Anlässe in der Stadt zur Verfügung steht."

Das noch einmal nur als Erinnerung und Klarstellung, wie es damals wirklich war, als der Ein-Mann-Fraktion-Vertreter hier heraußen gestanden ist, und 24 SPÖ-Mandatare sich gefürchtet haben, tatsächlich unten im Hallenbad etwas zu tun. So sieht es in Wahrheit und in Wirklichkeit aus!

Meine Damen und Herren, aber nochmals zurück zu dieser Vorlage, die ich Ihnen in Erinnerung gerufen habe. Was jetzt das Budget der Stadtwerke betrifft, so wäre es mir als Referent natürlich lieber gewesen, neue Erdgasanschlüsse im größeren Rahmen für 1996 zu tätigen oder die Wasserversorgung durch entspr. Mittelbereitstellung auf ein weiteres Standbein abzusichern; oder die bisher verabsäumte Hallenbadsanierung mit einem wesentl. höheren Betrag als 15 Mill. S abgesichert zu sehen - um ebenfalls aus diesem Bereich nur einige Beispiele zu nennen.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren des GR, gibt es eine Reihe von weiteren Ausgaben-Positionen im Sozialen-, im Umwelt-, im Verkehrs-, im Bildungsbereich, beim Feuerwehrewesen usw., die wir Freiheitlichen nach wie vor gutheißen. Natürlich im besonderen - das darf ich auch hier unterstreichen -, was mein Ressort betrifft und was die Hallenbadsanierung betrifft. Die Zustimmung, meine Damen und Herren, zu diesen Teilbereichen, die ich jetzt genannt habe, wird uns aber deshalb verwehrt, weil wir auch heute wieder nur über das Gesamtbudget abstimmen können, und daher nicht die Möglichkeit besteht, abstimmungsmäßig einzelne Bereiche gutzuheißen. So schaut das aus, und das habe ich auch immer wieder im Verlaufe von Budgetreden, die ich gehalten habe, kritisiert.

Die Bereitschaft, meine Damen und Herren, ein umfassendes Budget mitzutragen und mitzuverantworten, konnte von unserer Seite nur so lange aufrecht erhalten werden, bis wieder einmal erkennbar war, daß die SPÖ-Mehrheit dieses Hauses nicht bereit ist, echte strukturelle Veränderungen einzuleiten. Auch diesmal sollte offensichtlich wieder der Weg der letzten Jahre beschritten werden, Zahlen fortzuschreiben, Absichten anzukündigen, das Budget zu sanieren, die dann nicht oder nur teilweise eingehalten werden. Oder aber, den anderen Fraktionen die Zustimmung zum Budget dadurch abzurufen, indem man für ihre Verantwortungsbereiche einige wenige Maßnahmen, die ohnehin notwendig und überfällig sind, finanziert bzw. einen Teil ihrer Forderungen erfüllt. Wobei man natürlich aber als SPÖ-Mehrheit für sich in Anspruch nimmt, sich den größeren Anteil dieses Budgets anzueignen - nicht für persönliche Zwecke. Natürlich nicht! Sondern die Gunst eines Teiles

der Bevölkerung eben durch Verteilen dieses größeren Finanzbrockens zu erhalten.

Natürlich spielt auch bei diesen Überlegungen eine sattsam bekannte Verhinderungstaktik gegenüber "andersfärbigen" Referenten eine Rolle, wie es heute wieder bewiesen wurde; oder wie beim Hallenbad, oder wie beim öffentlichen Verkehr, oder aber auch beim Alten- und Pflegeheim, um einige Beispiele zu nennen, die wir in letzter Zeit immer wieder - nicht nur hier, sondern auch im StS und auch in der Öffentlichkeit - zu hören bekommen haben.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, glauben wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion, daß das keine verantwortungsvolle Budgeterstellung und Budgetpolitik - vor allem gegenüber unseren Nachkommen - ist!

Ich könnte jetzt in meiner Wortmeldung noch lange aufzählen im Verlangen von Einsparungsmaßnahmen, die wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion immer wieder gemacht haben, die aber ständig von der SPÖ-Mehrheit ignoriert wurden, und die schlußendlich auch dazu beigetragen haben, daß wir vor einem Budget-Dilemma stehen. Ich habe zufällig bei der Durchforstung Unterlagen von früheren Aussagen gefunden: z. B. von 1989. Ich bräuchte nur die Zahlen umändern und könnte auch daraus eine Budgetrede halten. Ich möchte aber davon heute Abstand nehmen und meinen Beitrag zum vorliegenden Budget 1996 damit beenden, indem ich einige Aussagen des Moderators, die auch unsere ablehnende Haltung widerspiegeln, zitiere.

Herr Lubbers sagte

ZWISCHENRUF:

Er heißt Lubbers, nicht "Lübbers"!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Herr Lubbers sagte u. a.: "Sie gehen den falschen Weg weiter - Ausweitung des o. H., unverantwortlich hoher Schuldenstand, Sie entziehen sich der Verantwortung. Es wurde 1 Jahr `verplempert`, beim Verkauf von Grundstücken und Liegenschaften wieder Zeit `verplempert`. Augenblicklich betreiben Sie `Flickschustern`. Sie hätten die Chance gehabt, das Budget 1996 zu machen und 1997 zu planen!"

Das hat Hr. Lubbers gesagt, das sind nicht meine Aussagen! Hr. Lubbers hat das gesagt, und ich habe es mir aufgeschrieben und zum Teil auch gemerkt, was ja von manchen bestritten wird, aber es ist so. "Ich wünsche Ihnen den Mut", hat er damals gesagt, "das Unveränderbare zu ertragen, daß Sie nämlich kein Geld haben. Sie haben nur den Übermut, zu glauben, Sie hätten es. Sie müssen den Mut haben, in Konfrontation auch mit sich selbst zu gehen, nur dann wird sich etwas ändern".

Diese Worte stammen - wie gesagt - nicht von einem Politiker, nicht von einem politischen Kontrahenten, sie stammen von dem Moderator, Hrn. Lubbers, der aus einer gewissen Distanz die Geschehnisse beurteilte bei diesen Klausurtagungen; und sie sollten eigentlich jene Mandatäre sehr nachdenklich stimmen, die heute diesem Budget-Vorschlag die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. StR Bremm.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Sehr verehrte Fr. Vbgm., Hr. Bgm., Hr. Vbgm., sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Roman, Lubbers heißt er - nicht "Lübbbers"! Damit wir dann im Protokoll wissen, von wem die Rede ist - daß wir alle vom selben reden! Der Moderator war Hr. Lubbers, nicht "Lübbbers"!

ZWISCHENRUF:

Schreiben tut er sich so!

LAUTE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir werden das vielleicht dann in Lautschrift weitergeben!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Nur, daß wir im Protokoll wissen, daß wir vom selben Moderator gesprochen haben. Denn wenn wir die Budget-Vorbereitungen zum heutigen Budget betrachten, dann kommt man teilw. zum Eindruck, wie Koll. Apfelthaler - ohne, daß wir uns mit ihm politisch ins Bett legen -, aber da kommt man zur Auffassung, wie es Koll. Apfelthaler schon erwähnt hat, man glaubt, es waren so manche nicht bei den Budget-Vorberatungen, bei den Budget-Gesprächen und -Verhandlungen dabei. Denn man glaubt, es ist von etwas ganz anderem geredet worden.

Wir haben 5 Tage hier sehr ausreichend, konstruktiv und sachlich das ganze Budget zerlegt, diskutiert, und jeder hat seine Meinung dazu geäußert. Ich habe schon gleich geglaubt - ein bißchen in der Naivität eines jungen Stadtrates -, wir kommen hier doch auf breiter Basis zur Einigung; wobei aber sicher von Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil von Haus aus klar war - es war ja skandalös seiner Auffassung nach, daß zu Beginn der Beratungen der Beamtenvorschlag auf dem Tisch gelegen ist. Für den einen war das zuviel, für den anderen war es wieder zuwenig. Aber es war hier von der FPÖ schon von Haus aus erkennbar, daß hier der polit. Wille fehlt, für das Jahr 1996 ein Budget für die Stadt Steyr

zustande zu bringen.

Wir haben aber doch diese 5 Tage sehr gute Vorbereitung geleistet. Es sind die ganzen Einnahmen beleuchtet worden, die heute auch - überraschen- derweise für mich - kritisiert wurden. Denn wenn man Einnahmen hat, kann man nur froh sein, wenn man zuwenig Geld für die Ausgaben hat. Es hat hier bei den Beratungen kein Problem über diese gegeben. Auch die Ausgaben wurden in Kategorien unterteilt; es sind alle Posten über die Notwendigkeit, die Sinnhaftigkeit diskutiert und auch sehr umfangreich niedergeschrieben worden. Und zwar immer mit dem Ziel, den o. H. mit den genannten Zahlen nicht zu überschreiten, aber auch im ao. H. keine Neuverschuldung zu machen und ihn mit den schon erwähnten Zahlen nicht zu überschreiten. Es hat hier keine unterschiedlichen Auffassungen gegeben! Und es hat auch einheitliche Meinungen gegeben, für alle wichtigen Projekte, wie die Nordspange, die FHS, das Parkdeck oder das Hallenbad, und auch für das Kulturhaus die finanziellen Mittel im Budget vorzusehen.

Ich möchte hier nicht den "Taferl-Zeiger" vom Fernsehen kopieren, aber alle waren ja nicht bei den Beratungen dabei: Ich möchte hier nur zeigen, daß wir schon sehr umfangreich alle Ausgaben und Einnahmen zerlegt und sie nach Prioritäten oder nach Kategorien gereiht haben - veränderbare, schwer veränderbare und nicht veränderbare. Also wir sind hier sehr sachlich und professionell durch die Moderation des Hrn. Lubbers vorgegangen. Jetzt kann man, meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich zu den einen oder anderen Ausgaben und Projekten eine unterschiedliche Meinung haben. Ich glaube, daß dies legitim ist, daß das so sein soll. Aber diesen Budget-Vorschlag - ich glaube, das ist auch eine Besonderheit, er wird ja schon einige Tage in den Medien sehr ausführlich diskutiert, man kann dort schon sehr klar erkennen, wie hier die Haltung ist, und wer eine Haltung dazu einnimmt. Ich werde dann noch kurz darauf zurückkommen. Es ist auch eine Besonderheit des heurigen Budgets, daß nicht die Fraktionen zuständig sind, sondern hier gibt es andere, wo beschlossen wird und wo die Richtung vorgegeben wird. Aber diesen Budget-Vorschlag als reines Panikbudget ohne Perspektiven und Reformansätze hinzustellen - wie hier Personen in den Tageszeitungen zitiert werden - oder wie Hr. Dr. Pfeil heute schon erwähnt hat, daß es ein Schwindelbudget sei, ist meines Erachtens geschmacklos. Nach der Wortwahl des Hrn. Pfeil müßte ich sagen, es ist skandalös, wie das dargestellt wird! Man kann daraus nur schließen, meines Erachtens, daß sich derjenige oder diejenigen, die das von sich geben, doch aufgrund der umfangreichen und nicht einfachen Materie vielleicht nicht so auskennen

LAUTE ZWISCHENRUFE

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Ich habe ja drei Möglichkeiten, und

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie kennen sich aus?

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Ich habe drei Möglichkeiten, und jeder kann sich eine aussuchen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Die ganze Klausurtagung hat er nichts gesagt, außer daß er Durst hat, und jetzt

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Ich habe drei Möglichkeiten, auch für Sie ist eine dabei. Vielleicht ist es gleich die nächste!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

..... und jetzt riskiert er die "große Lippe"!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Entweder man ist böartig - das könnte auch vielleicht noch die Möglichkeit sein - oder man bezweckt überhaupt andere Absichten, damit ein Zustandeommen des Budgets für die Stadt Steyr verhindert wird!

Und weil auch über die Medien mitgeteilt wird - das ist sehr freundlich, wenn wir uns so begegnen - bzw. den Gewerkschaftern und Betriebsräten, von denen auch unser Bürgermeister einer war, in öffentlicher Aussendung zu unterstellen, daß sie am Zugrundegehen sozialdemokratisch dominierter Betriebe schuld seien, wobei dann

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wo steht das drinnen?

STADTRAT

GERHARD BREMM:

..... wobei dann anzunehmen wäre, Hr. Dr. Pfeil, daß alle anderen Betriebe - und mein Anstand sagt mir, daß ich jetzt nicht die lange Liste in Steyr aufzähle, wo auch andere Betriebe, in denen vielleicht keine Sozialdemokratischen Gewerkschafter tätig waren oder vielleicht nicht

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir können heute noch über den Konsum reden!

LAUTE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Bremm ist am Wort! Ich bitte um Ruhe!

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Ein Zwischenruf ist gestattet!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nur einer!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

..... oder vielleicht nicht Sozialdemokratische Vorstände oder Unternehmer sind - das gibt es ja auch;

es gibt auch Andersfärbige, ist zu vernehmen. Es gibt eine Reihe anderer, die auch in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen sind. Und da müßte man unterstellen, wenn hier die Sozialdemokratischen Betriebsräte und Gewerkschafter, aber insges., lieber Willi Spöck, die Gewerkschafter und die Betriebsräte und Personalvertreter, wie sie in anderen Bereichen genannt werden, wenn die schuld sind, dann müßte das in den anderen Bereichen auch so dargestellt werden - könnte man fast unterstellen, wenn man sich das so einfach machen würde -, daß dort die Unternehmer unfähig, fahrlässig oder sonst irgendetwas gewesen sind. Oder man muß sich die Frage stellen - die hier doch meines Erachtens etwas unqualifizierte Äußerungen von sich geben -, ob dort auch die wirtschaftliche Kompetenz in dem Bereich vorhanden ist!

Ich möchte aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einigen Bereichen aus meinem Ressort berichten und referieren. Zum Sportbereich: Durch die budgetären Maßnahmen, durch das Sparbudget, zu dem wir uns ja - alle Fraktionen - bekannt haben, werden auch der Sportbereich und die Sportvereine betroffen sein. Gerade in der letzten Tageszeitung - ich möchte hier kurz dazu Position beziehen, weil der Sport in Steyr doch eher kritisch angeschnitten wurde - stand in einer Schlagzeile: "Steyrs Spitzensport auf rasanter Talfahrt". Wir können aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch eine pos. Entwicklung des Sportes sehen; mit allen Problemen - wenn ein paar Vereine wirtschaftliche, finanzielle Schwierigkeiten haben. Das hat es immer gegeben, das wird es immer geben, und das werden wir als öffentl. Hand nicht verhindern können. Insgesamt können wir aber sagen, wir haben in Steyr eine sehr pos. Entwicklung im Sportbereich: wir haben 63 Vereine mit ca. 30.000 Mitgliedern, die hier Sport betreiben; und - wie gesagt - es sind nur ein paar Sektionen, die in Schwierigkeiten sind. Wir haben genauso gut und eine wesentl. größere Reihe an pos. Entwicklungen, wo erfolgreiche Vereine tätig sind, wo nationale und internationale Erfolge zu verzeichnen gewesen sind, wie z. B. im Tennis ist Steyr zur Zeit eine Hochburg; ebenso in Karate, im Judo oder bei den Schwimmern, bei Badminton oder auch Basket- und Volleyball sind wir sehr erfolgreich. Und ich glaube, das sollte in den Vordergrund gestellt werden.

Die Finanzkraft der Vereine ist aber sehr schwierig, und dadurch wird gerade auch die mit dem heutigen Budget beschlossene Kürzung der Subventionen diese Vereine hart treffen. Ich glaube, daß wir hart daran arbeiten müssen, daß wir in der Zukunft, in der nächsten Zeit die Vereine wieder dementspr. unterstützen.

Wir können auch für den Sport - wie schon erwähnt - nur die Rahmenbedingungen herstellen. Wir werden nicht die Transferzahlungen für Spitzensportler übernehmen können; das ist nicht unsere Aufgabe, und wir wären dazu auch nicht in der Lage. Zu den Rahmenbedingungen möchte ich auch wieder einmal etwas heranziehen - nicht weil Du es angeschnitten hast, Roman, aber Du hast in der letzten Zeitung das so kommentiert, als wärest Du der Retter des Hallenbades, und Du bist nach Linz gepilgert und hast Landessportdirektor Hartl und auch alle anderen nach Steyr gebracht

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

In welcher Zeitung steht das?

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Ich glaube, in der letzten Rundschau, wenn ich mich richtig erinnere, hast Du

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Paß auf, hier sitzt ein Vertreter der Steyrer Rundschau, denn Du sagst etwas völlig Falsches, das gar nicht drinnen steht!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

..... hast Du eine Stellungnahme zum Hallenbad abgegeben, die sehr pos. ist.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich werde Dich nächstes Mal vorher fragen!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Ich kann nur immer wieder in Erinnerung rufen - lieber Roman, weil Du heute auch die Sanierung des Hallenbades angeschnitten hast, die hoffentlich in den nächsten drei Etappen, in den nächsten drei Jahren abgeschlossen ist; ich hoffe, daß diese drei Etappen auch in den nächsten drei Jahren möglich sein werden. Es ist ja noch nicht so sicher, aber wir werden auf alle Fälle den Schwimmbetrieb im kommenden Jahr herstellen. Ich hoffe, daß ich es zum letzten Mal sagen muß, aber Du warst schon einer derjenigen, die 1990 oder 1991 - das ist jetzt schon länger aus - eine negative Haltung zum Bad eingenommen haben. Du hast den Spruch getätigt, es wäre Leithenmayr's Prestige-Projekt; und es ist auch aus anderen Gründen - es war auch von anderer Fraktion her eine reservierte Haltung - die Renovierung und Erneuerung des Hallenbades seinerzeit nicht zustande gekommen. Es ist natürl. schon irgendwo für mich ein bißchen unverständlich: auf der einen Seite aus dem eigenen Ressort verlangen, das Hallenbad muß erneuert werden, das Verkehrskonzept muß gemacht werden und jenes muß gemacht werden; und wenn es darum geht, ein Budget zustande zu bringen, dann will keiner etwas hören davon und "gegen das Budget sind wir aber". Also, es ist schon eine sehr denkwürdige Haltung, und jeder sollte sich seinen eigenen Reim daraus machen.

Ich möchte eine Ausgaben-Post, die heute in dem Zusatzantrag beinhaltet ist, nur kurz erwähnen, daß nicht der Eindruck entsteht, wenn wir schon ein Sparbudget haben, daß hier Schikurse und Schullandwochen vielleicht großzügig gefördert werden. Ich möchte das nur der Ordnung halber gesagt haben, weil es auch in meinem Ressort ist. Und zwar betrifft das Freischüler, wo ein geringes Einkommen gegeben ist - weil das an das Einkommen gekoppelt ist -, daß solche Schüler von der Stadt eine Unterstützung für Schikurse und Schullandwochen erhalten. Ich wollte das nur kommentiert haben.

ZWISCHENRUF:

Das haben alle begriffen!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUF

GEMEINDERÄTIN

ULRIKE FUCHS:

Ich habe nie daran gezweifelt!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Es sind ja nicht alle hier solche Insider wie Ihr zwei!

Gelächter

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Und weil es ja auch schon über die Medien transportiert wurde, daß "das Budget der Sozialdemokraten" Einsparungen im Schulbereich und versch. anderen Bereich vorsieht, möchte ich auch hier kurz dazu etwas erläutern. Und zwar geht es um einen Schulversuch in der Sonderschule. Hr. Dir. Lengauer wird das vielleicht auch in einer Wortmeldung erwähnen oder nicht erwähnen. Das weiß ich nicht.

Gelächter

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Es geht um einen Schulversuch in der Sonderschule, wo eben im Schuljahr 1993/94 eine Integrationsklasse installiert wurde und mittlerweile drei Integrationsklassen betrieben werden. Die

Schule bzw. die Schulleitung ist an den Magistrat herangetreten, eine weitere Integrationsklasse zu installieren, und für diesen Zweck würde ein zusätzlicher Schulraum, ein zusätzlicher Klassenraum notwendig sein. Fr. Vbgm. Mach hat in dieser Angelegenheit schon am 24. März 1995 einen Brief an das Land, an die Abteilung "Bildung, Jugend und Sport", geschrieben und dieses Anliegen und diesen Wunsch dort deponiert. Weiters hat sie ersucht, daß eine Stellungnahme der Abteilung in dieser Frage abgegeben werden soll. Es ist hier vom Land eine Stellungnahme gekommen, wo darauf hingewiesen wird, daß dies ein Schulversuch ist und aus diesen Gründen - ich möchte jetzt nicht in die Details einsteigen - eine Erweiterung dieser Sonderschule aus der Sicht des Landes nicht notwendig ist; für die Sonderschüler sei genügend Schulraum vorhanden. Wir haben auch ein Gespräch

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Nicht sagen, es stimmt nicht, es steht hier drinnen in der

STADTRAT

KARL HOLUB:

Du bist jetzt wirklich "von der Rolle"!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

KARL HOLUB:

Du bist nicht beim Thema!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Es hat hier auch ein Gespräch mit dem Bezirksschulinspektor, Koll. Hack, gegeben, der diesen Schulversuch in der Sonderschule betrieben und angeregt hat. Er hat wortwörtlich gesagt - und er hat auch gesagt, ich kann es hier so sagen -, es ist ein "pädagogischer Luxus", dieser Schulversuch, und es wird von einer Ausweitung in diesem Bereich Abstand genommen. Es wird in der nächsten Zeit auch im Bezirksschul-Ausschuß darüber zu befinden sein, daß eine wohnortnahe Integration zu betreiben sein wird, wo wir auch schon dementspr. positive Erfahrungen gemacht haben. Ich möchte das - weil ja gerade bei den öffentl. Aussendungen der Schulbereich auch dementspr. angeschnitten wurde - hier nur erwähnt haben. Ein ähnliches Problem oder eine ähnliche Diskussion gibt es in der

Hauptschule Promenade, wo es um die Weiterführung einer Integrationsklasse geht. Auch dort gibt es eine Lösung, die für alle Beteiligten zufriedenstellend sein wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch zu ein paar Punkten kommen, wo hier die Hauptkritikpunkte von Hrn. Mayrhofer, der ÖVP-Obmann in Steyr ist, in den OÖN kommentiert wurden, wo darauf hingewiesen wird, daß keine Bereitschaft in Kernbereichen zum Sparen vorhanden ist. Es ist - ich habe es vorhin schon erwähnt - schon irgendwo bemerkenswert, daß hier gesagt wird, nicht hier herinnen wird das Budget beschlossen, sondern das wird schon woanders beschlossen werden. Das ist zwar nicht meine Angelegenheit, es ist aber doch für das Klima in diesem Hause nicht unbedingt förderlich.

Es wird hier auch darauf hingewiesen, daß eine grundlegende Prüfung notwendig ist, welche Kernbereiche zum Magistrat gehören sollen und welche Leistungen billiger und besser von Privaten erbracht werden könnten. Ich möchte doch ein paar Bereiche anführen und vor Augen führen, daß wir uns sehr wohl mit Privaten vergleichen können. Das war ja auch ein Thema in unserer Budget-Beratung, wo hier von den Freiheitlichen die Forderung ist, die Bücherei zu privatisieren, und wo von der Fraktion der ÖVP sehr stark die Linie vertreten wird, die Stadtgärtnerei in Frage zu stellen, ob das unbedingt im Stadtbereich notwendig ist. Aus diesem Grund möchte ich hier doch ein paar Gedankengänge einbringen und aufzeigen, daß wir uns mit Privaten - von der Kostenseite, aber auch von der qualitativen Seite her - sehr wohl messen können.

Im Bereich Umwelt zum Beispiel können wir uns oberösterreichweit sehen lassen: beginnend beim Umweltschutz über Mülltrennung und Müllentsorgung. Und gerade mit unserem Müllentsorgungswegweiser, der ja im vergangenen Herbst veröffentlicht wurde, haben wir wieder einen großen Schritt nach vorne gemacht, und wir haben hier einen Meilenstein gesetzt und einen großen Vorsprung gegenüber anderen Bereichen erhalten. Ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken - dieser Wegweiser kommt noch aus der Zeit meines Vorgängers, Koll. Spanring; das ist keine Frage! Weiters haben wir flächendeckende Papier-, Glas-, Metall- und Kunststoff-Entsorgung, aber auch Haus- und Sperrmüll wird vorbildlich entsorgt. Die Problemstoff-Sammlung funktioniert durch die Bereitschaft der Feuerwehr ebenfalls hervorragend. Das ist das Ergebnis sehr guter Arbeit im Bereich Umweltamt und Umweltberatung.

Nun noch zum Kommunalzentrum - das ist ja auch ein Thema: Hier möchte ich schon den Wi-Hof positiv hervorheben, weil wir gerade mit dem Einsatz aus diesem Bereich doch der Gemeinde etliche Millionen Schilling ersparen konnten. Und zum Vergleich "private und kommunale Dienstleistungen": Wenn wir dort die Adaptierungsarbeiten - wie sie begonnen wurden - mit Privaten so weitergeführt hätten, hätte uns die Adaptierung im Kommunalzentrum etliche Millionen Schilling mehr gekostet, als es zum jetzigen Zeitpunkt der Fall ist. Wir sind hier noch immer in den vorgegebenen, in den budgetierten Zahlen, und es werden etliche Millionen in diesem Bereich durch die Arbeit unserer Kollegen des Wi-Hofes eingespart.

Denselben Vergleich können wir auch im Bereich der Stadtgärtnerei herstellen, wo sicherlich - wenn hier eine Privatisierung vorgenommen werden würde - die Stadtbildpflege nicht in der Qualität und zu diesen Kosten aufrecht erhalten werden könnte. Es gibt Kostenvergleiche, und ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, weil gerade auch in der Debatte heute schon immer wieder von "Privilegien" und "den Superverdienern des Magistrates Steyr" gesprochen wurde. Ich möchte hier wirklich einmal erwähnen, daß sich die Stunden-Bruttoverdienste in diesen vorhin angesprochenen Bereichen - ob im Wi-Hof oder in der Stadtgärtnerei oder bei unserem Reinigungspersonal - so in der Größenordnung zwischen 90 und 140 S incl. Zulagen bewegen - keine Verwendungszulagen, sondern SEG-Zulagen! Ich glaube, hier kann man sicherlich nicht von Privilegierten und Gutverdienenden reden.

Eine klare Position auch von uns Sozialdemokraten in dieser Frage ist: Sparen - JA, Effizienz steigern - JA. Das ist notwendig! Aber Privatisieren, nur aus politischen oder weltanschaulichen Gründen, und dann vielleicht noch dazu den Beschäftigten die "Haare zu scheiden" - dem werden wir eine klare Absage erteilen!

Meine Damen und Herren, im Budgetvoranschlag für das Jahr 1996 wird auf die finanzielle Problematik Rücksicht genommen, aber auch dafür gesorgt, daß alle Funktionen aufrecht bleiben sowie die wichtigsten Projekte, die ich erwähnt habe, in Angriff genommen werden. Und aus diesem Grund würde ich auch Sie ersuchen, dem Budget die Zustimmung zu geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich Hr. GR Gabath zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

WALTER GABATH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, liebe - leider nur mehr sehr spärlich vorhandene - Gäste! Im vorliegenden Budget-Vorschlag scheinen mir die erwarteten Einnahmen in einigen Positionen zu hoch angesetzt. In einer Zeit, in welcher die Wirtschaftsforscher ihre Daten fast monatlich nach unten bzw. die zu erwartende Arbeitslosenrate nach oben korrigieren, erwarten Sie Steigerungsraten bei den einzuhebenden Steuern, wie z. B.: Erhöhung der Einnahmen aus der Kommunalsteuer um ca. 6 %, dem gegenüber erwarten die Wirtschaftsforscher ein Ansteigen der Arbeitslosenrate um 0,5 %; wobei ich darauf hinweisen muß, daß dieser Wert für die Region Steyr aufgrund unserer leider immer noch vorhandenen Monostruktur eher die Untergrenze darstellen wird.

Sie erwarten eine Erhöhung der Einnahmen aus der Tourismusabgabe um 9 %. Eine solch optimistische Annahme kann sich meiner Meinung nach nur auf die geplante Landesausstellung beziehen. Aber es wird allen Anwesenden bekannt sein, daß diese erst 1998 stattfindet.

Mein Pessimismus erstreckt sich in diesem Zusammenhang auch auf die im Voranschlag zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Anzeigenabgabe um 8 %, aus der Getränkesteuer um 6 % und aus der Abgabe für den Gebrauch von Gemeindegründen und Luftraum um 11 %. Dabei sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß die Steigerungsraten aus dem Vergleich der Voranschläge für 1995 und 1996 errechnet sind.

Ich möchte hier auf den Zusatzantrag zum Budget 1995 hinweisen, in welchem wir u. a. einen regelmäßigen Quartalsbericht - spätestens 30 Tage nach Ende jeden Quartals dem StS vorzulegen - beschlossen haben. Diese, unsere Forderung bzw. Bedingung zur damaligen Budget-Zustimmung sollte dazu dienen, sowohl die Erstellung als auch die Prüfung dieses Voraschlages und aller weiteren Voranschläge wesentlich exakter zu gestalten.

Abschließend möchte ich meine Skepsis zur Erhöhung der Einnahmen im Voranschlag 1996 mit einigen Daten aus der neuesten IHS-Studie untermauern. Die Steigerung des Brutto-Inland-Produktes real war 1994: 3 %, für 1995: 2 %, 1996: 1,4 %. Dauerhafte Konsumgüter: 1996: minus 2,4 %; Bauinvestitionen: minus 1,5 %; Zahl der unselbständig Beschäftigten: minus 0,4 %; Steigerung der Arbeitslosenrate: von 6,6 % auf 7,1 %.

Nach den neuesten Aussagen der zuständigen Experten müssen diese Zahlen für 1996 wahrscheinlich noch weiterhin nach unten gesenkt und die Arbeitslosenzahlen nach oben berichtet werden! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Hr. GR Jansky.

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Sehr geehrte Fr. Vbgm., Hr. Bgm., Hr. Vbgm, werte Gemeinderäte, geschätzte verbliebene Gäste! Unsere Entscheidung, dem Budget 1996 nicht zuzustimmen, kommt nicht - wie fälschlich in den Medien behauptet wurde -, um Neuwahlen zu provozieren, sondern aus Verantwortungsbewußtsein den Bürgern dieser Stadt gegenüber. Wie schon unser Fraktionsobmann ausgeführt hat, gibt es sieben konkrete Gründe, die uns die Zustimmung unmöglich erscheinen lassen. Einer dieser Gründe ist das konzept- und planlose Ansetzen des Rotstiftes in so wichtigen Bereichen, wie Stadt- und Verkehrsentwicklungskonzept sowie bei den Schulen, dem APT und dem Kommunalzentrum.

Ich möchte dies kurz an einigen Beispielen erläutern. Nehmen wir zuerst das Budget der Schulen her. Für die Betriebsausstattung wurden im Budget 1996 folgende Ansätze gesetzt: Bei den Volksschulen sind im Voranschlag 1996 250.000 S, im Jahr 1995 waren es 550.000 S, der Rechnungsabschluß 1994 ergibt aber Ausgaben von 645.000 S; das ergibt ein Minus von 364.000 S gegenüber dem Rechnungsabschluß 1994. Bei den Hauptschulen ist die Situation ähnlich: der Voranschlag 1996 weist 150.000 S aus, im Voranschlag 1995 waren 450.000 S, Rechnungsabschluß 1994: 645.000 S; das ergibt ein Minus von 495.000 S.

Noch drastischer ist die Reduzierung im Bereich der Instandhaltung der Schulgebäude ausgefallen. Bei den Volksschulen sind im Voranschlag 1996 - wie 1995 - 700.000 S vorgesehen, im Rechnungsabschluß 1994 wurden jedoch 1,268.000 S abgerechnet; das ergibt ein Minus von 568.000 S. Bei den Hauptschulen ist es dasselbe: Voranschlag 1996 - wie 1995 - 900.000 S, Rechnungsabschluß 1994: 1,54 Mill. S; somit ein Minus von 640.000 S.

Nehme ich diese 4 Positionen zusammen, so sind es über 2 Mill. S, die man auf Kosten unserer Jugend herunterreduziert hat. Und das von einem Sozialistischen Finanzreferenten, der noch bis September für "Schule und Sport" zuständig war!

Sie tun mir fast leid, Hr. Bgm., denn Sie haben ein Erbe antreten müssen, das Ihnen Ihr Vorgänger, der mit dem "Lazina-Syndrom" behaftete Finanzstadtrat Zagler, hinterlassen hat.

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel Ihrer konzeptlosen Finanzplanung bringen: Vor 3 Jahren wurde uns der Kauf der Hauptreparaturwerkstätte als Jahrhundertchance hingestellt - darüber wurde heute schon gesprochen. Nach einer völlig falschen Kostenschätzung für die Sanierung müssen wir heute sehen, daß von den (beamten)geforderten 17 Mill. S für das Jahr 1996 zum Schluß nur 5 Mill. S im Budget 1996 aufscheinen.

Mir ist schon klar, daß eine weitere Neuverschuldung verhindert werden muß, aber es wurde nie ernsthaft geprüft, ob eine rasche Fertigstellung des Kommunalzentrums mit Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand den Synergie-Effekt bringt, um Einsparungen in dieser Art herbeizubringen, um eine Kreditaufnahme für diesen Bereich rechtfertigen zu können.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Neuverschuldung?

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Wenn ich einen Synergie-Effekt erziele durch ein rasches Fertigstellen der Hauptreparaturwerkstätte

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

30 Millionen Neuverschuldung?

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Das muß ich rechnen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Was wollen wir: Sparen oder Neuverschuldung? Das ist nämlich die Frage, und die stellt sich immer wieder!

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Aber Sie haben es nicht einmal gerechnet!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das haben wir uns schon angesehen!

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Aber davon hat man nichts erfahren!

Ein letztes Beispiel darf ich Ihnen noch bringen: Bei den Gemeindestraßen wurde vom Rechnungsabschluß 1994 mit 6,4 Mill. auf 2,9 Mill. S gekürzt - völlig offensichtlich, daß es sich dabei um eine Budgetkosmetik handelt, denn unsere Straßen wurden im Gegensatz zum Budget nicht gekürzt.

Diese Beispiele und viele andere Gründe, die zum Teil von meinen Vorrednern schon beleuchtet wurden, sind es, die unseren Parteiobmann, Gunter Mayrhofer, dazu veranlaßt haben, dieses Budget nicht als "Sparbudget", sondern als "Panikbudget" zu bezeichnen.

Ich schließe mich seiner Meinung voll an, wenn er sagt: "Mit einem solchen Budget kann nicht Stadtentwicklung betrieben werden, es fehlen die Rahmenbedingungen, die eine positive Entwicklung für die Zukunft erkennen lassen."

In der Verantwortung den Bürgern dieser Stadt gegenüber werde ich diesem Panikbudget - ohne entscheidende Sparansätze und einem Reformwillen der Sozialistischen Fraktion mit ihren Gewerkschaftern - nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun ist Hr. Koll. GR Mag. Philipps am Wort.

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wertes Präsidium! Werte restliche Gäste - leider ist nur mehr ein Jugendlicher hier, wobei ich glaube, daß die Jugendlichen bzw. daß ein interessierter Jugendlicher uns sehr wohl vor Mißbildungen in Zukunft bewahren kann. Ich bin froh, daß wenigstens noch einer hier ist. Erlauben Sie mir,

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Was war das?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Was meinen Sie?

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Vor Mißbildungen im politischen Bereich bewahren kann! Aber das steht im Wörterbuch drinnen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

War gar keine so schlechte Meldung!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Finden Sie?

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Erlauben Sie mir, von seiten der Kultur noch einige Worte an Sie zu richten. Ich glaube, es ist nicht notwendig, noch einmal erwähnen zu müssen, daß diese, durch Kulturbudget-Einsparungen notwendig gewordene Situation natürlich es bedingt, daß wir auch heuer wieder - und vielleicht sogar verstärkt - gewisse Schwerpunktsetzungen durchführen müssen. Und ich glaube, daß diese Schwerpunktsetzungen im Kulturbereich rechtzeitig und sehr exakt durchgeführt werden müssen. Sonst könnte es nämlich passieren - wie es früher schon passiert ist -, daß Subventionen nach diesem, heute bereits zitierten und wohlbekannten "Gießkannenprinzip" vergeben werden; und wir dann womöglich zu dem Punkt kommen, daß, wenn wichtige Projekte in Angriff zu nehmen sind, kein Geld mehr vorhanden sein wird.

Das Jahr 1995, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wohl eindeutig mit einem sehr positiven Aspekt zu betrachten: Es wurde der 1. Jugend-Gemeinderat ins Leben gerufen. Und ich glaube, daß dies ein ausgezeichneter Beginn war und hier in Steyr unheimlich wichtige Impulse für die Jugendpolitik der Stadt ins Leben gerufen wurden. Dieser Beginn muß, ja ich möchte gar sagen, er wird auch heuer wieder fortgesetzt werden, und es ist Ihnen wahrscheinlich nicht unbekannt, daß die erste Informations-Veranstaltung zum Jugend-GR Nr. 2 am 30. 1. in unserem MAW durchgeführt werden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß 1995 die Jugend das erste Mal gemerkt hat, daß wir sie ernst nehmen. Und ich glaube, meine Damen und Herren - dafür verbürge ich mich von dieser Stelle -, daß ich auf alle Fälle alles in meiner Macht Stehende unternehmen werde, daß dies auch so bleiben wird! Schwerpunkt daher für das Jahr 1996 - von meiner Warte aus - muß und wird natürlich das Jugendkulturhaus sein. D. h., ein Jugendkulturhaus, das es ermöglicht, unseren Jugendlichen endlich eine Heimstätte zu geben, um ihre eigenen Ideen verwirklichen zu können. Dieser Ansatz von 1 Million im ao. H. spricht meiner Meinung nach gerade für diese Situation.

Streetworker: Meines Erachtens, ein sehr, sehr wichtiger Punkt in der heutigen Zeit. Ich war schon etwas unruhig, als ich das Budget zum ersten Mal durchgelesen habe, bin heute natürlich etwas beruhigter, nachdem ich beim Abänderungsantrag feststellen konnte, daß eine VASSt. dafür vorgesehen ist. Streetworker: In einer Zeit, in der die Gewaltbereitschaft ständig ansteigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es mehr als höchste Zeit, diesen Hilferuf der Jugend ernstzunehmen - obwohl oder gerade weil es Strömungen unserer polit. Landschaft recht wäre, eine solche Gewaltbereitschaft auf künstlich geschaffene Feindbilder zu fokussieren. Was mich sehr beunruhigt heute, ist, daß unser Kulturreferent mit keinem einzigen Wort dieses Thema "Streetworker" erwähnt hat.

1995 ist es auch gelungen - glaube ich -, der Stadt Steyr eine weitere kulturelle Identität zu geben. Diese kulturelle Identität einer Chorstadt. Wenn Sie sich erinnern: ein ausgezeichneter Erfolg, dieses Chorfestival, bei dem ca. 2000 Menschen angesprochen wurden; und die dabei produzierte Doppel-CD, die den Namen "Steyr" trägt, ist meines Erachtens ein sehr repräsentatives Geschenk und auch eine Möglichkeit für die Gäste, die unsere Stadt besuchen. 1996 wird es auch ein weiteres Festival geben in dieser Richtung, das natürlich unter dem Komponisten "Bruckner" stehen wird.

Musik-Festival - wurde angesprochen, das sog. Jugendmusikfestival. Ich kann mich allerdings dieser Meinung nicht anschließen, daß hier das Musikfestival nicht durchgeführt werden soll. Ich glaube nämlich, daß es an und für sich keine Problematik sein wird, ev. sehr etablierte Vereine - die sich ja in ihrer Aufbauphase doch so weit entwickelt haben sollten, daß sie einigermaßen selbständig arbeiten können -, hier auch noch zusätzlich in Richtung Musikfestival mitzusubventionieren. Ich könnte mir also ohne weiteres vorstellen, daß wir dann in unseren Diskussionen im Kulturausschuß dementspr. Lösungen finden werden.

Schloßgalerie. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich brauche nicht erwähnen, daß unsere Schloßgalerie ein etablierter Ausstellungsort geworden ist, deren Ruf weit über die Grenzen der Stadt hinausgeht. Auch das gehört einmal erwähnt: Obwohl ich einer der größten Kritiker des Kunstvereines bin, glaube ich, oder zumind. als solcher angesehen werde, ist es heuer etwas besser gelungen, das Seine zu diesem Ruf beizutragen.

Stadtbücherei. Ein altes Problem in unserer Stadt. Ich würde sagen, daß es im 96er Jahr auf alle Fälle zu einer Renovierung kommen muß, auf alle Fälle zur Installierung der EDV kommen muß, und natürlich gleichzeitig auch zu einer gew. Überdenkung personeller Strukturen. Ich glaube nämlich, zu wissen, daß keine eigene VASSt. notwendig ist, wenn ich z. B. den oberen Teil eines Stockes verkaufe

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das geht nicht!

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

..... und diese Mittel dann dazu verwende, die Renovierung des unteren Stockes vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das fließt dem Stadtsäckel zu, und dann ist es weg, wenn es nicht budgetiert ist!

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Ja, wir werden eine Lösung für dieses Problem finden!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Parifizierung bei diesem Haus ist schwierigst!

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Wir werden diese Problematik lösen können!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das haben wir doch bei den Klausurtagungen ganz klar besprochen!

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Ich war leider bei der Klausur nicht dabei, daher nehme ich also an, daß dies wieder eine dieser publizistischen Meldungen war vom Hrn. Koll. Pfeil.

Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es notwendig, wenn eine Stadtbücherei im Magistrat eingebunden ist, Investitionen zu tätigen; natürlich muß so eine Bücherei unterstützt werden; natürlich geht das nicht ohne dementspr. Subventionen. Ansonsten würde es zu einem Verlust einer Einrichtung kommen, bei der auch sozial Schwächere Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es mit einer Privatisierung einer solchen Bibliothek zu denselben Konditionen kommen kann, daß auch der "kleinere Mann", der finanziell Schwächergestellte sich in derselben Art und Weise Bücher entleihen kann.

1996 wird auch gekennzeichnet sein - ich spreche jetzt für den Kulturausschuß, für den ich mich verantwortlich fühle - von realitätsbezogenen Empfehlungen dieses Gremiums; und natürlich unter der notwendigen Bedachtnahme auf das Sparbudget, das, wie ich glaube, - das muß ich allerdings im Gegensatz zu manchen Vorrednern sagen - nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde.

Von dieser Stelle aus möchte ich aber trotzdem noch eine Warnung aussprechen. Und zwar vor einer Fehlinterpretation des Wortes "Vision". Es darf nämlich nicht der Brauch werden, glaube ich, und wir müssen uns hier alle ein wenig bemühen, es darf nicht der Brauch werden, Scheinprojekte zu starten, nur unter dem Deckmantel "Visionen zu haben" und damit womöglich der Öffentlichkeit mit vermeintlichem Engagement etwas vorzutäuschen. Gleichzeitig würde ich aber sagen, unseren gemeinsamen Auftrag - im Sinne der Bevölkerung -, Kultur zu unterstützen, dürfen wir auf gar keinen Fall - lassen Sie mich hier eine Metapher verwenden -, auf gar keinen Fall in einer Art "Gemischtwaren-Handlung" zu Markte tragen. Ich glaube nämlich, daß es notwendig ist, daß wir gemeinsam die Problematik, die finanziellen Engpässe lösen müssen. Daher finde ich es besonders bedauerlich - ich scheue mich auch nicht davor, dies zu sagen -, daß die ÖVP heute ihre Ablehnung angekündigt hat, wobei ich bisher der Meinung war, daß es sich hier um eine sehr konstruktiv kritisierende Fraktion handelte, und daher mein Bedauern umso größer ist. Ich stehe aber nicht an, alle zu ersuchen - von seiten der Kultur natürlich -, unter diesen Aspekten trotzdem die Zustimmung zum Budget zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Spöck hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ein paar Worte zu den Personalkosten, die auch vielleicht für Koll. Bremm von Interesse sind. Die Reineinnahmen der Stadt ins Verhältnis gesetzt zu den Personalkosten ergeben beim Voranschlag 1996 diesmal eine Schnittlinie von 36,1 %. D. h., brutto incl. Ausgleichsfonds und Pensionen beträgt der Personalaufwand 391 Mill. S. Beim Voranschlag 1995 waren es 388 Millionen. Beim ersten Blick erscheint diese Steigerung von +3 Mill.

S - wie auch Hr. Bgm. betont hat - mehr als moderat. Bei genauerem Hinsehen aber, meine Damen und Herren, zeigt sich ein ganz anderes Bild. In der Verwaltung gibt es fast nur Zuwächse in zweistelligen Prozentzahlen. Einige Beispiele: Personalamt +14,3 %, Pressestelle +18,1 %, Kontrollamt +20 %, Rechtsamt +17,7 %, Staatsbürgerschaft +11,6 %, Tiefbauamt +18,6 %, Gewerbepolizei +31,4 %, Jugendamt +20,3 %, und auch bei der bereits angesprochenen Bücherei +16,3 %. Man könnte diese Aufzählung noch beliebig fortsetzen. Es gibt aber auch Ausnahmen! Ausnahmen im Schulbereich, und insbes. eine Ausnahme, die interessant ist: die Gärtnerei mit -38 %. Hier, meine Damen und Herren, spreche ich von einer Budget-Kosmetik - wo versucht wird, den Mühlstein der Personalkosten auf die GWG zu übertragen, ohne vorher die GWG überprüfen zu lassen, ob nicht andere Wege vorteilhafter wären. Ich spreche hier von Privatvergaben.

All diese Fakten sind ja nichts Neues! Die in den letzten Jahren horrend steigenden Personalausgaben waren ja in der letzten Budget-Sitzung auch ein Hauptgrund zur Präzisierung der beabsichtigten Maßnahmen, zum Vollzug des Haushaltsvoranschlags 1995 (von der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion als Zusatzantrag) - greifende Maßnahmen zur Eindämmung der Personalkosten!

Leider wurden trotz schriftlicher Urgezen und Einmahnungen hier im GR wichtige Punkte dieses GR-Beschlusses nicht erfüllt. Ich denke hier insbes. an den Punkt 5) des Zusatzantrages, der bis Ende 1995 vorsah, ein System der Bewertung von Dienstposten zu entwickeln. Was geschah? Es wurde zwar eine Projektgruppe eingesetzt, die aber nur zweimal tagte. Und - in meinen Augen - als Alibi-Handlung hat der zuständige Fachbereichsleiter gemeinsam mit dem Präsidialdirektor alleine weitergearbeitet. Herausgekommen ist zwar ein Vorschlag, der aber - wie auch richtig in der letzten Sitzung des Personalbeirates beschlossen wurde - so nicht angewendet werden kann. Um nur einen Punkt zu erwähnen: Für die Bewertung wäre zwar eine Kommission zuständig - so weit, so gut -, aber Vorsitzender wäre der Magistratsdirektor; weitere Mitglieder: der Präsidialdirektor, der Leiter der FA Personal und Vertreter der Personalvertretung. D. h. wiederum, man würde sich selber bewerten. Und man müßte sich hier wirklich die Frage stellen: Was würde sich ändern?

Oder - noch unerfüllt: Punkt 6), der vorsah, daß die Beförderungsrichtlinien unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit bis zum 30. 6. 1995 zu novellieren sind. Trotz Urgezen geschah hier ebenso nichts! Eigentlich müßte man richtigerweise sagen: weitere Alibi-Handlungen, mit der Hoffnung, der GR würde sich schon zufriedengeben. Als Reaktion aufgrund mehrerer Aufforderungen unserer Fraktion erging ein Schreiben von der Magistratsdirektion an uns, datiert mit 30. Okt. 1995. Es hieß in diesem Schreiben, aus rechtlicher Sicht erschiene es nicht möglich, eine Änderung bzw. Verschlechterung der Beförderungsrichtlinien durchzuführen. Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, es folgte nicht einmal eine rechtliche Prüfung! Man stellte noch fest, daß in den anderen Statutarstädten die Beförderungsrichtlinien ohnehin besser wären; und - in meinen Augen - als weitere Scheinhandlung wurde ein Vorschlag unterbreitet, der zwar keine Mehrheit im Personalbeirat fand, zurückgestellt wurde, der aber nur minimale Änderungen vorsah, wie z. B. die Neuregelung des Vorrückungstichtages bzw. die Abschaffung der Verkürzung der Mindestdienstzeiten bei ausgezeichnete Beurteilung.

Daher zum wiederholten Male - das wird insbes. den Hrn. Bgm. betreffen: Lt. Punktation über die Budget-Klausur vergangenen Jahres, die dem Zusatzantrag im GR zugrunde gelegt worden ist, hätte zur Ausarbeitung der Einsparungen beim Personalaufwand eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der einzelnen Fraktionen und des Magistrates, eingesetzt werden müssen. Ist nicht geschehen!

Ebenso sind - Koll. Schloßgangl hat es schon betont - unsere Forderungen, die Kosten der Geschäfts- und Dienststellen nach Sach- und Personalkosten sowie den Mitarbeiterstand transparent aufzugliedern, nicht erfüllt worden! Ebenso, die Dienstleistungsbetriebe des Magistrates auf ihre Effizienz zu durchforsten, wurde von der SPÖ nicht erfüllt. Diese Antwort an uns. Wie richtig wir liegen, meine Damen und Herren, zeigen Bilanzen der Stadtwerke, die uns vor kurzem, vor einigen Tagen vorgelegt worden sind - Bilanzen 1994. Bei der Bestattung hatten wir 1993 einen Gewinn von 111.000, dieser ging 1994 auf magere 15.000 S zurück. Oder Krematorium/Leichenhalle - Gewinn

1993: 217.000 S; 1994 haben wir einen Verlust von minus 120.000 S!

Auch wenn - und das sei abschließend hier offen gesagt, werte Kolleginnen und Kollegen - ich einen Hoffnungsschimmer habe vom neuen Personalreferenten, der bei der letzten Personalbeirats-Sitzung angekündigt hat, zur Durcharbeitung all dieser Probleme mit den Personalkosten nun endlich doch diese Arbeitsgruppe einzusetzen, werde auch ich mich - das sei hier offen gesagt, so habe ich es persönlich empfunden beim letzten Voranschlag - "nicht mehr über den Tisch ziehen lassen" und nicht zustimmen. In der Hoffnung aber, daß im Interesse der Bürger unserer Stadt nun endlich auch von seiten der SPÖ erkannt wird, es ist auch in Steyr mehr als "5 vor 12"! Und daß es uns nicht so geht - Koll. Schloßgangl hat es auch schon betont -, wie kürzlich österr. Tageszeitungen berichteten, daß nämlich die Stadt Salzburg praktisch konkursreif ist: Um die Gehälter der Beamten zahlen zu können, müssen Kredite aufgenommen werden!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich würde vorschlagen, jetzt 10 Minuten Pause zu machen und durchzulüften. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 18.06 BIS 18.23 UHR

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF VERLÄSST UM 18.20 UHR DIE SITZUNG.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmen Sie bitte wieder Ihre Plätze ein, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Hr. GR Lengauer ist als nächster am Wort. Bitte sehr.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Fr. Bgm., sehr geehrte Herren Bgm., werte Damen und Herren des GR, sehr geehrte Herren der Presse, die noch verblieben sind. Ein ausgeglichenes, sparsames Budget - Einnahmen und Ausgaben stimmen überein, Ersparnisse gegenüber dem Vorjahr sind erreicht, die Zahlen beweisen es: der Herr Bürgermeister doch ein ausgezeichnete Finanzreferent, die ÖVP stur und uneinsichtig. Nein, sehr geehrte Damen und Herren,

Gelächter

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Nein, sehr geehrte Damen und Herren - die Zahlen lügen, spiegeln Falsches vor!

Hätten wir eine mittelfristige Finanzplanung, würden das auch die Zahlen sagen. So kann es nicht gehen: wichtige Dinge hinausschieben auf die nächste Seite, auf das nächste Jahr. Was wird nächstes und übernächstes Jahr sein? So wie im Konsum im Bund? So wie in den Steyr-Werken in der Stadt? Der totale Zusammenbruch? Auch deswegen sind wir gegen dieses Budget; weil wir meinen, daß die Stadt Steyr ihr Eigentum verkommen läßt!

Sie meinen, ich übertreibe? Nun dann einige Beispiele: Instandhaltungs- und Adaptierungsarbeiten, die von den Beamten in verantwortlicher Weise berechnet wurden, werden hinausgeschoben, verschwiegen oder nur teilweise angegangen. So z. B. der Umbau im Hotel Münichholz - der Amtsvorschlag halbiert; Haus Redtenbachergasse; Adaptierung Rathaus - überhaupt gestrichen; die Fenster im Schloßmuseum - gestrichen; das Bürgerspital - nicht vorgesehen. Das schlagendste Beispiel dafür ist das Hallenbad - die Sanierung durch Schlamperei hinausgezögert! Gott sei Dank - meinen die Sozialdemokraten - haben Sie den Stadtrat Eichhübl gefunden, dem Sie jetzt Ihr eigenes Nichtstun auflasten. Auch im APT versucht man solche Wege: früher zuwenig getan, jetzt die Schuld Holub zuschreiben! Aber zurück zum Hallenbad. Alle scheinen zu wissen: die Kosten der Sanierung für uns in der Stadt etwa 20 Mill. S - im Budget stehen 15. Die Budget-Zahlen müssen ja am Ende stimmen!

Oder wo sind die Planungsvorsorgen für den Schulneubau auf dem Tabor? Wo sind die Maßnahmen für die Erneuerung in der Bücherei und den Umbau des Hotel Nagl?

Natürlich höre ich Sie rufen: "Die ÖVP spricht von einem Sparbudget, dann stellt sie Forderungen auf und schimpft!" Meine Antwort: In einer mittelfristigen Budgetplanung - wenigstens bis 1999 - würden Sie finden, was sinnvolles Sparen meint oder was Verkommenlassen städtischen Eigentums oder Nichtbeachten von wichtigen Kulturaufgaben bringt. Musikfestival der Jugend - von so vielen besucht, so viele von auswärts. Umwegsrentabilität ist scheinbar ein Fremdwort - oder wir brauchen Kultur nicht! Das große Chorfestival - im Stadtblatt wurde nicht viel berichtet, im Budget wurde es vergessen!

Mir fällt ein Satz des Landeshauptmannes Pühringer ein: Kultur kostet viel Geld - Unkultur noch viel mehr! Die Folgen der Unkultur sind aber mit Geld nicht mehr wettzumachen.

Doch wieder zurück: Es gibt da noch ein anderes Beispiel, ein Budget zu verzeichnen: Das Haus Promenade 9. Reparaturkosten 4,5 Mill. S, wir verkaufen es um 5 Mill. S - das Budget stimmt wieder, eine große Einnahme. Dem Vernehmen nach aber bleiben wir Mieter, zahlen die Reparatur ab mit unseren neuen, erhöhten Mieten. Eine mittelfristige Budgetplanung würde dieses "sales and lease back-Spiel" als Schaden für die Stadt aufzeigen!

Irgendwann werden wir sanieren, irgendwann werden wir durch Kulturveranstaltungen wieder Leute nach Steyr ziehen. Irgendwann! Nicht heute, morgen, übermorgen!

Nochmals: Eine mittelfristige Budgetplanung würde diese Fehler aufzeigen. Wir sind davon überzeugt, deswegen lehnen wir das Budget ab. Nicht - wie ich in der Märchenstunde des ORF hörte - wegen einem, der auszog, um in den GR zu kommen. Unser Stadtpartei-Obmann braucht das nicht. Er kann wirklich auch ohne Gemeinderat zu sein für die Stadt wirken. Er erarbeitet mit uns neue Projekte mit neuen Gedanken - Beispiel: Jugendkulturhaus. Er vermag, uns für neue Arbeit für die

Stadt Steyr zu begeistern - mit dem Blick auf das Budget! Er ist auch Kaufmann und versteht es, über eine Zahlenkameralistik hinaus zu sehen.

Nicht also, weil wir Neuwahlen wollen, lehnen wir das Budget ab. Dieses Budget, das den Zahlen nach sicherlich ausgewogen ist. Eine mittelfristige Budgetplanung würde die echte Wahrheit darstellen. Wir lehnen es ab, weil es aus kaufmännischer Sicht ein schlechtes Budget für die Stadt ist. Wir lehnen es ab, weil darin die Stadt ihr Eigentum materiell und kulturell verkommen läßt!

Ich sagte anfangs, ein sparsames, ausgeglichenes, wohl überlegtes Budget. Und dann muß am Eingang schon ein Abänderungsantrag da sein, der ... Macht er das Budget besser? Macht er das Budget sparsamer? Macht er das Budget sinnvoller? War das uns vorgelegte Budget nicht richtig? Das sind die Fragezeichen!

Bezeichnend für mich war ein Satz, den ich während des Austeilens hörte. "Was tut Ihr denn jetzt mir Eurem Budget? Es ist doch der Kindergarten Münchenholz oben!" Wenn ich da nicht politische Taktik vermuten muß, dann frage ich: Was sonst? Natürlich sind Forderungen enthalten, zu denen wir 1000%ig ja sagen: Der Kindergarten der Pfarre Münchenholz - wir haben immens viel dafür gearbeitet. Das Musikfestival der Jugend - wir haben uns dafür eingesetzt. Streetworker - wir waren in den Besprechungen dort. Und vieles mehr - Verein Frauen für Frauen etc. Natürlich sind Forderungen drinnen! Koll. Apfelthaler hatte Glück, daß unsere Forderungen so hart waren, daß man sie ihm dann als Geschäft anbieten hat können. Wir waren nicht so billig zu kaufen!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Holub bitte.

STADTRAT

KARL HOLUB:

So schlimm ist es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Hr. Bgm. Leithenmayr hat zur Eröffnung dieser Sitzung gemeint, daß wir jetzt zur Beratung über den "Budget-Anschlag 1996" gehen werden. Ich nehme an, Sigmund Freud ist zu diesem Ausspruch Pate gestanden. Du hast Dich wirklich versprochen, ich will mich nicht darüber lustig machen, aber es ist ein klein wenig schon ein Anschlag auf die Demokratie, wenn man hier nicht offen und ehrlich diskutieren sollte, wenn man hier nicht offen und ehrlich diskutieren dürfte.

Wenn uns der Moderator Anfang Dezember in der Klausur den Spiegel, der heute auch schon einmal zitiert wurde, vor das Auge, vor das Gesicht gehalten hat: Sie haben ein volles Monat "verplempert", so hat er zwar uns Mandatäre angesprochen. Alle! Auch alle jene, die eigentlich auf Informationen gewartet hätten, die kommen hätten müssen. Aus der letzten Klausur waren die Listen über die Liegenschaften offen und vieles andere auch noch. Aber der Moderator hatte offensichtlich auch eine Aufgabe, die Schuld eher den politischen Mandatsträgern zuzuspielen, als umfassend dazu beizutragen, daß man tatsächlich zu machbaren Lösungen kommt.

Es ist schon richtig, daß wir in den Eckzahlen einer Meinung waren. Natürlich, wenn man sich vorher an einem Tisch zusammensitzt und sagt, unterm Strich soll dies und jenes herauskommen, dann ist das eine Form der Einigkeit. Wenn es aber darum geht, wie man dieses Ziel erreichen kann und sich dazu dann doch noch zuwenig Zeit nimmt, dann ist es das andere. Die Erörterungen um den o. H. waren dermaßen mangelhaft, obwohl wir zum Schluß der Beratungen erkannt haben, daß die Krux tatsächlich im o. H. liegt. Die Menge der Personalkosten, die Dinge des lfd. Betriebes - alle jene Sachen, die kurz und gut im o. H. liegen oder auch nicht liegen. Und hier war dann der Moment, wo wir doch näher in die Beratung gehen müßten und mußten. Nicht, um uns vom neuen Obmann die Weisungen einzuholen, was wir zu tun hätten, sondern um uns schlau zu machen. Ganz einfach!

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Seid Ihr eine Führer-Partei?

Gelächter

STADTRAT

KARL HOLUB:

Jetzt hätte ich schon fast gesagt: Wer war denn das? Ausgerechnet!

Gelächter

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ausgerechnet aus diesem Eck! Ich bitte Euch, das darf doch nicht wahr sein. Im Grunde genommen sollte ja die Budget-Sitzung der Höhepunkt des Jahres sein; und gelegentlich, so heute bei der einen oder anderen Wortmeldung, habe ich ja den Eindruck gewonnen. Es ist nicht ganz frei von Höhepunkten - gelegentlich war es heiter, gelegentlich blamabel. Gerhard, Du mußt noch gewaltig an Dir selber arbeiten, wenn Du Aussagen triffst. Ich wünsche Dir dazu viel Glück!

Die grundsätzliche Sache aber beim Budget der Stadt Steyr ist im o. H. - daß ich hier zurückfinde. Und ich möchte schon sagen, die Ausweitungen der Kosten sind - wenn man das nach der Struktur betrachtet - tatsächlich im Hoheitsbereich zu sehen; und die Sparmaßnahmen werden tatsächlich dort angesetzt - wenn das so beschlossen wird, wie es in diesem "Büchl" steht -, wo die Stadt dienstleistend ist, wo sie Dienst an ihren Bürgern oder für ihre Bürger macht. Und das ist es, was wir meinen, das vom System des Haushalts doch ein wenig weggeführt hat.

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion, bedauernd auf die Tragfähigkeit

von Zusagen und von Änderungsbereitschafts-Erklärungen im Dezember 1995, haben wir - nämlich Othmar Schloßgagl und ich, Karl Holub - die ÖVP-Fraktion überredet, dem Budget 1995 zuzustimmen. Es war tatsächlich ein Überreden.

Es wäre 1995 mit Sicherheit "an den Baum gegangen", wenn wir uns nicht verbürgt hätten, unserer Fraktion gegenüber, daß die Sozialdemokraten tragfähige Änderungen tatsächlich herbeiführen wollen. Kaum in Besitz unserer Zustimmung, ist ein Rückfall in den alten Trott, in die guten, alten Steyrer Bräuche gekommen, der ganz bemerkenswert war. Woher auch immer, hat die Sozialdemokratie ein völlig neues Machtgefühl entdeckt. Und ich weiß nicht, wer die Berater des Bürgermeister waren, die dazu geholfen haben, daß Äußerungen, der Anschein von Arroganz, der Anschein von saloppen Fehlleistungen das Jahr 1995 geprägt haben. Wir wissen alle, daß dies nicht dem Naturell des Bgm. Leithenmayr entspricht. Ich stehe nicht an, zu sagen, Leithenmayr ist kein arroganter Mensch. Wenn man mit Leithenmayr privat beieinandersitzt, unterhält man sich gut, und man hat einen guten Tischpartner. Aber der gute Tischpartner auf der privaten Ebene hat nicht immer die besten Berater gehabt. Ich glaube nicht, daß die Summe all der Arroganzen, die wir im Jahr 1995 erlebt haben, die Vaterschaft Leithenmayrs tragen. Ich glaube, irgendjemand hat hier an Rufem poliert, an einer Ecke, wo sie gar nicht zu polieren waren. Denn ich glaube nicht, daß Hermann Leithenmayr sehr stolz ist auf dieses Image, das man ihm umgehängt hat. Betrachtet man, meine Damen und Herren, die Situation der Stadt Steyr, so drängt sich doch der Schluß auf, daß es nicht primär bei allen, die Entscheidungen vorbereitet haben, um die Weiterentwicklung unserer Heimatstadt Steyr gegangen ist, sondern um die Zementierung der Macht einer einzigen Partei. Man hat tatsächlich die Prämisse gehabt - so wird man den Eindruck nicht los -, daß das Schlechtaussehen der politisch anderen die oberste Zielsetzung ist, und nicht das Gutaussehen der eigenen Stadt.

Die Diskussionen, die wir hier im letzten Jahr geliefert haben, sprechen Bände. Lesen Sie sich einmal - wenn es irgendwie möglich ist, mit unbefangenen Augen - die Protokolle des beschämenden letzten Jahres durch. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Aber, ich bitte Sie: Warum gibt es denn das alles noch? Einige Vorredner haben es schon erwähnt. Es wird nach wie vor versteckt, es wird nach wie vor entweder nicht oder nicht richtig oder viel zu spät informiert! Ich gehöre nicht unbedingt zu den Menschen, die über Situationen, in denen sie sind, jammern. Aber wenn es gar zu dumm wird, sollte man es schon auch erzählen dürfen. Wenn man als polit. Referent auf einer Seite mit dem "Staberl" auf die Finger bekommt, daß die Kosten entgleisen, auf der anderen Seite von der Personalvertretung über Personaleinsparungs-Maßnahmen an den Pranger gestellt wird, die man selbst gar nicht veranlaßt hat, und dann letztendlich noch in einer Klausur des StS anfangs Dezember ein Papier des Geschäftsbereichsleiters auf die Wand geschrieben bekommt (wenn man dann am 9. Jänner tatsächlich einmal dieses Papier, über Bitte, vom Magistratsdirektor in die Hände bekommt), dann verstehe ich die Welt nicht mehr! Wenn der Geschäftsbereichsleiter für das APT im letzten Ausschuß darüber berichtet, daß die Personaleinsparungs-Maßnahmen ohnehin schon alle zum Ziel geführt hätten, daß die nach dem Pflegezustand erforderliche Personalbedeckung jetzt gegeben wäre, und weiteres wäre nicht machbar. Wenn man beim Rundgang durch das Altenheim zu Weihnachten wirklich von erschütterten Schwestern sehr angefeindet wurde, so wie ich, daß man noch mehr Personal wegnimmt, daß es noch schlechter ist, dann ist man sehr überrascht - wenn man weiß, was hier alles dahintersteckt. Daß nämlich der Hr. Geschäftsbereichsleiter dem Magistratsdirektor schon am 27. November vorgeschlagen hat, aus der Pflege nochmals 10 Personen abzuziehen, von den Hausmädchen 3, von der Küche 2, aus der Verwaltung, der Waschküche und der Haustechnik je 1. Das ist es, wie man so schlecht Referent sein kann! Das ist es, wo einem wirklich die Kraft abhanden kommt, kreativ für diese Stadt zu arbeiten, wenn man in Wirklichkeit mit einer ganzen Abfolge von Untergriffen und "Verschludereien" und Hintanhaltungen konfrontiert ist.

SPÖ-intern wird entschieden, was andere dann mitverantworten sollen! Wie soll denn das gehen? Ich billige wirklich Mitgliedern des GR zu, daß sie in Sorge um die alten Bewohner in unserem Altenheim mir den Vorwurf machen, daß hier zuwenig Pflegepersonal augenscheinlich vorhanden ist. Ich billige zu, daß der Eindruck entstehen muß. Aber verdammt noch einmal, wie kommt dann ein

Geschäftsbereichsleiter dazu, den Bürgermeister darüber zu informieren, daß wir zuviele Personen beschäftigen im Altenheim; auf der anderen Seite den Schwestern einzureden, "... der StS hat beschlossen, daß Ihr weniger Personal bekommt", daß die politische Ebene keine Ahnung hat, sodaß die Personalvertretung mir liebenswürdige, offene Briefe schreibt, ob mir das Altenheim etwa nicht zum Anliegen wäre. Wie kommt denn das überhaupt, wenn die Beamtenschaft das tut, was sie soll? Nämlich im Dienst der Stadt arbeiten, und nicht in vorauseilendem Gehorsam irgendwelchen Zielen nacheifern, die wahrscheinlich diejenigen, die man unterstützen will, so in dem Umfang gar nicht haben wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es das Interesse des Bürgermeisters einer autonomen Stadt Steyr ist, daß seine politischen Referenten falsche Informationen bekommen oder zur Unzeit Informationen bekommen. Ich kann mir nicht denken, daß dies die Absicht des Bürgermeisters ist. Wenn sie es nämlich wäre, so müßte der Bürger dafür sorgen, daß der Bürgermeister erfährt, daß sich das nicht gehört!

Es ist ein ganz grimmiger Stil in diese Stadt gekommen - teils mit lachendem Gesicht, teils mit dem Bewußtsein, "ich habe mein Geld, Ihr könnt ohnehin mit mir tun, was Ihr wollt". Und so kommt es, daß der Magistratsdirektor der Stadt Steyr - in Kenntnis um die vielen Wartenden auf Aufnahme in Alten- und Pflegeheime - am 14. November die Projektgruppe, die sich mit der Neuerrichtung eines Altenheimes befaßt, mit der Schlußbemerkung in Pension schickt (diese zitiere ich wörtlich): "Abschließend erklärt" - das steht im Protokoll - "der Magistratsdirektor, daß der StS keine Investitionen und keine Projekte für 1996 beschlossen hat," - 14. November, da war die zweite Klausurrunde gerade vorbei und die dritte noch gar nicht begonnen! - "die vorhandenen Mittel der Substanzerhaltung dienen, und deswegen das Projekt als für vorübergehend ruhend erklärt wird". Projekt-Auftraggeber waren der Bürgermeister und der stadträt. Referent - Projekt-Stillegger war der Magistratsdirektor! Ich glaube, meine Damen und Herren der Gemeindevertretung, auf solche Zustände können wir stolz sein. Das wird wohl einmalig sein! Und das vor dem Hintergrund des Briefes, den das Landeskrankenhaus auf das hinauf dem Bgm. geschrieben hat, weil man mir Vorwürfe gemacht hat, daß ich die Leute nicht unterbringe, die im Krankenhaus sind. Da schildern die Verantwortlichen des Krankenhauses unserem Bgm. die Zustände, die hier sind - daß Menschen über Gebühr lang im Krankenhaus sein müssen usw. Der Brief ist ohnehin an die Fraktionen ergangen; ich nehme an, er ist bekannt. Wenn er nicht bekannt ist, stelle ich ihn von Herzen gerne zur Verfügung. Es ist nämlich ein erschütternder Brief über Menschen, die nicht wissen, wo sie hin sollen, wenn sie krank sind. Und wir haben die politische Arroganz, zu sagen, wir haben kein Geld, dafür zu sorgen, daß sie betreut werden. Stellen Sie sich vor, was das bedeutet! Der Generationenvertrag, von dem so viele in so schönen Worten erzählen, wird auf eine weiß Gott makabere Art und Weise erfüllt. Und mit einem saloppen "der StS hat gesprochen", ruht das "Projekterl" wieder vor sich hin und wird vielleicht, wenn es einmal opportuner ist, wieder ans Tageslicht kommen. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden auf diese Art sicherlich nicht sehr gut behandelt. Ich nehme an, daß Sie alle wissen, daß ich hier noch viel, viel deutlichere Worte finden könnte, wenn ich mich nicht wirklich sehr zusammennehme, um die Stimmung nicht zu vergiften. Es ist ein kleiner Skandal, was hier passiert, und es ist ein gewaltiger Übergriff über die Kompetenzen eines Verwaltungsleiters.

Der Spielraum zur Finanzierung ist ein kleiner. Der Spielraum zur Medienwirksamkeit ist offensichtlich ein großer. Denn das Medienservice der Stadt Steyr verkündet am 19. 12., daß die Einigung zwischen den Fraktionen zustande gekommen ist, so gut wie abgeschlossen. Jetzt ist Hr. Hackl leider nicht hier. Er hat im heurigen Jahr auch durch gute Pressearbeit sehr viel dazu beigetragen, daß die politischen Ebenen einander mißverstehen konnten. Wenn man nämlich vor der Verhandlung schon weiß, was nachher rausgekommen ist, fördert es das Ergebnis des Ganzen nicht so sonderlich. Das sei nur ins Stammbuch der Autoren geschrieben.

Die Termine über die Sitzungen - da war einer der Vorredner so liebenswürdig, sich damit auseinanderzusetzen, wieviel es gegeben hätte und wieviele Stunden. Ich glaube, das bringt uns nicht recht viel weiter, wenn wir den Blick dauernd zurücklegen. Den Blick sollten wir vielmehr nach vorne richten. Die Stadt als Eigentümer über ihr Hab und Gut sollte mit dem verantwortlich wie ein ordentlicher Kaufmann umgehen. Die Stadt als Eigentum der SPÖ sollte endgültig Geschichte sein.

So, meine Damen und Herren, ist es ganz einfach nicht mehr!

Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein demokratisch gewählter Bürgermeister einer demokratischen Stadt diese Äußerungen der - wirklich - Großzügigkeit mit den anderen Parteien so hinnimmt. Aber ich glaube, er weiß es nicht immer, was sein Magistratsdirektor verhandelt. Ich glaube, er weiß es nicht immer, was sein Magistratsdirektor veranlaßt. Ich glaube, er weiß es nicht immer, was sein Magistratsdirektor an Terminen verzögert. Sonst würde es das nicht geben, daß ich noch immer auf einen Termin warte! Vor wenigen Tagen hat mich ein Zettel ereilt, es wird mir ausgerichtet, am 16. wäre ein Termin für die Ausgliederung aus der Hoheitsverwaltung. Am 16. Jänner gäbe es jetzt einen Termin, nachdem wir im Juli die ersten Gespräche geführt haben. Da war bekannt, bitte, daß ich am 13. für 14 Tage auf Urlaub gehe. Diesen Termin kann ich nicht wahrnehmen! Das war bekannt. Und Sie haben sicher dafür Verständnis, daß man sich mit dieser Behandlung leicht "nasgeführt" fühlt, gefrotzelt oder "vergesäßt" - je nach dem, wie Sie es nennen wollen.

Über die Pflege von Budget und die Pflege von Haus- und Grundbesitz haben wir gehört. Das ist jetzt das von Schloßgangl angeführte Kapitel "GWG", das ich behandeln soll. Die GWG soll Grundstücke kaufen. So steht es im Buch der Weisen, das uns vorgelegt wurde anlässlich der Sanierung der Stadtfinanzen. Die Geschäftsführer der GWG - ich habe als Aufsichtsrat-Mitglied die Geschäftsführer gefragt, was sie denn von den Grundstücken halten - halten diese mit einer Ausnahme als für eher nicht sehr erstrebenswert für die GWG, weil sie weder Ertrag bringen noch Probleme lösen noch irgendwelche Entwicklungen für die Zukunft vorbereiten. Ein einziges Objekt, das vorgeschlagen wurde, macht auch Sinn aus den Augen der GWG. Das ist das eine Stockwerk in der Industriestraße, weil es ein Wohnobjekt ist. Warum soll die GWG ein von ihr verwaltetes Wohnobjekt nicht auch kaufen? Aber die Garagen, für die billige Mieten erlost werden, und die Kinderspielplätze, die auf dem Grund, frei finanziert, errichtet wurden als Leistung der Stadt für ihre Bürger, im nachhinein aus den Mitteln der GWG zu ziehen, das halte ich, gelinde gesagt, für vermessen und für sehr bedenklich an der finanziellen Substanz der GWG.

Man hat ja noch ein Zweites geschafft: Man bringt die Mietentrückstände in den stadteigenen Häusern bei der GWG unter. Ich glaube, das ist noch gar nicht allen so bewußt, wie es tatsächlich ist. Die GWG bekommt ein Betreuungshonorar für die Einhebung der Mieten usw. Das ist in dem Vertrag vom 13. 6. 1994 geregelt. Die Mietentrückstände, die die GWG hat, kann sie aber von der Stadt nicht einlösen, weil ja die Stadt diese Betreuungsentgelte schuldig ist - für das Jahr 1994 schuldig ist, im Jahr 1995 schuldig ist. Aber es ist noch ein Zweites dabei: daß die GWG verpflichtet wurde, den in die Betreuung übertragenen Hausbesitz pfleglich zu erhalten. Wie soll sie das? Sie bekommt keine Mieten, man zahlt ihr den Betreuungsbeitrag nicht - oder wenn man ihn zahlt, mit 2 Jahren Verspätung. Ich kann nicht sagen, ob das heuer noch gewesen ist. Und die Mieten selbst sind aber so gestaltet - zum Teil sind es ja sozial schwache Menschen, denen man das gar nicht zumuten kann -, sind aber so gestaltet, daß aus der Finanzkraft der Unternehmung, die aus dem Hausbestand oder aus dem verwalteten Bestand entstehen kann, die Sanierung unmöglich ist.

Darüber hinaus gibt es dann noch das lustige Spiel mit dem Bürgerspital, wo man gar nicht weiß oder lange Zeit nicht gewußt hat, wer überhaupt zuständig ist dafür. Zweifellos die Liegenschaftsverwaltung.

ZWISCHENRUF:

Im Zweifelsfall der Eigentümer!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Im Zweifelsfall - habe ich von der Freiheitlichen Seite gelesen, jetzt auch gehört - das Denkmalschutzreferat, weil man ja Eigentümer ist als Referent für Denkmalpflege. Fest steht aber, daß der Eigentümer die Stadt Steyr ist, daß sie sich ein eigenes Liegenschaftsverwaltungsbüro leistet. Und dann soll die GWG plötzlich - das war die kühne Phantasie - die Mittel aufbringen, um die

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das ist mir gesagt worden, tatsächlich! Als ich über das Referat Denkmalpflege gesprochen habe, was machen wir mit dem Haus dort, wir haben kein Geld, ist mir gesagt worden, das wird aus dem Budget der GWG saniert. Das kann nicht sein!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war die Auskunft von Dr. Kaiser! Ich habe mit ihm gesprochen.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das war die Information, die Dr. Kaiser bekommen hat. Wir haben das geklärt - das kann nicht sein. Das kann einfach nicht sein! Das ist der GWG nicht zumutbar: ein ertragloses Haus, das zwar von ihr in der Verwaltung betreut wird. Also wenn Ihr das macht, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion, dann werden wir einmal sehr deutsch miteinander reden müssen! Aber sehr deutsch! Das ist nämlich dann Betrug an der GWG! Ich hoffe, daß Ihr nicht so weit geht.

Wie kommt denn die GWG dazu, daß sie Grundstücke kaufen soll, um die Stadt zu sanieren? Wie kommt denn die GWG dazu, daß man ihr in der Phantasie vorrechnet, daß sie 13 Gärtner in den Stand nehmen soll? Wer wird denn die zahlen? Ja, was glaubt Ihr denn, was Ihr mit den Mietern von stadteigenen- oder GWG-Objekten noch alles tun könnt? Ich glaube, das ist wirklich sehr übermütig, was hier passiert! Wer gibt denn den Geschäftsführern - das frage ich jetzt - dann die verantwortliche Anweisung, diese Dinge zu tun? Wer gibt sie? Die Geschäftsführer sagen, "wir brauchen die Gärtner nicht, wir können das in einem offenen, freien Wettbewerb genauso machen". Die Geschäftsführer sagen, "wir brauchen die Grundstücke nicht". Die Geschäftsführer sind handelsrechtlich dafür verantwortlich, daß es der Gesellschaft gutgeht. Wer in diesem Raum ist bereit, den Geschäftsführern die Weisung zu geben, daß sie das, was Sie mit Ihrem Budget-Vorschlag beschließen - nämlich den Verkauf der Grundstücke -, daß sie das auch in die Tat umsetzen? Wer ist bereit, diese Weisung zu geben? Ich, als Mitglied des Aufsichtsrates, kann es nicht! Aber ich werde dem Aufsichtsrat meine Stimme dafür nicht geben, wenn Grundstücke gekauft werden, die der GWG Substanz entziehen und

nicht neue Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Neue Entfaltungsmöglichkeiten könnten wir finden - bereits hundertmal diskutiert: die Wohnungen ins Eigentum der Mieter verkaufen. Wahrscheinlich wird man jetzt

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

KARL HOLUB:

Danke, so weit kenne ich mich schon aus!

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Nur, weil es in einer Aussendung von Euch gestanden ist!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ja, das habe ich sehr bedauert, daß das so drinnen gestanden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben sie von uns abgeschrieben!

Gelächter

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich habe das sehr bedauert, daß es so drinnen gestanden ist. Sie können mir aber glauben, daß ich es noch viel mehr bedauert habe, wie ich an dem einen Tag nicht in der StS-Klausur war, so habe ich zu meinem Überraschen auf der Pinnwand eine Tafel gesehen, wo doch durchaus drinnen gestanden ist, daß man aus Verkauf von GWG-Häusern das Budget löhnen sollte. Das war in so einem Protokoll

drinnen! Das ist ja ungeheuerlich, das kann nicht gehen! Der Herr Referent hat mich darauf aufmerksam gemacht - vollkommen zurecht. Aber ich frage mich, warum habt Ihr dort nicht widersprochen, als das niedergeschrieben wurde? Das ist wirklich arg! Und wenn die Frage gestellt wird, wie könnte man die Subventionen, die die GWG bekommen hat, in die Stadt zurückfließen lassen, so ist das ein Betrug an jenen, denen man die Wohnungen gefördert hat. Wie soll denn die GWG weitergegebene Förderungen an die Stadt zurückbringen, ohne die Mieten zu erhöhen? Und das wollen wir ja dann auch wieder nicht. Also bitte, laßt die GWG in Ruhe, wenn Ihr nicht wißt, woher mit dem Geld. Weil die GWG nicht eine Art Sondervermögen - schon eine Art, aber nicht eine so disponible Art Sondervermögen der Stadt ist, sondern daß sie ein Raum für Wohnungen ist, die wir unseren Bürgerinnen und Bürgern im vollen Einvernehmen - manchmal auch mit mehrheitlichen Beschlüssen - zur Verfügung gestellt haben. Aber daß wir die Verpflichtung haben, sowohl die GWG finanziell gesund am Leben zu erhalten als auch den Hausbesitz pfleglich zu verwalten als auch die Mieten in erschwinglichen Grenzen zu halten, ist wohl eine Selbstverständlichkeit! Nämlich dort, wo wir die rechtlichen Verpflichtungen haben.

Die Stadt hat die GWG belastet aus den Mietrückständen - ich habe das vorhin angeführt. Die Stadt hat die Verpflichtung, die GWG aus diesen Belastungen, für die sie nicht schuld trägt, zu befreien und schad- und klaglos zu halten - in jedem Fall und völlig unbestritten. Wir laden sonst auf den falschen Schultern ab, und wir decken die Abgänge, die wir aus der Hausbewirtschaftung im eigenen Hausvermögen haben, über eine fremde Geldtasche ab. Das ist unmoralisch. Das gehört sich nicht, meine Damen und Herren! Und wenn Sie noch immer Gründe suchen, warum wir dieses Mal hier nicht mitgespielt haben, dann kommen wir wieder, wie beim "Mensch ärgere Dich nicht", zum Anfang zurück: Wenn man uns so über den Tisch gezogen hat, wie letztes Jahr - meine Kollegin und Kollegen haben das wirklich schon alle erwähnt -, daß man Dinge verspricht, die dann nicht eingehalten werden, dann kann man nicht erwarten, daß der Optimismus, daß das Jahr 1996 anders sein wird als das Jahr 1995, sehr groß ist. Wir sind eben nicht um 1,2 Millionen S käuflich für ein Budget!

Und ich möchte schon Dir sagen, lieber Freund Apfelthaler, während Du Dich in die neue "Staatstragung" hineingefühlt hast, habe ich eben mit den Beamten überlegt, wie wir die Situation mit den aufgetragenen, nicht von mir zugestimmten, sondern den aufgetragenen 5 Mill. S Einsparung irgendwie noch erbringen können. Weil nämlich das Zustimmung zum Budget in meinem Selbstverständnis als Politiker der eine Punkt vom Kaffee ist, und das Erfüllen der Pflicht als Stadtregierungsmitglied der andere. Ich muß zur Kenntnis nehmen, was im Budget vorgegeben wird, und ich habe damit zu leben. So gescheit bin ich schon, und so lange bin ich auch schon auf der Welt, daß ich das wüßte. Aber wenn ich glaube, daß der Beschluß des Budgets nicht tragbar ist, wie die Einsparungen bei den Personalkosten, die hier geschildert werden, oder schon gar die zugrundeliegenden Kopffzahlen der Reduzierung der Mitarbeiter, dann habe ich die Pflicht, mich dagegen zu wehren. Die einzige Methode, wie man sich in der Demokratie wehren kann, ist das Nichtzustimmen. Und das tun wir somit!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster ist Hr. GR Fürweger am Wort. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste! Ich möchte über den o. H. ein bißchen etwas sagen, über den ao. H. und später ein bißchen allgemein. Beim ordentlichen ist mir der Sparwille in einigen Punkten aufgefallen - ich möchte schon ein wenig ins Detail gehen. Z. B. auf Seite 35 - Kanzleiökonomat/Leasingraten für Kopiergeräte: von 178.000 auf 368.000 S. Später kommen die Leasingraten noch einmal bei Kopiergeräten - hier haben wir eine Steigerung von 511 auf 586.000. Also, wir haben hier wirklich eine Steigerungsrate alleine schon bei den Leasingraten. Es ist vielleicht zu hinterfragen, ob wirklich so viel kopiert werden muß im Hause. Das ist früher auch anders gegangen mit Durchschlagpapier usw. Wir haben

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Früher ist alles anders gegangen, das ist richtig! Es ist noch nie so viel Papier verbraucht worden!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wir haben jetzt eine moderne EDV im Haus, und man kann sich auch per EDV schon von einem Schirm zum anderen Schirm Nachrichten schicken lassen.

Bei den Streetworkern - auch im o. H. drinnen - sind wir dagegen, und zwar derzeit. Wir sehen in der Stadt momentan keinen Bedarf. Der Jugend-GR hat das gewünscht, aber - wie gesagt - wir sind in dieser Sache dagegen.

Die Städtekontakte auf Seite 53 steigen von 67.000 auf 145.000. Und zwar sind das, glaube ich, die Städtekontakte nach Plauen und nach Ketting. Uns wäre es lieber, wir würden die Kontakte zu unseren Nachbarstädten mehr erhalten. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir während meiner Zeit hier herinnen einmal Kontakt hatten mit Enns oder mit Wels oder mit Linz. Ich als GR bin hier nie mit einer Nachbarstadt in Konfrontation gekommen - bei uns, oder daß wir einmal zu denen geschaut hätten.

Seite 57 - Zuschüsse für Personalverpflegung von 214.000 auf 350.000. Auch das ist im Ansteigen. Ich glaube, auch hier sollten die Leute im Hause Sparwillen zeigen und vielleicht ein bißchen mehr zu ihrem Essen beitragen.

Und weil heute von den Schulen gesprochen worden ist. Die Schulen sind interessant. Wir haben zwar ausgabenseitig bei den Entgelten für Einzelpersonen von 59.000 auf 500.000 eine Zunahme. Aber wenn man zurückblättert auf Seite 75, sehen wir, daß bei der Instandhaltung von Gebäuden es zurückgeht von 1,5 Mill. S auf 900.000 S; daß es zurückgeht bei den sonstigen Anlagen von 170.000 auf 130.000. Das bedeutet doch eindeutig, daß wir die Instandhaltung zurücksetzen, aber dafür den Leuten mehr bezahlen.

Beim Polytechnischen Lehrgang haben wir eine Personalkosten-Steigerung von 300.000 auf 721.000 S. Und weil heute von einem Stadtrat die Einnahmen gefallen sind, muß ich dazu sagen, das ist ja nicht lustig, wenn wir unseren Bürgern bei der Einnahmenseite etwas abverlangen. Und zwar bei der Kanalbenützungsgebühr und bei der Müllabfuhr-Gebühr. Das schauen wir uns an - römisch V: Wir haben 48 Millionen, Rechnung 1994, und im Voranschlag 1996: 57 Millionen. 10 Millionen S sollen unsere Bürger mehr Kanalbenützungsgebühr bezahlen! Dann bei der Müllabfuhr-Gebühr haben wir 20 Mill. S, Rechnung 1994, im Voranschlag 1996: 27 Millionen. Wieder 7 Millionen! Bitte, das trifft alle Leute. Das trifft alle kleinen Leute, das trifft auch die Mieter im Resthof. Was ich jetzt gehört

habe, wird das dann drastisch sein. Das wird dann sicher nicht mehr möglich sein, glaube ich, im Resthof die Mieten von 7000 auf 9000 S zu erhöhen.

Zum ao. H. Hier fallen schon die Grundstücksankäufe auf mit 22 Mill. S; und dann die Finanzierung des ao. H., wenn wir ein Bankdarlehen aufnehmen müssen um 59 Mill. S, um hier den ao. H. zu bedecken.

Dann hier von keiner Neuverschuldung zu sprechen, glaube ich, ist nicht richtig! Das Jugendkulturhaus

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Tilgung! Wir tilgen, Hr. Kollege!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Das Jugendkulturhaus fällt mit einer Million hier zu Buche. Ich glaube, das ist eine Alibi-Zahl, denn mit einer Million können wir gar nichts machen! Hier könnten wir vielleicht das Gaswerk-Areal als Jugendkulturhaus adaptieren, aber das Reithofferhaus sicher nicht; und auch nicht das Stadtgut. Und das Stadtgut kommt ein bißchen auch zu den, glaube ich, Grundstücksankäufen dazu. Ich war erst einmal vor einem Monat dort draußen, das siecht vor sich dahin, die Ziegel fallen vom Dach herunter, es wird nicht intandgehalten. Nur das Sozialamt hat ein Matratzen- und Möbellager dort. Sonst ist dort nichts los!

Im ao. H. fällt auch auf der Mehrzwecksaal Wehrgraben von 0 auf 550.000 S. Ich weiß nicht, was das für ein Posten sein soll, daß wir im Mehrzwecksaal Wehrgraben 550.000 S brauchen.

Zum Schuldendienst - Seite 353. Es war leider notwendig, auch den alten Voranschlag herzunehmen. Ich würde mir wünschen, daß wir nächstes Jahr vielleicht die Vergleichszahlen des VA 1995 auch auf der Seite hätten. Es ist hier schon ein Plus von 136 Millionen - gegenüber dem VA 1995. Wir haben jetzt 793 Millionen, und im Vorjahr 657 Mill. S.

Bei der Tilgung und Zinsenrate haben wir eine Steigerung von 102 auf 110 Millionen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ja der Wert vor dem Nachtragsvoranschlag, Hr. Kollege!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Zum Personal, das heute auch schon oft erwähnt worden ist. Und zwar nicht nur, daß wir immer wieder sagen, man sollte beim Personal sparen. Es gibt ja auch Zeitungsartikel, wo ein Beamten-Staatssekretär Schlögl sagt, daß bei den Beamten gespart werden soll. Ich zitiere ihn ganz kurz, denn das ist auch für uns interessant, für unsere Beamten: "Ich will, daß jeder Beamte, der vor dem 60. in Pension geht, noch einmal untersucht wird. Vielleicht sind dann manche gesund geworden oder wollen selber wieder arbeiten! Die Planstelle soll deswegen nicht neu besetzt werden!" - Beamten-Staatssekretär Schlögl!

Ich glaube, das könnten wir in unserem Haus auch wieder einmal machen, daß man die Beamten, die in Frühpension gegangen sind, wieder einmal untersucht. Vielleicht finden sich wieder manche gesunde darunter.

Und eines muß man auch sagen. Wie verträgt sich das mit der Verantwortung für die Allgemeinheit bei den Beamten? Ich möchte nicht alle in einen Topf schmeißen, aber die Beamten haben immerhin einen Amtseid geleistet. Und es ist in Ihrer Budgetrede im Vorjahr sogar vorgekommen, wo Sie erwähnt haben, daß die Beamten 1993 600 Mill. S im ao. H. vorgesehen haben. Und 1994 waren 400 Mill. S im ao. H. vorgesehen! Die Wünsche sind von den Beamten gekommen, obwohl wir Politiker den Beamten sagen, sie sollen sparen. Es sind also nicht unsere Wünsche, sondern die der Beamten! Ich möchte hier die Beamten schon ein bißchen an den Amtseid auch erinnern.

Ein Punkt ist im letzten Jahr vorgekommen, wo ich schon ein bißchen konsterniert war, wie ich einen Spitzenbeamten in den OÖN gesehen habe, im Wirtschaftsteil, bei einer anderen Firma. Ich möchte die Nebenbeschäftigungen ansprechen. Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß ein Spitzenbeamter auch noch nebenbei bei einer Firma tätig sein muß!

Vielleicht zum Vorjahr noch: Der ehem. Finanzstadtrat Dkfm. Zagler hat uns ja voriges Jahr einen Zusatzantrag vorgelegt - SPÖ, FPÖ und ÖVP. Und dieser Zusatzantrag ist beschlossen worden, aber er ist nicht umgesetzt worden! Das mittelfristige Finanzkonzept ist heute schon erwähnt worden - bis 30. 6. 1995. Hier hätte dann schon wenigstens eine Fristverlängerung gemacht werden müssen! Ich meine, es muß ja der Finanzbeamte in unserem Haus einen Auftrag bekommen haben, und wenn er mit dem nicht fertig wird, dann muß er das melden, und dann müssen wir ihm eine Frist verlängern! Aber einfach das im Raum stehen lassen, das finde ich nicht ordentlich! Es sind ja auch noch ein paar andere Punkte herinnen, wie diese Errichtung von internen Arbeitsgruppen, zu denen es auch noch nicht gekommen ist.

Zur Privatisierung. Ich möchte die Frage stellen: Brauchen wir wirklich - das sollte man immer wieder voransetzen! Brauchen wir wirklich ein Hotel? Brauchen wir wirklich eine Stadtgärtnerei? Brauchen wir wirklich eine Bestattung? Brauchen wir wirklich eine Bücherei? Wir müssen uns viel grundsätzlicher fragen, dann finden wir auch, glaube ich, viel rascher Antworten! Und wenn es in Grieskirchen geht, daß eine Stadt mit 5.000 Einwohnern im Jahr 2 Mill. S einspart, wie es hier der Bgm. aus Grieskirchen sagt, und zwar nur bei der Straßenreinigung, beim Bestattungswesen und vielen anderen Aufträgen an private Unternehmen. Rechnen wir das bei uns hoch: das wären bei uns 16 Mill. S. Das wird in Grieskirchen gemacht! Also, das sind nicht unsere alleinigen Ideen hier in Steyr, das geht in OÖ sogar auch schon woanders; in kleineren Städten auch!

Es ist heute auch das Wort "Visionen" gefallen. Ich möchte sie eigentlich nur Wünsche nennen. Eine Vision muß das, glaube ich, gar nicht sein, wenn man eine Modernisierung des Stadtbades wünscht. Es gibt hier einen Antrag, eine Wasserrutsche zu errichten. Das wäre sicher keine Hexerei bei unserem Stadtbad; oder Ballspielplätze, damit sich die Jugendlichen dort auch bewegen können. Wir wissen, daß die Gebäude nicht mehr genutzt werden - die Kabinengebäude, die Kästchengebäude etc.

Was überhaupt fehlt im Budget, das sind Förderungen für Energiespar-Maßnahmen. Wir reden immer vom Sparen, aber vom Energiesparen reden wir überhaupt nicht. Wir reden im eigenen Haus auch

nicht davon. Aber in St. Valentin - ein Stadtrat. Hr. Stadtrat Hinterteiner, in der St. Valentin Amtszeitung, sagt es seinen Leuten in Valentin: Ihr bekommt 10.000 S für eine Solaranlage. In Wels gibt es auch Förderungen dazu. Bei uns gibt es so etwas noch nicht!

Zum Fuß- und Radwegenetz - hier fehlt mir auch der Ansatz. Es ist wirklich traurig, und hier muß ich schon ein bißchen die "Grüne Seite" auch anschauen. Denn ein alter Wunsch von mir, die Verlängerung des Museumssteiges, würde eine Bereicherung bedeuten, würde vom Zentrum bis in die Rosenegger Au eine ebenerdige, flache Verbindung schaffen für Fußgänger und für Radfahrer. Wir dürfen nicht nur an große Bauvorhaben denken und an Brücken, an Straßen, wir müssen auch an die Leute denken, die noch keinen Führerschein haben - an die Radfahrer, das sind Schüler, und an die Fußgänger genauso! Es fehlt hier wirklich komplett, und das ist sicher für mich persönlich ein Hauptgrund, daß ich hier nein sagen muß! Wenn man sogar im Fernsehen verfolgt "Zur Sache", und dort wird erwähnt, was die Aufgabe einer Kommune oder einer Stadt ist. Es ist die Aufgabe, Infrastruktur zu schaffen! Infrastrukturen, das sind in erster Linie Bewegungs-Möglichkeiten, Schaffung von Plätzen für die Leute, daß sie sich sammeln können. Säle, wo sie auch im Winter zusammenkommen können. Auch hier haben wir ein Defizit. Wir haben Stadtteile mit 5000 Leuten und haben dort keinen Versammlungssaal - wie im Resthof! In Steyrdorf hat es einen gegeben, jetzt gibt es dort auch keinen Versammlungssaal mehr. Wir haben Marktplätze gehabt, die wurden aufgelassen - am Wieserfeldplatz -, obwohl das Marktrecht noch vorhanden ist! Und denken wir weiter: Wohin führt das? Wir zentrieren alles auf den Stadtplatz, in das Zentrum und haben dann das Verkehrsproblem. Es ist ein alter Wunsch von mir, sich die Stadtteile viel genauer anzusehen, dort die notwendige Infrastruktur zu schaffen, und natürlich diese Plätze auch zu gestalten. Es geht nicht nur, daß die Marktfrauen hier auf den Gehsteigen stehen müssen.

Zur Kultur. Wir haben Ausstellungen in unserer Stadt, die abstellkammermäßig betrachtet werden - wenn ich an die Messerausstellung von Petermandl denke oder an die Vogel-Ausstellung von Steinparzer. Wie die eigentlich vermarktet werden, ist wirklich schade! Da haben sich damals die Leute wirklich Mühe gemacht, und es verirrt sich dort ins Neutor im 1. Stock wirklich kein Mensch mehr hin. Auch hier gehört einmal ein bißchen Leben hinein. Man kann hier auch Wanderausstellungen machen, das sind schöne Exponate, es ist schade darum!

Eine stadtgeschichtliche Ausstellung fehlt auch! Ein alter Wunsch von mir - auch Koll. Lengauer hat dieses Problem erkannt. Wir wollen Touristen in der Stadt, aber ich glaube, wir dürfen uns nicht nur auf Weihnachten verlassen, auf Christkindl, sondern es gibt auch Touristen während des Jahres, die sich vielleicht die Geschichte der Stadt anschauen wollen. Und es ist sicher notwendig, daß man sich hier unsere 1000jährige Geschichte in einer Ausstellung ansehen kann.

Zu den größeren Punkten, wie Nordspange, Bahnhofsparkdeck - hier haben Sie, Hr. Bgm., voriges Jahr auch etwas gesagt: Wir haben es beschlossen, das Verkehrskonzept, die großen Verkehrsbaumaßnahmen. Wir sind unterwegs mit der Nordspange und konnten erreichen, daß wir das viel schneller bekommen, als es ursprünglich vorgesehen war. Wir haben auch die Bahnhofsüberbauung vorangetrieben. Ja, das ist leider Dezember 1994 gewesen - jetzt haben wir schon wieder 1996! Das muß einfach gesagt werden. Wir haben meiner Meinung nach nicht viel weitergebracht.

Eines möchte ich aber positiv erwähnen, das ist heute noch nicht gefallen: Die Fachhochschule. Ich glaube, daß das für 1994 in die Geschichte der Stadt eingehen wird - die Errichtung der FHS!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wenigstens etwas!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wenigstens etwas! Sind wir froh, das gelingt uns. Ich glaube, das haben wir auch alle miteinander getragen.

Mit einem bin ich aber nicht zufrieden

LAUTE ZWISCHENRUFE

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Mit einem bin ich aber nicht einverstanden gewesen, Hr. Bürgermeister: Daß Sie dem Hauptmieter des Schloßparkpavillons die Untervermietung erlaubt haben. Auch wenn es uns momentan nichts bringt, sondern eben nur diesem Hauptmieter. Er zahlt im Jahr 3300 S, vermietet das und verdient Geld damit. Es wird uns nochmals Probleme machen, wenn der Vertrag aus ist. Es wäre nicht notwendig gewesen - noch dazu, wo es in der Vergangenheit diesbezüglich sogar Gerichtsverhandlungen gegeben hat!

Allgemein zum Budget ist zu sagen: Bei uns bestimmt doch viel zu viel das Tagesgeschäft das "Weiterwurschteln", und für das Überdenken von Grundsätzen bleibt uns keine Zeit. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster ist Hr. StR Tatzreiter am Wort.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, geschätzte Gäste und Journalisten! Ich meine, wenn man hier herinnen zuhört, dann hat man fast das Gefühl, es ist schon der Wahlkampf für 1997 angesagt, oder der Wahlkampf 1995 hat nie aufgehört! So in etwa kommt mir das beinahe vor. Denn wenn ich mir das anhöre, daß jede Rednerin oder jeder Redner fast jedesmal irgendwo die GWG mit in den Sprachgebrauch genommen hat, dann habe ich schon fast das Gefühl, es gibt nur mehr ein Thema bei dieser ganzen Budget-Debatte - um die GWG, um die Beschäftigung, um die Gärtnerei und um die Grundkäufe. Und wenn das

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, es gibt schon noch ein paar andere Themen!

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Hr. Dr. Pfeil, lassen Sie mich ausreden! Ich habe Ihnen auch sehr anständig zugehört. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Sind Sie bitte eine Zeitlang einmal ruhig, und hören Sie mir zu!

Man hat nämlich ernsthaft das Gefühl, es besinnt sich eigentlich jeder nur mehr auf ein Kapitel, das leicht zu behandeln ist hier herinnen und das möglicherweise irgendwo Mitleid-Effekt erreicht. Ich sage das einmal.

Jetzt geht er; jetzt mag er mich nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt gehe ich!

Gelächter

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ich habe das Gefühl, daß man sich auf irgendetwas konzentriert, und das macht man zu einem Hauptthema. Das hat sich zumind. bis jetzt bei jedem Diskussionsredner bestätigt. Ich gehe davon aus, daß der Artikel - und ich bin froh, Koll. Holub, daß Du das auch gesagt hast. Ich bin froh darüber, und ich gehe davon aus, daß Wohnungen zu verkaufen, die der GWG gehören, und dann das Budget zu sanieren, dieselbe Dummheit ist, wie das andere, wenn ich nämlich die GWG ausblute und dann sage, jetzt haben wir die GWG verhungern lassen, jetzt müssen wir sie erst sanieren. Das kann doch bitte nicht der Fall sein.

Wir haben nur aufgelistet, was zu verkaufen ist. Und ich habe mich auch damit beschäftigt, wie wir in der Gärtnerei u. U. zu einer Kostentransparenz kommen. Koll. Bremm hat schon auf die Stundenlöhne hingewiesen. Wir haben bei Gott dort nicht die höchsten Stundenlöhne. Es ist genau der Tarif, den jeder andere auch hat. Nur, wenn ich mir dann den Stundensatz unserer Gärtnerei anschau und den vergleichbarer Gärtnereien mit gleichen Aufgaben - auch in Steyr, ich nenne nur jetzt die Namen nicht, weil ich das nicht tue, daß ich hier irgendjemanden zitiere -, dann sind wir weit auseinander. Und daher meine ich, sollten wir unsere Gärtnerei beibehalten. Das habe ich gemeint -

sonst gar nichts! Wir müssen nur schauen, wenn wir es reduzieren. Und jetzt sage ich noch etwas: Wir haben für die Gärtnerei immer so zw. 12 und 14 Leute eingesetzt gehabt. Wir machen ja nicht nur den Futterschnitt oder die Sträucherschnitte usw., sondern auch den Winterdienst über weite Strecken. Und wenn ich das dort mache, dann muß ich es auch verrechnen. Bisher haben wir eben nur die Hälfte der GWG verrechnet - sie war ja auch nicht ausgegliedert. Auch die Kritik bisher immer wieder: "Wo ist die Kostentransparenz der GWG oder der Gemeinde? Wo ist die Kostentransparenz von beiden Bereichen?" Weil es eine Vermengung, eine Vermischung gibt. Ich war immer ein Verfechter dafür, daß man hier klare Linien ziehen soll. Du kannst Dich erinnern, Karl, wir haben mehrmals darüber gesprochen, und auch in unseren Reihen war die Überlegung, hier eine klare Trennung herbeizuführen. Das hat so lange gedauert, klarerweise, bis man sie ausgegliedert hat; und das hat sich dann dadurch leichter ergeben, daß vielleicht die Einmietung - wenn ich das so sagen darf - im eigenen Bereich nicht ganz die glücklichste ist - aufgrund der Wohnungssituation, die es dort gegeben hat. Das waren ja Wohnungen, aber es waren vorher dort immerhin 27 Personen beschäftigt. Und wir möchten auch - jetzt spreche ich einmal nur den Wohnungsausschuß an, ich habe schon mit ein paar Mitgliedern gesprochen -, ich möchte ja eine Veränderung herbeiführen, und wir haben es in letzter Zeit geschafft, daß wir zumind. transparente Unterlagen bekommen. Es hat ein bißchen länger gedauert, denn es ist sehr, sehr schwierig - das muß ich schon sagen -, und wir haben uns dann gemeinsam damit beschäftigt. Ausgearbeitet habe ich es zumind. über weite Strecken alleine; da habe ich mich Tag und Nacht dazu hingesezt, wie man etwas verändern könnte. Auch in Übereinstimmung mit den dort Beschäftigten, denn die wissen am besten, wie man das macht.

D. h., wir haben über viele Strecken gewisse Transparenz herbeigeführt, und wir können jetzt zumind. davon ausgehen, daß wir mit den derzeitigen Vergabe-Richtlinien - um das gleich mitzuverpacken in den Kostenbereich - auch Personal einsparen können. Wir tun uns auch leichter, denn in Zukunft werden wir wahrscheinlich viel kürzer beisammensitzen müssen. Früher haben wir oft stundenlang über einen Fall diskutiert. Das wird sich eben jetzt dadurch erleichtern.

Daher bin ich der Auffassung, wenn die GWG etwas zu machen hat, dann muß das die GWG zahlen. Wenn es die Stadtgemeinde für ihr Stadtbild macht, dann ist es etwas anderes. Apropos Stadtbild: Wir werden daran gemessen. Ich habe mit vielen Menschen Kontakt! Erst jetzt hätte ich zu Weihnachten zu einem Begräbnis fahren sollen, von einem Mann, der 25 Mal in Steyr war. Nämlich mit dem Motorrad-Club, wenn Sie sich erinnern: Tony Joor, der von Holland 25 Mal in Steyr war. Er ist jetzt leider verstorben. Ich habe noch am Heiligen Abend mit ihm gesprochen, weil ich gewußt habe, daß er sehr schwer erkrankt ist und daß er wahrscheinlich nicht mehr kommen wird. Er richtet schöne Grüße aus nach Steyr. Das sind seine letzten Grüße gewesen - die möchte ich somit überbracht haben.

D. h., wir haben ein gutes Stadtbild, und dieses haben wir pfleglich zu behandeln. Und auch weil zuerst über die Energie-Sparmaßnahmen gesprochen wurde, über die Dachlandschaften - wenn ich das jetzt einmal so sagen darf. Hier sind wir ja sehr behutsam umgegangen, um nicht etwas zu verändern, was uns hinterher leid tut. D. h., wir haben ein gutes Stadtbild, und die Gärtnerei ist dafür zuständig!

Wenn ich mir den Kostensatz ansehe, dann liegen wir mit **145 S unter dem Billigstanbieter!** Mit 145 S darunter! Da wäre ich doch dumm, denn ich würde ja automatisch der Gemeinde einen Schaden zufügen, wenn ich den anderen um diese 145 S teurer anwerbe. Billiger wird er es nicht machen können. Davon gehe ich aus, denn er muß auch leben! Also in diesem Zusammenhang bin ich der Auffassung, daß wir schon bei den Kosten aufpassen müssen, damit wir nicht, nur um irgendetwas justament oder partout zu privatisieren oder privat zu vergeben, dann auch noch teurer werden.

Jetzt möchte ich noch ein bißchen "aus der eigenen Schule" schwätzen. Hier ersuche ich auch um Aufmerksamkeit, weil ich feststelle, daß wir nämlich im eigenen Betrieb, wo ich beschäftigt bin und Koll. Spanring ebenfalls, ziemlich viel Zores haben. Und zwar insofern - und das ist nicht unbekannt -, daß hier noch einiges bevorsteht. Das haben aber nicht wir verursacht - wir haben denen zugestimmt, daß sie Arbeiten auswärts vergeben. Aber als dann die Arbeiten "draußen" waren, sind sie blaß erstaunt um die Anlagen herumgestanden und haben gesagt: "Wie konnte denn das passieren,

daß jetzt alles teurer geworden ist?" (Nämlich der Rest, der geblieben ist.) D. h., man muß entweder zusperren oder ordentlich aufwühlen und "fahren". So ist das! Ich kann nicht zu einer Gärtnerei sagen, wir "fahren" mit einer kleinen Sparflamme. Es gibt Dinge, die kann man einfach nicht bewältigen. Und man bekommt nicht - wie das schon mehrmals hier besprochen wurde - einen Maschinenring herein oder irgendeinen, der das vielleicht in einer Gemeinschaft übernehmen würde. Das wird nicht funktionieren, denn wenn draußen schönes Wetter ist, heuen die Bauern oder haben sonst irgendeine andere Aufgabe. Und wir haben auch genau zu diesem Zeitpunkt die Arbeiten zu verrichten, nämlich Rasen mähen etc. Wenn es nämlich regnet, kann man auch als Gärtnerei nicht hineinfahren, und der Landwirt mit dem Traktor kann es auch nicht. Wir müssen uns bei diesen Dingen schon klar werden, worüber wir reden. Daher würde ich in diesem Zusammenhang bitten, bei der Diskussion schon ein bißchen behutsam umzugehen und nicht einfach "Kraut und Rüben" dabei zu vermengen.

Koll. GR Spöck hat darauf hingewiesen, daß wir sozusagen den einzigen Erfolgssaldo, negativ gewertet von Deiner Sicht aus, nämlich minus 38 %

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ja, ich habe es gesagt - der einzige! Du hast es aber als Negativsaldo aufgelistet.

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

..... daß wir minus 38 % eingespart haben. Darf ich einmal darauf verweisen, daß wir in der Gärtnerei auch weniger Leute haben! Aber nicht an die GWG gedacht, sondern wirklich abgebaut. Daher ist das auch zu werten, bitte! Wenn schon, dann sollte man nicht nur sagen, diese 38 % hätte die GWG zukünftig zu tragen, sondern wir haben dort Personal eingespart; und zwar 6 an der Zahl! 13 sind gemeint für die GWG, und in diesem Zusammenhang ist das zu sehen.

ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ich habe alle Unterlagen mit, bitte! Es ist schon gut, wenn man ein bißchen Bescheid weiß über diese Dinge. Und die 38 % haben mich nicht ganz glücklich gestimmt - ich sage das einmal. Nur von der Kostenminimierung her hat es mich glücklich gestimmt, aber dort waren ja Beschäftigte betroffen. 6 sind nämlich ausgeschieden - und nicht ganz unfreiwillig, wenn ich das so sagen darf. Und wenn man Leistungen nicht mehr braucht - so wie es uns drinnen im Werk geht, so wird es auch hier passieren. Umsetzbar auf einen anderen Arbeitsplatz ist nicht bald ein jeder!

Noch etwas kommt dazu: Wir haben in der Gärtnerei einige Beschäftigte - ich möchte das hier nicht groß ausbreiten, das liegt mir völlig fern -, wo wir eine soziale Aufgabe haben. Auch als Kommune! Wir haben eine soziale Aufgabe, so wie jeder andere Betrieb auch, daß er sich um ein paar von solchen annimmt. Und die haben wir dort auch dabei. Lassen wir beispielsweise die Gärtnerei auf, könnte es möglicherweise passieren, daß diejenigen auf der Strecke bleiben. Ich sage das einmal, weil sie eher ... - naja, sehr schlecht zu vermitteln sind. Aber sie machen ihre Aufgabe in bestimmten Bereichen, und natürlich muß irgendjemand nachgehen und das anschauen. Dazu haben wir dort eben auch ein paar Gruppenführer. So viel dazu.

Nun zu den Grundflächen - jetzt komme ich zum eigentlichen Problem. Grundflächen der GWG oder der Stadtgemeinde, die an die GWG verkauft werden sollen. Es ist nur eine Auflistung, wo ohnehin die GWG ihre Liegenschaften darauf hat, also ihre Objekte darauf stehen hat. Und das ist das Problem. Wir haben ja Grundflächen, die sind nur noch nicht bezahlt worden von der GWG an die Stadtgemeinde, auch trotz sehr günstigem Grundpreis. Wir haben immer ein soziales Element damit gemeint

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

KARL HOLUB:

Die Mietenkalkulation!

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

So ist es!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das ist es ja!

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ich weiß schon, daß die Geschäftsführer sagen, "alles, was mir etwas kostet, wofür ich als Geschäftsführer verantwortlich bin, lehne ich ab". Nur, meine Damen und Herren, eines kann schon passieren, denn bei der 1. GWG ist es dasselbe oder würde es dasselbe sein, wenn sie sagen, "wir kaufen jetzt den Grund, bauen zwei Häuser darauf, aber den Spielplatz soll die Gemeinde einrichten, und den Grund soll auch die Gemeinde bezahlen". Das wird nicht gutgehen! Daher müssen wir das hier schon sehr stark auseinanderhalten, was richtig, wichtig und notwendig ist bzw. wer zuständig ist, und wer nicht zuständig ist.

Ich bin der Auffassung, daß wir nicht alles, was aufgelistet ist, der GWG übertragen können. Das wird überhaupt nicht gehen, und ich lehne es ab, denn als Vorsitzender im Aufsichtsrat bin ich zumind. auch dazu veranlaßt, Sorge dafür zu tragen, daß die GWG dadurch nicht sofort Pleite erleidet. Und ich bin auch nicht der Auffassung, daß man ihr alles übertragen muß! Nur soweit es möglich ist, und soweit es für die GWG zumutbar ist! Sie heißt ja nicht umsonst GWG, daher müssen wir uns schon besinnen, daß die GWG nicht zu irgendetwas greift, wo sie untauglich wird und den Titel verliert. Das würde hintenstehen. Daher lehne ich es ab, daß man hier sozusagen mit allen Mitteln und unter dem Druck die GWG zu diesen Käufen zwingt. Aber natürlich dort, wo sie zuständig ist, wo sie dafür ihre Aufgaben zu leisten hat, hat sie es auch zu tun.

Ich darf vielleicht noch etwas anmerken, was die GWG anlangt. Ich bin nämlich persönlich der Auffassung, daß die GWG von ihren ureigensten Aufgaben heraus, die Werte, die wir jetzt meinen, zu strukturieren, schon im 52er Jahr hätte machen müssen. Dann hätten wir ja jetzt nicht die Diskussion. Nur sie ist eben so lange in dieser Verwaltung oder in diesem Hoheitsgebiet drinnen geblieben, und es war nicht ganz umsonst. Sie hat sich in der Zwischenzeit entwickelt, und zwar zu einem der größten Haus- bzw. Liegenschaftseigentümer in dieser Region - mit Ausnahme der WAG in Linz. Und daher bin ich der Auffassung, daß die GWG hier schon eine Dimension erreicht hat, wo ihr auch einiges zuzumuten ist. Nämlich auch von jenen Kosten her, die sie für Leistungen zahlen müßte, wenn sie etwas fremd vergibt. Hier denke ich jetzt wieder an die Gärtnerei. Ob es jetzt genau 13 sein müssen, ob es vielleicht 12 oder 11 sind, ist eine andere Frage. Aber das wird für uns eine Rechengröße sein, was dort wirklich geleistet wird. Ich kann nicht sagen, ihr bekommt es geschenkt, und es kann auch nicht so sein, daß wir dort die 13 Leute nur zur Hälfte verrechnen, und die andere Hälfte die Gemeinde trägt. Das mußte ich mir nämlich schon ein paarmal anhören, daß andere Wohnungsgesellschaften mir sozusagen eher einen Vorwurf machten - wenn ich mit unserer GWG ins Gespräch komme - und sagten, "Ihr habt es ja leicht, Ihr laßt Euch das über die Gemeinde machen"! Umgekehrt habe ich aber auch mit der WAG das Gespräch geführt. Und weil wir immer sagen "privatisieren": Die WAG leistet sich nämlich, um ihre Liegenschaften bzw. ihre Flächen zu bearbeiten und um ihre Instandhaltung beizubehalten, auch eine eigene Gärtnerei, eine eigene Instandhaltung. Und sie haben mir auch bestätigt, daß es günstiger ist, wenn sie es selber haben, als es extern zuzukaufen. Daher - in diesen Größenordnungen - muß man überlegen, ob es nicht gescheiter ist, daß man es beibehält und nicht unbedingt immer von der Privatisierung redet. Ich habe nichts dagegen, und ich bin dafür, daß man es kostenmäßig so strukturiert, daß ich sagen kann, das ist jetzt die Gärtnerei, und sie ist selbständig oder eigenständig lebensfähig - sie erhält sich also selbst. Ich möchte ja nicht sagen, daß man nur für unsere GWG die Leistungen verrichtet als Gärtnerei, sondern auch möglicherweise für andere. In diesem Zusammenhang muß man schauen, daß man strukturiert.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zu ein paar Dingen ganz bestimmt Stellung beziehen. Zur Auflistung - weil es mir fast ein wenig zum Vorwurf gemacht wurde, ich nehme das zumind. auf mich. Es geht also um die Auflistung der Liegenschaften bzw. der Objekte, die verkauft werden sollten. Wir haben eine ganze Menge aufgelistet, und diese Liste würde sich noch fortsetzen lassen. Es ist nur immer die Frage, ob alles möglich ist.

Ich bin jetzt schon der Auffassung, daß es nicht leicht sein wird, weil wir fast überall jemanden drinnen haben. Es betrifft dann meistens Mieter, weil ja nur wenige Objekte als Amtsgebäude oder sonstiges verwendet werden. Meistens sind es Mieter, die in diesen Objekten sind! Und ich denke an

einige, die es sich partout wahrscheinlich nicht leisten können, daß sie sich selbst diese Liegenschaft kaufen - auch wenn es ein kleines Objekt ist. Aber es hat damit zu tun, daß es möglicherweise ein anderer, ein Privater kauft, der dann dem Mieter erklärt, er soll entweder ausziehen oder diese hohe Miete zahlen, damit es sich auch rentiert, daß er es sich gekauft hat. Das ist das Problem, das auf uns zukommen wird!

Damit komme ich schon zum nächsten Problem: Ich bin nämlich der Auffassung, daß man nicht einfach hergehen und überall anbieten kann, und jeder soll kaufen, was er glaubt. Weil ich damit feststelle - und das vor allem in den vielen Sprechstunden -, daß die Leute zu mir kommen und sagen: "Jetzt wurde das Haus verkauft, ich muß ausziehen; entweder ich bezahle die Miete - um 2000 oder 3000 S mehr im Monat - oder ich muß mir etwas suchen, weil ich es nicht mehr bezahlen kann". D. h., ich werde dann damit befaßt - ich noch weniger als meine Mitarbeiter in der GWG, die ja für beide Bereiche zuständig sind, auch für die gemeindeeigenen Objekte. Und ich stelle weiters fest, daß wir in vielen Bereichen dadurch eine Mieterstruktur haben, daß diese Leute dort ausgesiedelt werden bzw. gehen müssen - und bei uns sprechen sie vermehrt vor. Der Wohnungsausschuß wird darüber wahrscheinlich "ein Lied singen können" - schon alleine aus den Einkommensverhältnissen.

Das sind die Dinge, die uns ganz besonders bewegen. Hier meine ich, daß es auch die Aufgabe von allen anderen Wohnungsgesellschaften wäre, daß sie auch bei solchen Dingen einen Teil dazu beitragen, weil es ja sonst für uns alleine zuviel wird. Jetzt spreche ich das Budget an - ich werde darauf zurückkommen -, weil der Mietenrückstand aufläuft. Und wir können nicht bei den stadteigenen Objekten sagen: "GWG, Du mußt die Mietenrückstände oder diesen Ausfall übernehmen!" Sondern das wird ja wieder eine Frage der Gemeinde sein!

In diesem Zusammenhang ist mir diese Angelegenheit schon seit geraumer Zeit ein großes Anliegen. Ich habe auch die Wohnbau-Referenten - vorher Klausberger, Hochmair bzw. jetzt Frau Prammer - mehrmals angesprochen, sie mögen auch darauf einwirken, daß in diesem Fall nicht die öffentliche Hand für die Kosten herangezogen wird oder ihr die Kosten übertragen werden, sondern auch anderen Wohnungsgesellschaften, die ebenfalls Förderungsmittel bekommen. Die anderen Wohnbauträger sollten ebenfalls teilweise mit dazu beitragen! Das ist diesbezüglich auch meine Zielsetzung. Noch einmal: Wenn wir Objekte an Private verkaufen, müssen wir damit rechnen, daß wahrscheinlich dann - nicht die GWG; die GWG kann hier nicht aus, denn dafür sind wieder wir zuständig - die Mieter wieder bei uns "vor der Türe stehen", daß die Mieter wieder genau bei uns anfragen um eine Wohnung. Wir haben hier einen höllischen Kreislauf! Einen teuflischen Kreislauf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher würde ich bitten, dies zu berücksichtigen. Und ich möchte nicht, daß man unentwegt über Privatisierungen spricht, wenn es keinen Sinn macht. Wenn wir über Privatisierungen reden, dann sollten wir uns konkret Objekte oder Projekte herausnehmen. Wir sollten uns über Dinge ganz klar bewußt sein, wo es möglich ist. Aber wenn es nicht möglich ist, sollten wir dazu stehen und sagen, das bleibt in der Verwaltung bei der Gemeinde bzw. das ist zumutbar und das andere nicht. In dem Zusammenhang würde ich bitten, das auch im Budget mitzubedenken bei all diesen Fragen. Vor allen Dingen geht es mir aber vom Grundsatz her darum, daß wir doch einigermaßen die Kosten immer wieder so umstrukturieren, daß jeder damit leben kann.

Eines kann ich mir jedoch nicht vorstellen, daß man unentwegt einem anderen in den Sack greift. Beim derzeitigen Budget habe ich es beinahe so im Gefühl, daß versucht wird, einem ganz bestimmt in den Sack zu greifen - dieses Mal bin es ich. Ich darf darum bitten, daß es in der Zukunft wieder einmal anders beachtet wird.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

In diesem Zusammenhang bin ich zumind. froh, daß Hr. Dr. Pfeil anwesend ist bei meinem Schlußwort. Ich meine, es ist schon schön, wenn man über Kultur reden kann, oder wenn man über Verlustabdeckungen reden kann bei bestimmten Betrieben. Roman, weil Du gerade dreinredest, würde ich schon meinen, daß man sich - wenn man über solche Dinge diskutiert - auch im eigenen Bereich umschauen sollte.

Ich darf recht herzlich danken für das Budget und hätte natürlich den Wunsch, daß Sie Ihre Zustimmung geben. Wenn alle zustimmen würden, wäre es schön, aber ich bin froh, wenn wir es wenigstens beschließen, denn wir sollten handlungsfähig bleiben. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster Debattenredner ist Hr. GR Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich werde mich nicht an der Redezeit meiner Vorredner orientieren, auch wenn ich Hrn. Koll. Holub mitunter ganz gerne zuhöre. Vielleicht noch eine Bemerkung, lieber Ex-Ruderkamerad Holub

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ich bin ja nicht hier herausgegangen, um Koll. Bremm zu verteidigen; das kann er selber sicher viel besser. Aber ich glaube, eines sollten wir vielleicht nicht machen, daß wir uns heute hier gegenseitig an den Qualitäten der Rhetorik messen oder irgendwelche Werturteile abgeben, wenn ich das so verstanden habe, wie Du es gesagt hast. Ein Gemeinderat ist eben auch irgendwo ein Spiegelbild der unterschiedl. Gesellschaftsschichten, und

LAUTE ZWISCHENRUF

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

..... und vielleicht könnte es auch bei Deiner Fraktion dann u. U. einmal so sein, wenn nicht jeder ein so schönes "Schönbrunner-Deutsch" wie Du sprichst - wenn Du vielleicht glaubst, daß Du es sprichst.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, richtig!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ganz am Anfang der heutigen GR-Sitzung hat Hr. Bgm. gemeint, es ist ein Sparpaket; andere Vertreter haben gesagt, es ist ein Panikbudget. Ich glaube, es ist letzten Endes auch irgendwo ein Stagnationsbudget. Eine tatsächliche Neuverschuldung ist vielleicht so nicht festzustellen, aber bei 700 oder 800 Mill. S Verschuldung und fast 19.000 S Pro-Kopf-Verschuldung sollte man, glaube ich, auch mittelfristig/langfristig schauen, daß man hier etwas wegkommt, um wieder einen Handlungsspielraum zu erreichen, damit man an wichtige Projekte, über die ja heute schon so lange diskutiert wurde, auch wirklich herantreten kann - und nicht nur heute hier verbal.

Vielleicht zum o. H. ein paar Bemerkungen - ich halte mich wirklich sehr kurz. Ein paar Punkte, die heute noch nicht so diskutiert wurden, die mir aber persönlich etwas am Herzen liegen. Es ist z. B. auch notwendig, glaube ich, daß wir als Politiker - wenn es auch budgetmäßig wahrscheinlich nicht recht viel bringt - hier doch auch einmal über die Parteienfinanzierung und ähnliche Dinge reden. Wir können nicht immer nur von der Bevölkerung etwas verlangen, und bei uns selbst schnallen wir den Gürtel nicht recht enger.

Noch ein paar andere Sachen aus dem o. H. - da wären z. B. ein paar skurrile Sachen. Es sind zwar keine großen Beträge, aber mir ist aufgefallen, daß es einen Budget-Posten gibt für Ehrengräber, der mit 62.000 S dotiert war und in Zukunft mit 202.000 S aufscheint. Ich hoffe ja nicht, daß in Zukunft jemand vor hat, abzutreten, oder irgendjemand vielleicht beabsichtigt, sich eine Marmorgruft zuzulegen!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Verschrei nichts!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Das ist gar nicht so absurd - in der Arbeiterkammer hat es das alles gegeben; wir haben es inzwischen abgeschafft, Koll. Eichhübl wird das bestätigen können.

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Oder auch so kleine Posten, wie z. B. Versicherungen, habe ich gesehen, die sind auf einmal von 7 auf 34.000 S gestiegen. Es müßte sich ja inzwischen auch im Magistrat herumgesprochen haben, daß es so etwas wie Versicherungsmakler gibt, die das günstigste Paket an Versicherungen herausrechnen. Daher ist mir nicht ganz klar, wie eine derartige Steigerung notwendig ist.

Die Zentralbücherei - hier hat Koll. Dr. Pfeil auch schon die gewaltigen Personalkosten angesprochen, die sicher langfristig, was heißt langfristig, auch mittelfristig überhaupt nicht tragbar sind mit 4,2 Mill. S.

Koll. Fürweger hat heute auch von den Streetworkern gesprochen. Darüber wurde schon lang und breit diskutiert. Hier muß ich mich noch ein bißchen an Koll. Apfelthaler wenden, und zwar in Zusammenhang mit diesem eigenartigen Elaborat. Eigentlich fällt es mir schwer, daß man das wirklich ernst nimmt. Wir müssen es wahrscheinlich, weil ich annehme, daß es heute sogar beschlossen wird. Wenn ich hier schaue: die Reduzierung um 2 Mill. S beim Verkehrskonzept. Hier möchte ich schon Koll. Apfelthaler einmal fragen, wie er das macht bei seinen Wählern, wo er immer von der Förderung des öffentl. Verkehrs usw. predigt. Wir haben ja damals alle einstimmig das Verkehrskonzept beschlossen. Heute lese ich in der Steyrer Rundschau, daß die Grünen vorhaben, Unterschriften zu sammeln, weil die Bahn plötzlich den Paketservice umstellen will auf die Straße usw. Und hier in Steyr, wo Sie ja selber Taten setzen könnten, setzen Sie sich dafür ein, daß bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes praktisch nichts mehr übrig bleibt. Also 3,5 % Verlust bei der Nationalratswahl war Ihnen offensichtlich noch zu wenig! Ein gewisser Masochismus ist Ihnen, glaube ich, nicht abzusprechen, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß sich Ihre Wähler wirklich mit derartigen Dingen identifizieren können. Daß man das Verkehrskonzept, für das wir letzten Endes Millionen bezahlt haben, einfach so kürzt, verstehe ich wirklich nicht! Ich glaube, das war nur mehr Makulatur - so ist das meiner Meinung nach schon zu sehen.

Noch etwas, was den Sozialausschuß anbelangt, nachdem ich dort selbst drinnen sitze. Dr. Starzengruber und die SP-Fraktion haben sich - ich kann mich erinnern - sehr wohl dort eher negativ über dieses Projekt der Notschlafstelle ausgesprochen. Heute auf einmal "hauen Sie sich auf die Schienen" für 200.000 S. Ich glaube, Betreuung der Obdachlosen ist wahrscheinlich die Notschlafstelle. Das ist wirklich äußerst interessant!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Oder z. B. die Säuglingswäsche. Ich bin vor kurzem Großvater geworden und habe großes Verständnis für Kinderbekleidung. Aber wenn man jetzt auf einmal auf diese Art und Weise 100.000 S hineinreklamieren muß, warum hat man das eigentlich nie im Sozialausschuß vorgebracht? Ich glaube, es sitzt niemand hier herinnen, der nicht Verständnis dafür hat, wenn wirklich Bedarf für derartige Dinge vorhanden ist, daß man darüber auch redet. Aber heute muß man das auf einmal über eine solche Art und Weise zusätzlich hier hineinreklamieren. Das ist für mich wirklich vollkommen unverständlich!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Kollege, dafür waren vorher 180.000 S drinnen, dann wurde es komplett herausgestrichen. Und dann hat man wieder 100.000 S hineingegeben, weil es doch sehr Bedürftige gibt, denen damit geholfen werden kann. Das ist der Hintergrund!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Offensichtlich hat

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich auch einen Zwischensatz sagen?

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Der Hr. Bürgermeister ist offensichtlich schon beim Schlußwort - ich gehe einstweilen und setze mich!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Grünen bzw. Hr. Apfelthaler hat voriges Jahr bei den Budget-Verhandlungen als einzigen Einsparungsvorschlag die Streichung der Säuglingspakete gebracht. Und heute "haut er sich auf die Schienen dafür". Also, ich verstehe das wirklich nicht!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich war sehr wohl dabei!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das ist dann der Unterschied, ob jemand geistig oder körperlich anwesend ist!

Gelächter

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um Ruhe! Nächster Debattenredner ist Hr. GR Vanek. Bitte sehr.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Ich dürfte einer der letzten Redner sein heute

Gelächter

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Das war dann eine Falschmeldung, die vorher herumgegangen ist.

Jeder von uns weiß, daß wir in Steyr in einer ziemlich prekären finanziellen Situation sind. Ich weiß nicht, ob jeder weiß, was sozusagen die Ursachen sind. Einerseits sind das einmal die "hauseigenen" Ursachen, die heute schon sehr "breitgetreten" wurden. Und es gibt aber auch externe Ursachen, die wir einfach zu schlucken haben. Das sind z. B. die ganzen steuerlichen Änderungen im Kommunalsteuerbereich; d. h., vor der Steuerreform haben wir mehr Geld aus diesem Topf bekommen. Heute oder, besser gesagt, vor einigen Jahren waren wir eines der größten Opfer im Kommunalsteuerbereich. Es sind dann auch noch die steigenden Landesumlagen, die uns schwer zu schaffen machen. Natürlich ist es auch der EU-Beitritt, der uns irgendwie vom finanziellen Spielraum her noch ein bißchen enger faßt. Vor allen Dingen ist auch das Land schuld, das uns immer mehr Aufgaben überantwortet, die wir dann aber von der finanziellen Seite her nicht abgegolten bekommen.

Wir spüren diesen enger werdenden Spielraum von Jahr zu Jahr, und es gibt dann - ganz logisch daraus - Forderungen, wie man diesem Budget-Dilemma entgegentritt. Ich sehe hier zwei versch. Konzepte, hinter denen die vier GR-Fraktionen stehen. Der erste Ansatz, wie man dieser Budget-Misere entgegentritt, ist meines Erachtens der, den die ÖVP und die FPÖ verfolgen: das sind eben radikale Personaleinsparungen, auf vielen Gebieten Privatisierungen und auch Ausgliederungen usw. Also alles, was wir heute von den Kollegen diskutiert bekommen. Und dann gibt es den zweiten Ansatz, den wir und auch die Sozialdemokraten verfolgen. Diesen würde ich nennen: den moderaten und auch teilweise innovativen Ansatz, der vor allem keine vorschnellen Reformen in der Verwaltung herbeiführen möchte, sondern Schritt für Schritt im Produktivitäts- und Effizienzbereich Verbesserungen versucht. Es geht hier auch um die soziale Ausgewogenheit bei den versch. Maßnahmen. Dieser Ansatz, den ich jetzt am Schluß vorgestellt habe, ist vor allem einer, der nach sozialer Ausgewogenheit trachtet. Und wir haben eben auch bei diesen beiden Ansätzen gesehen, wer dahintersteht. Ich glaube, dieser Ansatz, der vor allem von der FPÖ und ÖVP verfolgt wird, bringt kurzfristig im Budget Einsparungen, aber längerfristig sind schon einige Haken dabei - wie z. B. wenn man radikal kürzt, das habe ich bereits gesagt, gibt es Einsparungen, aber auf der anderen Seite gibt es dann wieder, längerfristig gesehen, Steigerungen, die sozusagen Auswirkungen dieser kurzfristigen Maßnahmen sind.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Was zum Beispiel?

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Man braucht z. B. nur im Sozialbereich schauen: Wenn man hier radikal kürzen würde, kommt es beispielsweise dann im Wohnungsbereich oder auch im Mietenbereich vor, daß man

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das ist ein SPÖ-Vorschlag gewesen - die Kürzungen im sozialen Bereich! Das war nicht unsere

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das stimmt aber bitte nicht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt nicht! Das war der Beamtenvorschlag, das ist ein Unterschied!

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Nein, also hier kenne ich das Konzept der ÖVP sicher sehr gut, daß es hier schon einige

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das ist aber sehr identisch!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist Deine Auffassung - das steht Dir ja zu!

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

..... daß es hier schon einige Kürzungsvorschläge gibt, die nicht sehr sozial ausgewogen sind. Das ist meine Interpretation, Sie können das anders sehen, oder Ihre Kollegen können das anders sehen!

Wir, also die Grünen, haben uns daher nach reiflicher Überlegung - es hat hier längere Diskus

sionen intern zwischen den Mitgliedern gegeben - dazu entschlossen, daß wir nicht den ÖVP- und FPÖ-Kurs wählen wollen, sondern eher diesen moderaten und auch teilweise innovativen Kurs verfolgen wollen, der von den Sozialdemokraten eingebracht wird.

Ich möchte hier einmal zu den innovativen Sachen folgendes sagen: Es sind die Forderungen erfüllt, wie z. B. daß die Unterstützung für Obdachlose drinnen ist; es ist auch der Posten des Integrierten Gesundheits- und Sozialsprengels drinnen - einmal ein erster Versuch, hier in diesem Bereich Innovationen zu setzen; es ist z. B. im Umweltbereich diese Deponiegasreinigungssache drinnen; und vor allem, das haben wir heute schon diskutiert, die Forderung nach dem Streetworker, der auch in diesem Vorschlag enthalten ist. Das sind alles

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wollen Sie sagen, daß ich Streetworker nicht fordere?

LAUTE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Sie fordern das schon, aber es gibt z. B. von der FPÖ Stimmen, daß dieser Punkt nicht unterstützt wird.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ja, die F - mit der "habe ich ohnehin nichts drauf"! Wir sitzen nur nebeneinander!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Bitte nur einen Zwischenruf, Hr. Stadtrat!

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Unsere Zustimmung möchte ich als Zeichen sehen, daß man in bestimmten Einrichtungen und auch bei bestimmten Leistungen einen innovativen Punkt hineinbringen will. D. h., daß man nicht einfach sagt, jetzt haben wir dies und jenes, und das lassen wir jetzt 50 Jahre so, sondern wir sind für eine Fortentwicklung des Sozialsystems. Es sollte aber finanziell nicht aus den Fugen geraten, sondern es sollte im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten bleiben. Ich glaube, daß es in diesem Budget möglich ist! Es gibt meiner Meinung nach einen "Haufen" anderer Forderungen, die wir haben, die auch die Sozialdemokraten drinnen haben, die wir aber hier in diesem Budget nicht umsetzen können, weil einfach der finanzielle Spielraum so gering ist. Und wir möchten auch nicht für die nächsten Jahre schon viel mehr Verbindlichkeiten anhäufen, die uns dann später den Handlungsspielraum einengen würden.

Zum Jugendkulturhaus. Es ist heute schon einmal angeschnitten worden, daß dieser Punkt nur eine Scheinbudgetierung sein sollte. Ich glaube, es ist ein erster Punkt. Meine Meinung von dieser Einrichtung ist, daß man nicht unbedingt ein fix und fertiges Haus hinstellen soll, wo man sagt, "kommt, hier habt Ihr es", sondern es sollen in diesem Haus Entwicklungs-Möglichkeiten vorhanden sein, wo man Schritt für Schritt weitere Ausbauten macht. Eine Million, denke ich, ist ein guter Ansatz, und es wird sicherlich, so glaube ich, nicht bei dieser einen Million Schilling bleiben!

Zum mittelfristigen Finanzkonzept. Wir sind auch der Meinung, daß es notwendig ist; aber hier gibt es wieder Differenzen zwischen den Fraktionen. Ich glaube, daß es notwendig ist, zuerst die wissenschaftliche Grundlagenarbeit abzuschließen, wo man ganz genau sehen kann, welche Projekte jetzt wo notwendig sind und wie hoch der Finanzierungsbedarf ist, anstatt daß man das umgekehrt macht und sagt, wir wollen das und das hinein, aber im Endeffekt ist das dann im Gesamtzusammenhang nicht sinnvoll. Deshalb bin ich dafür, zuerst das StEK so schnell wie möglich fertig zu machen und dann sofort ein mittelfristiges Finanzierungskonzept zu erstellen.

Abschließend möchte ich sagen, ich selbst bin nicht sehr glücklich über das Budget, aber die Alternativen, die es zu diesem Budget gibt, sind noch schlechter als dieses Budget. Und darum werde ich diesem Budget mit "Bauchweh" zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich unser Finanzreferent, Hr. Bürgermeister Leithenmayr, zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Wenn man die Debatte verfolgt, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß es eigentlich egal ist, wie man es macht - es ist auf alle Fälle falsch! Man kann als Finanzreferent ein Budget erstellen, indem man mit den polit. Referenten in Verhandlungen tritt und die Wünsche der Fraktionen oder der einzelnen Referenten versucht zu sammeln und dann eben daraus ein Budget zimmert. Es soll allerdings dann mehrheitsfähig sein! Das war die Methode, die in der Vergangenheit hier praktiziert und von den verschiedensten Fraktionen sehr stark kritisiert wurde.

Voriges Jahr ist das Budget im Ansatz noch so erstellt worden, die Entwicklung hat gezeigt, daß es nicht funktioniert hat, und dann sind wir in diese Klausur-Gespräche gegangen. Heuer haben wir dasselbe getan. Allerdings noch mit einer gew. qualitativen Steigerung, wie ich meine, indem wir einen Profi-Moderator dazugeschaltet haben, damit nicht der Eindruck entsteht, es wird von irgendwoher dominiert. Man gibt also auch noch die Möglichkeit der Vorsitzführung - als Bürgermeister oder Finanzreferent - aus der Hand und sitzt als "pares inter pares" in diesem Kreis. Das hat bei uns stattgefunden, meine Damen und Herren. Und wir haben das über, ich will gar nicht sagen wieviele Stunden, aber über Tage - 3 Tage war es moderiert und ein paar Tage sind wir so noch beisammen gesessen - praktiziert. Es hat sich so etwas wie ein gemeinsames Bewußtsein gebildet. Jedenfalls war das meine Einschätzung. Ein gemeinsames Bewußtsein, daß die Spielräume sehr eng sind und daß die Kriterien sein müssen: Sparen, ein ausgeglichener o. H. und keine Neuverschuldung. Außerdem sollten keine Rücklagen entnommen werden. Das waren also die drei Kriterien.

Nach diesen drei Tagen sind wir am Ende beisammen gesessen, und Hr. Lubbers hat jeden von uns gefragt, wie er denn zu dem steht, was dann auf dem Tisch lag. Und eigentlich waren wir uns einstimmig einig, daß ausgaben- und einnahmenseitig hier diese Zahlen, die auch heute bei diesem Budget vorgelegt werden, daß diese Zahlen so aussehen sollen. Hier war Einhelligkeit vorhanden!

Sogar eine Umfrage wurde gemacht, wie denn jeder zufrieden sei mit dem Ergebnis dieser Klausur. Hier waren alle mehr oder weniger zufrieden. Hr. Koll. Vanek hat gerade gesagt, mit Bauchweh, aber immerhin

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Er war aber nicht dabei!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sie waren dabei, und Ihr Signal war so, daß es nicht recht viel anders geht, "aber zufrieden sind Sie nicht", haben Sie gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, ich habe gesagt, ich war absolut nicht zufrieden damit. Es gibt zwar Eckdaten, von denen wir ausgegangen sind, und dort haben wir Einigkeit erzielt - aber nur über die Vorgangsweise! Und vor allen Dingen was mich bei diesem Budget betroffen gemacht hat

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sie können einen Zwischenruf machen, aber Sie sind nicht am Wort!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Weil Sie mich gefragt haben!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, ich habe Sie zitiert - falsch, wie ich sehe.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Und zwar zwischen der ersten und zweiten Budget-Klausursitzung, daß mir hier die Spange gefehlt hat!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es wird ja immer irgendetwas fehlen im Zusammenleben der Menschen, deshalb ist das ja so schwierig. Trotzdem müssen wir ein Budget zustande bringen. Ich erinnere mich schon daran, daß die Vertreter der ÖVP gesagt haben, sie müßten in die Fraktion gehen, und die Zufriedenheit des Koll. Schloßgangl sei eine persönliche; und das Budget stehe, so Holub wörtlich - das war auch eine persönliche Feststellung; und daß in der Fraktion entschieden werde. So ist das zum Ausdruck gekommen. Es waren ja genug Zeugen dabei, die sich wahrscheinlich mehr oder weniger daran erinnern können.

ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sag's ja nur! Für mich ist der Eindruck entstanden - jedenfalls als verantwortlicher Finanzreferent -, daß das Budget nicht recht viel anders aussehen kann und daß wir noch eine kleine Liste von Anliegen aus den Fraktionen zu einem nächsten Zeitpunkt, der in einigen Tagen darauf vereinbart war, diskutieren sollten. Ich war der Meinung, das kann nicht mehr sehr viel sein - ein marginaler Betrag in der Größenordnung von einigen wenigen Millionen. Ich zitiere wieder Koll. Holub, er war der Meinung, daß es eigentlich - Du hast mir ja gesagt, wenn ich will und wenn es mir wichtig ist, werde ich sehr wohl Zeit haben; obwohl ich an diesem Tag Schwierigkeiten gehabt habe, als Du Urlaub hattest, weil ich den Hrn. Landeshauptmann wegen der Bedarfszuweisungen (auch budgetwirksam usw.) im Haus hatte. Aber wir haben uns um 8 Uhr früh vereinbart, und dort hätten wir noch über einige Promille dieses Haushaltes reden wollen, um hier - ohne die Eckdaten zu verändern - einige Umschichtungen vorzunehmen. Das ist dann nicht mehr zustande gekommen, weil unsere "Blauen Freunde" nicht anwesend waren, und unsere "Schwarzen Freunde" erklärt haben, sie möchten noch einen Diskussions-Spielraum haben. Man wollte das Ganze zu einem noch späteren Zeitpunkt beraten oder vielleicht beschließen.

Ich muß zurückführen auf den Antrag der ÖVP, der gelautet hat, das Budget nicht mehr im vergangenen Jahr, wie es Tradition war, zu beschließen, sondern erst im neuen Jahr. Hier waren wir der Meinung, daß wir uns nicht schon wegen des Termins der Budget-Sitzung streiten sollten, weil es ohnehin noch genug inhaltliche Unterschiedlichkeiten gibt. Also haben wir uns dann diesem Vorschlag angeschlossen. Aber wie lange kann man denn einen Budget-Termin prolongieren bzw. hinausschieben, meine Damen und Herren? Für mich - dem das Budget nicht "wurscht" ist, Hr. Dr. Pfeil, wie ich das in der Zeitung gelesen habe, und nicht "wurscht" sein kann, weil es in Wirklichkeit die Grundlage für das Arbeiten in einem GR und in einer Stadt ist - war ein weiteres Hinausschieben nicht mehr denkbar! Weil nämlich - hier können wir uns aus allen möglichen Sichten unterhalten - sonst nur mehr Verwaltungstätigkeit, Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft übrig bleibt. Und nur zum Verwalten dessen, was schon da ist - das dürfte uns zuwenig sein! Gerade dann, wenn man dieser Debatte folgt, wo jeder noch eine Menge Ideen hätte über Projekte und Notwendigkeiten, die wir in diesem Budget gar nicht berücksichtigen konnten. D. h. also, wenn wir kein Investitionsbudget haben, dann brauchen wir uns nicht über die Nordspange, die Bahnhofs-Überbauung, das Jugendkulturhaus oder den Bereich Altersheim, oder wie immer diese Dinge heißen, unterhalten, weil es ohnehin nicht möglich wäre!

Herr Rektor Hengstschläger schreibt in seinem Kommentar zum Budget: **"Das Budget ist unerläßlich!"** Es ist unerläßlich, und es muß in Wirklichkeit beschlossen werden. Wenn das so ist, meine Damen und Herren - und einem Verfassungsspezialisten für diesen Bereich kann ich das wohl abnehmen, daß es so ist -, dann muß dieses Budget beschlossen werden. Wenn es kein Budget gibt, dann sind hier - ob es jemand hören will oder nicht - die Wählerinnen und Wähler zu fragen. Wenn die im GR vertretenen Mandatare kein Budget zustande bringen, dann sind die Wählerinnen und Wähler zu fragen und die Karten neu zu mischen. Etwas, das wir eigentlich nicht brauchen - eineinhalb Jahre vor Wahlen, die ohnehin an uns herankommen! Ich kann mir nicht vorstellen, daß es sinnvoll ist, hier vielleicht 2 Monate wahlzukämpfen und erst im Mai wieder eine funktionierende Stadregierung zu haben. Anstelle dessen sollten wir uns mit diesen Projekten, die uns alle so am Herzen liegen, beschäftigen. Sie sind zum Teil

STADTRAT

KARL HOLUB:

Du hast ja nicht einmal die Möglichkeit für eine Neuwahl, wenn wir nicht wollen - auch wenn Du willst!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das weiß ich schon! Aber

STADTRAT

KARL HOLUB:

Na also!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der Bürgermeister ist am Wort - ich bitte um Ruhe!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich weiß schon, daß dafür eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist! Aber wer könnte denn verantworten, daß diese Projekte ein ganzes Jahr nicht verfolgt und realisiert werden? Wer kann sich wirklich vorstellen, daß wir z. B. die instabilen Bereiche, wie Nordspange - noch instabil, bitte! -, nicht weiterverfolgen mit größtem Nachdruck? Oder die Bahnhofs-Überbauung nicht weiterverfolgen, keine Budgetansätze dafür haben? Oder wie sollten wir denn das FHS-Gebäude/VPTÖ-Gebäude errichten ohne ein Investitionsbudget? So liegen in Wahrheit die Dinge, meine Damen und Herren, und daran zweifeln Fachleute, Verfassungsspezialisten nicht! Daher ist die Entwicklung in einer Gemeinde, wenn kein Budget zustande kommt, eine dramatische! Das ist keine Frage, und Zwischenwahlen in irgendwelchen Gemeinden finden meistens aus diesem Titel statt - das ist keine steyr-spezifische Angelegenheit. Ich wollte das nur im Vorspann ein wenig abhandeln.

Hr. Dr. Pfeil, der erste Redner, hat auch diesen Problembereich angesprochen und dann einige Punkte im besonderen. Zum Beispiel die Frage Bezirksverwaltungs-Gebäude - Promenade 9 wäre in diesem Budget als Bedeckung für den ao. H. Ich darf Ihnen sagen, Hr. Doktor, ist nicht in diesem Budget, haben wir gemeinsam - das können Sie auch dem Protokoll entnehmen, das Sie in Händen haben

müssen - bei der Klausur noch herausgestrichen. Es ist also nicht drinnen. Auch andere Dinge sind nicht drinnen, wie Kinderspielplätze und Garagen-Grundstücke. Überhaupt in Richtung Verkauf, in Richtung GWG - gegenwärtig jedenfalls - bei diesen Positionen zur Bedeckung, von denen wir reden, sind die größten die Grundverkäufe, Grundstücke für den Wohnbau, die die Stadt gekauft hat: Resthof - eine offene Position; ebenfalls die Knoglergründe, hier sind auch noch andere Genossenschaften im Spiel, und es sind private Käufer für Grundstücke und Objekte im Gespräch. In bezug auf diese Promenade 9 gibt es einen privaten Interessenten an diesem Haus. Das ist schon auch Strukturpolitik, die wir gerade im Bereich der wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt realisieren bzw. dabei sind, zu realisieren; nämlich alle Betriebe, alle Unternehmungen der Stadt unter einem Dach zu versammeln im Kommunalzentrum. Wenn man das auch im Verwaltungsbereich durchführen möchte, dann wird es gut sein, wenn man Außenstellen, wo Verwaltungen sind, ins Rathaus hereinholt. Nun weiß ich schon, daß dies nicht von heute auf morgen geht, sondern daß es ein Prozeß ist, der auch auf die Organisation abzustimmen ist, denn die räumliche Nähe von verschiedenen Abteilungen spielt natürlich eine Rolle.

Aus diesem Grund, weil es ein längerer Prozeß ist, haben wir ja in der Volksbank am Stadtplatz - wo unser Freund Holub früher tätig war - einen Teil des Gebäudes angemietet, um Spielräume im Haus zu schaffen und diesen Umsiedlungs-Prozeß durchzuführen. Und zum Schluß soll auch die Bezirksverwaltungsbehörde in das Rathaus hereinkommen. Das ist auch Sparen - es geht zwar nicht von heute auf morgen, aber es ist wichtig, möglichst wenig Standorte zu haben. Die Konzentration der Unternehmungen im Kommunalzentrum auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Konzentration der Verwaltung hier im Rathaus. Das ist Teil dieses Programms. Man muß mit den privaten Interessenten natürlich erst über den Kaufschilling reden und über das Prozedere. Aber hier zeichnet sich eine, wie ich glaube, gute Lösung ab.

Umsetzung des Verkehrskonzeptes und diese eine Million Schilling, die Sie kritisiert haben. Ich möchte erinnern, daß Sie zunächst 5 Mill. S reklamiert haben, daß Sie sich dann mit 3 zufrieden gegeben haben, und daß in Wirklichkeit keine konkreten Projekte vorliegen für diese Umsetzung. Jedenfalls sind mir solche mit den zugehörigen Kosten nicht bekannt; es ist auch nirgendwo, wie mir bekannt ist, in einem Gremium darüber diskutiert worden; es gibt Ansätze und Vorschläge. Aber wenn wir schon von der Umsetzung des Verkehrskonzeptes reden, meine Damen und Herren, dann müssen wir diese Maßnahme natürlich auch global und umfassend betrachten: Dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß wir 8,5 Mill. S für die Bahnhofs-Überbauung - das ist ja wohl das Schlüsselprojekt für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes, wenn ich Stickler richtig zitiere - in diesem Budget drinnen haben; und daß wir 1,5 Mill. S für die Nordspange drinnen haben. Also sind das zunächst 10 Millionen - plus diese 1 Million, sind es 11 Mill. S für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes. Daher lasse ich das Argument nicht gelten, daß wir diesen Betrag einfach so ersatzlos zusammengestrichen hätten. Wir müssen die Dinge schon in Summe betrachten.

Übrigens, wir sind ja auch selber schuld - das wurde heute schon angesprochen vom Koll. Apfelthaler: Defizitbeschleunigung, glaube ich, hat er gesagt. Wir sind ja auch selber schuld, wenn wir Beschlüsse fassen und beispielsweise die Parkplatz-Bewirtschaftung, die sich gut eingespielt hat, teilweise wieder zurücknehmen. Und zwar gegen die Intentionen der Bevölkerung, die eigentlich einen autofreien Stadtplatz haben will, und zu unserem Schaden, denn die Kosten werden auf 1,5 Mill. S pro Jahr eingeschätzt. In einer Zeit, wo alle vom Sparen reden, muß man sich das auch überlegen und nicht vielleicht dem Schrei einiger Wirte gleich nachgeben. Dazu kommt noch - das ist noch schwerwiegender, und ich habe das schon öfter vor dieser Entscheidung gesagt -, daß natürlich dieses Zurücknehmen der Parkplatz-Bewirtschaftung (nicht nur auf dem Stadtplatz, wo es eigentlich von den Wirten gefordert wurde, sondern in ganz Steyr) dazu führt, daß das so wichtige Projekt, das wir nicht selbst finanzieren wollen, nämlich die citynahe Garage, extrem behindert und konterkariert wird. Und diese Errichter- bzw. Betreibergruppe hat das auch zum Ausdruck gebracht: Bei mir hat nämlich ein Gespräch stattgefunden - im Beisein des Hrn. Dr. Pfeil und des Hrn. Koll. Schloßgangl -, und die Herren haben klar gesagt, sie wollen eine rechtsgültige Festlegung der Stadt (das heißt soviel wie StS-Beschluß), daß diese jetzige Regelung wieder zurückgenommen wird, ansonsten werden sie nicht in der Lage sein, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Betrachtung, dieses citynahe Parkhaus zu

errichten.

Objekt Nagl. Ich glaube, hier spielt natürlich ein bißchen Ideologie mit - das bestreite ich ja auch gar nicht. Für mich ist jedoch sehr schwer nachvollziehbar, daß der Kulturreferent der Stadt Steyr plötzlich meint, wir sollen die Bücherei verkaufen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, weil ich glaube - Sie haben das ja auch gesagt -, daß die Stadt hier einen Kulturauftrag hat, eine solche Bücherei zu führen. Im ganzen deutschsprachigen Raum gibt es kein Beispiel, wo eine Stadt unserer Größenordnung nicht eine Volksbücherei führt. Ich meine, daß Sie recht haben, daß wir diese Bücherei gegenwärtig und in der Vergangenheit nicht optimal führen bzw. geführt haben. Erstens haben wir dort zu viel Personal, und das Personal ist auch nicht ausreichend qualifiziert. Es gibt dort eine Reihe von behinderten Menschen, die offensichtlich nicht effektiv genug eingesetzt sind. Daher ist mein Vorschlag, das Obergeschoß - also den Hotelbereich des Hauses Nagl - an einen privaten Interessenten zu veräußern, die Mittel, die wir daraus erlösen, zweckgebunden beim Haus zu lassen und in die Bücherei zu investieren, daß wir sie auf einen modernen Stand bringen. Ich bin nämlich auch nicht dafür, daß heute noch Bücher gewaschen werden, wie dies angeblich passiert. Das ist aber nicht das Problem des Bürgermeisters, sondern des Referenten. Da können Sie einiges an Ausarbeitungsmöglichkeiten realisieren, Hr. Koll. Dr. Pfeil. Wir können das durchaus modernisieren. Und ich glaube auch, daß der

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie glauben also, daß ich für das Waschen der Bücher zuständig bin?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube auch, daß der Personalstand dort von der Qualifikation und von der Anzahl her angepaßt werden muß.

Die Haupttreppe - wurde auch kurz einmal in den Mund genommen: Ein Gutachten, das nicht zutreffend war - das ist schon richtig, muß ich sagen. Aber es ist natürlich schon ganz einfach, so wie Sie das gemacht haben; nämlich dem Bürgermeister die Schuld zu geben, weil ein Ingenieurbüro ein verhältnismäßig teures Gutachten nicht ganz richtig gemacht hat. Also wenn für alles dann zum Schluß der Bürgermeister zuständig ist, dann ist es wahrscheinlich ein Job, den niemand zur Zufriedenheit machen kann! Wir haben

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Und wo ist in diesem "Spiel" unser Baudirektor?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben, bitte sehr, aufbauend auf diesem Gutachten, das dem Objekt einen guten Bauzustand bescheinigt hat, letzten Endes diese Entscheidung getroffen. Ich gebe zu, daß im Zuge der Planungen, die dann stattgefunden haben, und unter Einbindung der Abteilungen, die dort zusammengeführt werden sollen, neue Ideen gekommen sind. Und ich glaube auch, daß es richtig ist, daß wir - wenn wir diese Investition machen, die Jahrzehnte in die Zukunft wirkt - schon danach trachten sollten, einen zeitgemäßen und zukunftsorientierten Standard zu installieren. Das werden eben dann - Kaufpreis plus diese Adaptierungskosten - rd. 160 Mill. S sein.

Lieber Freund Eichhübl, hier komme ich kurz auf Dich zu sprechen, denn Du hast heute einmal so salopp fallen lassen: "... da streicht man einfach etwas bei irgendeinem anderen, nur nicht bei einem SP-Politiker". Wenn ich mir überlege, was die Stadt an Geld in die Hand nimmt, 160 Mill. S!, um dort dieses Kommunalzentrum zu errichten, und wenn dann 65 % für die Stadtwerke reserviert werden, dann sind das rd. 110 Mill. S, wenn ich das richtig mitrechne. Das ist ein "ordentlicher Brocken" Geld, den die Stadt in die Hand nimmt - wenn Du willst, zu Deiner höheren Ehre als F-StS-Mitglied. Und Du kannst Dir solche Sprüche wirklich überlegen! Ich glaube, daß man nicht nach politischer Ressortzuständigkeit Budgetpolitik machen kann, auch keine Politik für eine Stadt, sondern daß hier langfristige Perspektiven zu beachten sind. Meiner Meinung nach haben wir das auch getan!

Zum Personalbereich - wurde mehrfach angesprochen. Koll. Spöck hat sich auch wieder ausgearbeitet, habe ich gehört; es ist sein Spezialmetier. Ich kann nur eines dazu sagen, meine Damen und Herren des GR: Um 42 Köpfe haben wir im Jahr 1995 den Personalstand in unserem Haus reduziert - bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der vollen Leistungsbereitschaft! Wir wollen diese Entwicklung noch fortsetzen, soweit das nur irgendwo geht. Aber bitte, überlegen Sie - jede und jeder für sich -, was es heißt, wenn man 5 % abbaut und dieselbe Leistung verlangt! Und zum Teil noch mehr Leistungen verlangt, weil wir ja eigentlich gegenwärtig schon mehr anspruchsvolle Projekte transportieren in der Gemeinde, als es vielleicht in anderen Zeiträumen der Fall gewesen ist. Wir haben also dieses Sparziel von 23 Millionen erreicht, und daher können wir durchaus zufrieden sein mit diesem Teilergebnis, denn wir wollen ja - wie wir gesagt haben - mit einer neuerlichen Anspannung von 20 Millionen in diesem Bereich unsere Bemühungen fortsetzen.

Zur Kultur. In etwa 25 Mill. S - haben Sie selber gesagt - sind hier im o. H. für die Kultur veranschlagt. Ich habe es nicht genau nachgezählt, ich glaube sogar, daß es eher ein bißchen mehr ist. Aber gehen wir nur von diesen 25 Millionen aus - das sind 2,65 % unseres o. H. Frau Dr. Pasterk, die Kultur-Stadträtin von Wien, hat bei diesem Kulturgespräch, das Sie zitiert haben, erklärt, daß die Gemeinde Wien im Kulturbudget 1,5 % des o. H. zur Verfügung hat. Nun wird es wahrscheinlich schon so sein, daß dieser Betrag in absoluten Zahlen ein beträchtlich höherer ist bei der Budget-Größenordnung der Bundeshauptstadt. Das ist mir schon klar, und es mag auch sein, daß hier ein nicht so großer Teil wie bei uns gebunden ist durch Darlehensrückzahlungen aus '78, die Sie kritisiert haben. Aber uns allen, meine Damen und Herren, ist bewußt, daß die größeren Darlehen über Laufzeiten von 15 oder 20 Jahren aufgenommen wurden - und auch jetzt noch werden, weil sich das eben als günstig und im Einklang mit der Nutzungsdauer von Investitionen oftmals befindet. Dadurch kann es schon sein, daß Programme mit mehr zur Verfügung stehendem Geld in Wien spektakulär gefördert werden können. Das bestreite ich nicht. Das ist genau unser Problem, daß hier ein zu großer Teil unseres Kultur-Budgets noch gebunden ist - auch durch solche Darlehensrückzahlungen.

Wir setzen eigentlich gegenwärtig diese Politik fort. Ich möchte nämlich darauf hinweisen, daß wir zu diesen 25 Mill. S alleine für neue Projekte, die wir jetzt angegangen sind, beschlossen haben oder beschließen werden, weitere rund 4,3 Mill. S aufwenden werden. 1 Mill. Jugendkulturhaus, 950.000 S Projekte MAW, 1 Million Industrieforum, 2,3 Mill. Reithoffer - da habe ich sogar zuwenig gerechnet.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie verwechseln jetzt ao. H. und o. H.!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, ich habe jetzt vom ao. H. gesprochen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber Sie haben gesagt, das ist o. H.!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, o. H. 25 Millionen. Ich glaube, ich bin schon ungefähr "drauf" auf diesem "Ding"!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich will auch gar nicht haben, daß sich Industrieforum und MAW gegenseitig "auffressen" - wie Sie das gesagt haben; vielleicht haben Sie es nicht so salopp formuliert. Aber eine optimale Zusammenarbeit unserer bescheidenen Ressourcen - auch der personellen - in diesem Bereich wird wünschenswert sein aus der Sicht der Stadt. Wenn wir mit verhältnismäßig wenig Geld etwas Herzeigbares herstellen wollen bis zum Jahr 1998, dann werden wir alle unsere Kräfte zusammennehmen müssen, um das auch wirklich zu erreichen. Ich muß sagen, daß in dem Verein Industrieforum ein ausgeprägtes Interesse artikuliert wurde, daß hier die freien Mitarbeiter, Fachleute usw. des MAW an den Projekten des Industrieforums mitarbeiten. Sie können mir das glauben, denn einen Luxus erlaube ich mir immer: nicht zu lügen!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir auch beim Jugendkulturhaus wirklich aufgefordert sind, dieses Thema nicht in der politischen Diskussion sozusagen oder im politischen Hick-Hack versanden zu lassen. Wenn ich mir überlege, daß wir vor zwei Jahren noch nicht einmal ein Objekt gehabt haben, um es für diesen Zweck herzugeben bzw. zu adaptieren, und jetzt haben wir drei, mit Ihrem heutigen Vorschlag vier - ja bitte, dann sind wir doch eigentlich aus diesem Titel schon einen Schritt weiter! Wenn wir jetzt noch eine Million in diesem Budget drinnen haben, und wenn wir dann wirklich vernünftig die Situation betrachten und das, was möglich ist - ich will heute keine Spezialdiskussion führen -, auch mit den jungen Freunden besprechen, dann werden wir bestimmt eine Lösung finden.

Stadtmarketing-Konzept. Ich habe es eigentlich reklamiert - Du erinnerst Dich, Freund Schloßgangl -, aber leider hat es dann keine Priorität erhalten. Ich mache aber einen Vorschlag: Vielleicht überlegen wir uns wirklich diese Geschichte mit den freien Parkplätzen in der Mittagszeit. Da könnten wir locker gleich eine erste Etappe des Stadtmarketing-Konzeptes finanzieren.

Es ist natürlich von anderen auch vieles gesagt worden. Ich kann nicht alles so breit behandel

und möchte das auch nicht. Zu den Aussagen des Koll. Schloßgangl möchte ich nur feststellen, daß er sich ein bißchen schwer getan hat, als er uns näher gebracht hat, warum die ÖVP nicht zustimmt. Es ist eben hier so, daß viele Allgemeinplätze transportiert wurden für mich - zuwenig weitreichende Strukturmaßnahmen. Strukturmaßnahmen sieht Hr. Dr. Pfeil z. B. in der Privatisierung der Bücherei und der Gärtnerei. Die ÖVP hat das überhaupt noch nicht so genau definiert.

Kostenstellenrechnung und Controlling - hier rennst Du bei mir offene Türen ein. Ich bin dafür

STADTRAT

KARL HOLUB:

Eine Strukturmaßnahme!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ist auch eine.

Ich bin dafür, daß wir das machen. Wir wissen allerdings, daß qualifizierte Controlling-Leute nicht gerade billig sind. Sie werden sich dann allerdings, wenn sie gut sind, ihr Geld verdienen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Die sitzen dann als Vorzimmer-Dame in der Finanzabteilung, unsere Controlling-Stabsstellen-Leute!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

"Das Budget wurde notdürftig erarbeitet; das Stadtmarketing-Konzept fehlt; das Reithofferhaus-Konzept" usw. - das werden wir ja jetzt, hoffe ich, irgendwo gemeinsam beauftragen. Das ist natürlich auch in meinem Sinne, aber das kann ja einer alleine nicht tun. Es ist auch kein konkreter Vorschlag gekommen - das muß ich ehrlich sagen. Wir werden ja einen Auftrag vergeben müssen, und da wird der StS zu bemühen sein. Es war eigentlich nichts anderes als eine heftige, kontroversielle Diskussion.

Das mittelfristige Finanzkonzept hat bei vielen Rednern eine maßgebliche Rolle gespielt. Ich habe schon einmal kurz dazu Stellung genommen. Koll. Zagler, mein Vorgänger, hat versucht, hier einmal ein mittelfristiges Finanzkonzept darzustellen. Mit dem Ergebnis, daß es als ein "Wunschzettel" verunglimpft wurde. Was selbstverständlich ist, wenn man die Wünsche, die hier von allen Seiten herangetragen werden, dort hinaufschreibt. D. h., wir haben uns dem heftigen Streit nicht unterzogen um die Priorität auf diesem "Wunschzettel" des Koll. Zagler. Wir haben ihn also vorliegen. Natürlich haben wir in der Finanzabteilung auch weiter gearbeitet an diesem mittelfristigen Konzept. Hier hat sich vor allen Dingen gezeigt, daß eine der größten Schwierigkeiten für den Stadtentwicklungsplaner war, das Ganze auf seine 10-Jahres-Betrachtung, die er immer vor Augen hat, mit den Finanzierungsmöglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Wenn wir selber sehen, daß sich unsere ao. Haushalte in der Gegend von 120, 130, 140 Mill. S bewegen können, daß zum Teil in diesen Bereichen bereits determinierte Zahlungen, Schuldendienste etc. auch Platz haben müssen oder die Sanierung unserer Strukturen, die mehrmals zurecht angesprochen wurde, dann wird für die tatsächl. Umsetzung großer Projekte nicht sehr viel Geld bleiben. Jedenfalls kann es sich nur über den Zeithorizont hinausschieben. Und zwar aufgrund unserer tatsächl. Finanzkräfte, die sich in der Zukunft ergeben werden. Wir können uns bemühen, sie durch versch. Maßnahmen zu stärken - was wir ja auch versuchen, z. B. durch Wirtschaftsförderung, zu tun. Aber in Wahrheit ist ein mittelfristiges Finanzkonzept eigentlich nur: jene Beträge, die wir frei haben werden in den nächsten fünf Jahren in den ao. Haushalten, und was davon wir von einem zu beschließenden StEK umsetzen wollen. So sehe ich die Dinge, und ich glaube, daß dies ausreichend systematisch ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit wieder einmal aufhören, denn es gibt noch viele andere Redner.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun ist Frau GR Lohnecker am Wort.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich tue mir jetzt sehr schwer, jetzt

sind so viele Sachen gekommen, und im Zuge der fortgeschrittenen Zeit möchte ich das rel. kurz halten. Einige Punkte muß ich aber herausgreifen.

Zum Budget. Hr. Vanek, wenn Sie sagen, wir wollen nicht sparen oder beim Sozialen sparen, dann muß ich sagen, ist es ein grundlegender Irrtum Ihrerseits. Wir haben das nicht populistisch oder sonst etwas gemacht, sondern deswegen, weil wir wirklich grundlegend das Budget sanieren wollten, damit unsere Kinder, unsere Nachkommen später auch noch etwas haben.

Hr. Bürgermeister, eigentlich schaut Othmar nicht weiß Gott wie gebeugt aus oder so, daß er eine schwere Bürde oder Last trägt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, er ist ein harter Nehmer!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Er macht einen sehr guten Eindruck auf mich, also sicher keinen gebeugten! Ich glaube, daß die Stadträte der ÖVP ihre Kolleginnen und Kollegen der Fraktion informieren, das ist einfach nur fair. Ich würde mich schon sehr wundern, wenn Beschlüsse getätigt werden, und sie informieren uns dann gar nicht.

Zum Budget selber. Ich habe immer geglaubt, ein Budget ist eine sehr ernste Sache, wichtig und entscheidend. Heute denke ich schon ein bißchen anders. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Uns wurde vor einer Woche ein 438 Seiten langes Buch vorgelegt; ich nehme an, nicht nur ich, sondern Sie alle haben das Wochenende damit verbracht, die Tage, die freien Stunden, das aufzuschlüsseln. Ich stelle fest, daß sehr viele - das sage ich nur von mir - wichtige Dinge, wie z. B. das Frauenhaus und die Streetworker, fehlen, ärgere mich und sage: Wozu fassen wir überhaupt Beschlüsse, wenn dann nichts gemacht wird? Dann komme ich in die Budget-Sitzung, und dann wird - das ist etwas, das Sie mir noch erklären müssen, denn das verstehe ich nicht, ich verstehe auch nicht, wie man das verkaufen kann - das Budget von der eigenen Fraktion, von Deiner Fraktion, Hr. Bürgermeister, gar nicht ernst genommen und gesagt, "eigentlich wollen wir das gar nicht, denn wir stellen ja sofort einen Abänderungsantrag". Und Du unterschreibst das auch noch. Also, hier denke ich mir, daß man einfach sagt, das ist nur für die anderen, die sollen sich hier ein bißchen spielen usw. Es ist nicht ernst gemeint. Ich fühle mich wirklich verschaukelt. Das muß ich schon sagen, denn diese Sachen, das sind durchaus sehr positive Sachen, hinter denen man stehen kann. Aber die haben im ordentlichen Budget, das wir bekommen haben, einmal grundlegend gefehlt!

Zu den Subventionen - die habe ich mir ein bißchen genauer angesehen. Wissen Sie, hier geht es mir eigentlich auch so. Subventionen braucht man sich nicht durchschauen, denn es wird jahraus, jahrein wieder das weitergeschrieben, was sie 1994 oder 1993 bekommen haben - soweit ich das verfolgen kann! Es gibt zwar enorme Veränderungen in der Stadt Steyr, es sind neue Vereine entstanden,

vielleicht auch neue Wertschätzungen, das fällt alles weg, das ist überhaupt nicht tragisch. Der Verein, wenn er schon jahrelang subventioniert wird, wird auch weiter subventioniert. Die Höhe der Finanzierung ist eigentlich egal. Es wird nicht gefragt, was er macht; es wird nicht gefragt, ob er gut arbeitet; es wird nicht gefragt, ob es wichtig ist, ob wir das brauchen. Das ist an und für sich komplett gleichgültig.

Das nächste: die Mittelvergabe. Ich habe das wirklich schon sehr oft versucht, und ich halte mich nicht für dumm, aber - ganz ehrlich - ich begreife noch immer nicht und ich blicke noch nicht durch, wie die Kindergärten subventioniert werden. Denn ich verstehe auch im Jänner 1996 nicht, daß es Kindergärten gibt, die wir mit 100.000 subventionieren, und dann gibt es Kindergärten, die subventionieren wir mit 24.000. Für mich - und ich nehme auch an, für Sie alle - müßten doch alle Kinder gleich viel wert sein, daß ich sage, die Kinder sollten eine Chance auf den Kindergartenplatz haben.

Im Sozialausschuß wurden Beschlüsse gefaßt, wie eben Streetworker, der im Budget nicht vorhanden war. Ich kann mich erinnern, wir haben auch - besonders Fr. Vbgm. Mach - gebeten, daß alles getan werden sollte und von seiten der ÖVP jede Unterstützung gegeben ist, den Abgang des Pfarrkindergartens Münichholz zu decken. Ist nicht da! Hier drängt sich für mich schon die Sinnhaftigkeit mancher Beschlüsse auf. Und dann frage ich mich, ob es notwendig ist, daß ich so viel Zeit in Sitzungen verbringe, wenn nichts herauskommt.

Ich habe schon gesagt, das Frauenhaus wurde überhaupt auf null gestellt. Erst am 11. 11., in diesem neuen Budget, konnte man sich dazu aufraffen. Wenn ich jetzt sage, raten Sie, wie hoch die Subvention ist, brauchen Sie nicht raten, sie ist gleich hoch wie 1994 und 1995: also 700.000 Schilling.

Amnesty kommt einmal hinein, einmal heraus; jetzt ist es wieder drinnen. Da geht es um einen lächerlichen Betrag von 3000 S. Niemand fragt, wenn das Eltern-Kind-Zentrum mit 50.000 S subventioniert wird, ob sie damit auskommen. Wäre es nicht gescheiter, manche Vereine höher zu subventionieren und manche niedriger? Dafür haben wir wieder den SCHELM drinnen. Das ist mein Lieblingsverein, das werden Sie schon wissen. Er ist zwar etwas gekürzt worden, ich weiß aber noch immer nicht, was er tut. Meine früheren Kollegen von der Schule wissen es auch nicht, sie können es auch nicht sagen. Aber er wird Gott sei Dank noch gefördert. Wir leisten uns allerdings etwas, das sicher einzigartig ist: Wir unterstützen nämlich diesen Verein nicht, der seitens der EU für so förderungswürdig gehalten wird, daß er mit einer Million subventioniert wird. Es handelt sich um die Drehscheibe Kind; hier sagen wir, das brauchen wir nicht.

Etwas, das ich nicht gefunden habe, was mich jedoch sehr interessiert hätte: Voriges Jahr wurde - zumind. hat mir das der damalige Finanzreferent Zagler erklärt - ein familienprophylaktischer Versuch gestartet in den Kindergärten. Damals habe ich die Kosten nicht gefunden, ich finde sie heuer auch nicht. Mich würde interessieren, ob es diesen Versuch noch gibt oder nicht.

Ich möchte grundsätzlich zur ÖVP noch sagen, daß wir uns die Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Wir sind nicht einfach hergegangen und haben gesagt, wir stimmen dem nicht zu. Voriges Jahr haben wir mit Bauchweh zugestimmt; und auch Du, Hr. Bürgermeister, hast gesagt, wir werden - genauso, wie Du es jetzt gesagt hast - kooperativ zusammenarbeiten, offene Ohren haben, wenn wir Controlling o. ä. verlangen. Wir haben einige Briefe geschrieben, aber bis heute ist eigentlich nichts passiert! Irgendwann reicht es einem dann einmal, daß man sagt, ich lasse mich doch nicht dauernd "pflanzen" und dauernd verträsten. Zusammenarbeit kann nur sein, wenn mehrere Fraktionen zusammenarbeiten. Ich alleine kann überhaupt nicht zusammenarbeiten, ich kann nur arbeiten; aber Zusammenarbeit heißt immer ein Miteinander. Und das habe ich auch heuer wirklich sehr oft vermißt. Deshalb stimme auch ich - mit meinen Kollegen von der ÖVP - diesem Budget nicht zu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich möchte dazu nur sagen, daß es ein reiner Beamtenvoranschlag war, als das Frauenhaus nicht drinnen war, ansonsten hätte ich es hineinreklamiert. Das habe ich dann bei der Klausur sofort gemacht, und verschiedene andere Punkte auch, die in mein Ressort fallen.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Aber Beamte sind weisungsgebunden, ich nehme nicht an, daß es in Steyr anders ist. Sie müssen der politischen Weisung schon gehorchen! D. h., da könnte ich gleich

LAUTE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nein, das ist jetzt die falsche Annahme, das wurde rein von den Beamten ausgearbeitet.

Als nächster hat sich Hr. GR Oppl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Sehr geehrter Hr. Bgm., wertees Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Die Reihenfolge könnte ja an und für sich nicht besser sein, daß ich jetzt unmittelbar nach Fr. Kollegin Lohnecker zu Wort komme. Es liegt natürlich auf der Hand, daß ich mich mit dieser Presseaussendung seitens der ÖVP-Fraktion beschäftigte, nachdem ich mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kinderfreunde Steyr direkt angesprochen fühle.

Ich möchte daher die heutige Budget-Debatte zum Anlaß nehmen, einige Aussagen dieser für mich - und ich muß das wirklich ganz ehrlich sagen - unsachlichen und vor allem polemischen Vorgangsweise von Eurer Seite, von der ÖVP-Fraktion, bezüglich dieser Presseaussendung zum Budget-Entwurf 1996, näher zu betrachten. Vor allen Dingen möchte ich auf den Punkt Nr. 6) dieser Presseaussendung näher eingehen, wo eben behauptet wird, daß Subventionen weiterhin ungerecht und vor allem nach parteipolitischen Gesichtspunkten verteilt werden. In unsachlichster Weise muß hier der Teilzeitkindergarten der Kinderfreunde erhalten. Ich möchte nochmals die Behauptung, daß Subventionen nach politischer Zugehörigkeit vergeben werden, aufs entschiedenste und aufs schärfste als unrichtig zurückweisen!

Nicht einmal der in dieser ÖVP-Presseaussendung angegebene Betrag von 10.000 S ist richtig!

Offensichtlich wurde als Vorbild - das ist ja heute auch schon angeklungen - für die Titulierung "Panikbudget" von den Verfassern ihre eigene Vorgangsweise, die sie bei der Erstellung dieser Presseaussendung an den Tag gelegt haben, im Unterbewußtsein miteinbezogen!

Für mich stellt die Einbringung der Meinung politisch Andersdenkender einen wesentlichen Bestandteil in einer kontroversiellen Diskussion dar! Ich finde, daß Kritik zu verschiedenen Standpunkten demokratiepolitisch wichtig und auch richtig ist. Nur soll die Diskussion nach objektiven Sachkriterien durchgeführt werden, und nicht auf einem Niveau, das sehr tief ist, und in ihrer Verbalsuggestion sich einer gewissen Unkultur sehr stark annähert. Da ich mich dieser Suggestion - wobei ich davon überzeugt bin, und für mich es auch nicht vorstellbar ist, denn dafür kenne ich sehr viele Mitglieder seitens der ÖVP-Fraktion persönlich zu gut, um zu wissen, daß ihr Format jedenfalls nicht in Einklang zu den in dieser Presseaussendung getätigten Aussagen stehen kann - in keinsten Weise anschließen will, werde ich mit objektiven Gegenargumenten versuchen, die aus meiner Sicht unrichtigen Behauptungen Ihrerseits richtigzustellen. Wobei es mir wahrscheinlich nicht ganz gelingen wird, dort und da aufgrund der momentanen Situation rein sachbezogen zu argumentieren.

Nachdem heute schon sehr viel zitiert wurde, möchte auch ich mit einem Zitat beginnen; und zwar vom Koll. Holub, anläßlich der Diskussion über die Beschlußfassung einer Resolution des GR der Stadt Steyr an den Oö. Landtag in der GR-Sitzung vom 6. 7. 1995, hinsichtlich der Übernahme von 50 % der nicht gedeckten Kosten der Kindergärten, Tagesstätten und Horte. Wie gewohnt, nach sehr ausführlichen Erläuterungen Deinerseits, die unter dem Strich eine positive Stellungnahme zur vorliegenden Resolution darstellten, nahmst Du die Gelegenheit wahr, zu einer Dich betreffenden Kritik seitens des "Aktenwurmes Willi" - das ist, für alle, die ihn noch nicht kennen, eine nicht oder doch ernstgemeinte Glosse im Mitteilungsblatt der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - wie folgt wörtlich Stellung zu nehmen: "An meinen Freund Willi noch ein paar Worte. Sie wissen, wer Willi ist? Nicht? Willi, der Aktenwurm. Willi hat sich in einer Liebenswürdigkeit mit mir auseinandergesetzt, wie es überhaupt noch nicht der Fall war. Es ist mir in meinem Leben - und es werfe der den ersten Stein, dem das zusteht - noch nie der Vorwurf gemacht worden, in irgendeiner der Gruppen, in denen ich arbeite und mich engagiere, ein schwarzes Schaf zu sein. Das ist ein ganz lieber Gag. Aber, lieber Willi, wer immer Du bist, es gibt auch Menschen, die gekränkt werden können!" Dann zitiere ich weiter: "Das sage ich aber jetzt nicht nur für das Protokoll, sondern weil es mir wirklich weh tut. Ich bin kein schwarzes Schaf! Ein schwarzes Schaf ist etwas sehr Ehrenrühiges im allgemeinen Sprachgebrauch. Ich möchte bitteschön wirklich sagen, überlegt Euch, liebe Freunde von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, der Gemeindebediensteten doch wirklich die Wortwahl und was da vorkommen kann."

Diesem letzten Satz möchte ich mich vollkommen anschließen, nur mit der Einschränkung, daß ich statt den Worten "Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, der Gemeindebediensteten" schlicht und einfach sage: Liebe Freunde von der ÖVP-Fraktion, überlegt Euch in Zukunft Eure Wortwahl; speziell, was hinkünftige Presseaussendungen betrifft! Ich glaube nämlich, mit diesem Stil, der plötzlich aus Euren Reihen ertönt, ist - selbstredend - eine konstruktive Zusammenarbeit künftig sehr schwer vorstellbar!

Vorweg möchte ich aber betonen, daß ebenfalls in der Sitzung des GR vom 6. Juli vergangenen Jahres seitens der Sozialdemokratischen Fraktion durch meine Person eine Erklärung dahingehend abgegeben wurde, daß wir dem Caritas-Kindergarten Münchenholz sicherlich die größtmögliche Unterstützung geben werden. Ich kann mich noch sehr gut an das wohlwollende Nicken aus Euren Reihen nach dieser Erklärung erinnern. Ich habe auch in weiterer Folge für unsere Fraktion erklärt, daß es für uns egal ist, ob es sich - wenn es um finanzielle Unterstützungen geht - um einen Caritas-Kindergarten, einen Waldorf-Kindergarten oder sonst irgendeinen Kindergarten handelt. Es geht um Kinder und nicht um Parteipolitik!

Es ist nun unbestritten, daß im vorliegenden Budget-Entwurf für den Teilzeitkindergarten der Kinderfreunde, aber auch für den Waldorf-Kindergarten ein Ansatz von je 100.000 S als Zuschuß für

die anfallenden Personalkosten enthalten ist. Der Waldorf-Kindergarten kommt, interessanterweise, in Eurer Presseaussendung überhaupt nirgends vor. Und diesem Kindergarten kann man sicherlich kein Naheverhältnis zu einer politischen Bewegung nachsagen - was im übrigen im Bereich des Kindergartenwesens für mich überhaupt nicht von Relevanz ist und auch nicht sein darf. Für die Caritas-Kindergärten ist jedoch nur ein Betrag von je 24.000 S vorgesehen. Ich gebe zu, daß auf den ersten Blick der Eindruck entstehen kann, daß hier die Caritas finanziell benachteiligt wird.

Wie sieht nun die Realität aus? Ein Faktum ist - das hat heute unser Hr. Bürgermeister bereits ausführlich erläutert -, daß über die Eckdaten für den Budget-Entwurf - das hat auch Koll. Holub in seiner Wortmeldung bestätigt - grundsätzlich Einigkeit erzielt werden konnte. Und zwar in der letzten StS-Klausur am 16. 12. 1995. Bei dieser Klausur - ist ebenfalls heute schon mehrfach gesagt worden - wurde dann vereinbart, sich am 21. Dezember nochmals zusammensitzten, um diverse Fraktions-Änderungswünsche - ohne daß es zu einer Erhöhung des Gesamtbudgets kommt - durch Umschichtungen innerhalb der diversen Ansätze einzuarbeiten, um zu einem endgültigen Budget-Entwurf, der zumind. von drei Fraktionen die Zustimmung erhalten kann, zu kommen. Ich glaube, ich brauche die weitere Entwicklung, die weitere Vorgangsweise nicht schildern, dies würde einer Wiederholung der Ausführungen unseres Hrn. Bgm. gleichkommen.

Auch wenn Ihr das jetzt nicht glaubt, aber für uns war von Anfang an klar, daß es selbstverständlich Eurer Fraktion vorbehalten sein sollte, bei dieser letzten Besprechung speziell für die Caritas diese Erhöhungen, die jetzt in diesem Änderungsantrag enthalten sind, bzw. diesen Antrag für die Caritas einbringen zu können.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Bei uns sind alle Kinder gleich!

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Ja, aber es ist eben der Antrag vorgelegen, und er war im Grundbudget noch nicht enthalten, und somit wäre hier die Möglichkeit gegeben gewesen.

Da bekanntlich bei dieser Besprechung keine Vorschläge gemacht wurden, sondern noch einmal eine Verlängerung der Besprechungszeit um einen Monat von Euch verlangt wurde, bleibt es nun der GAL- und der SPÖ-Fraktion vorbehalten, in Form dieses Abänderungsantrages für den Kindergarten Münchenholz ebenfalls denselben Betrag wie für den Kinderfreunde- und für den Waldorf-Kindergarten zu beantragen. Zusätzlich ist in diesem Abänderungsantrag noch eine Investitionssumme von 1 Mill. S für die Sanierung enthalten. Das ist ja auch nicht "von schwachen Eltern"!

Ich wäre jetzt beinahe versucht, zu sagen, daß ich auf Euer Abstimmungsverhalten neugierig bin, wie Ihr die Quadratur des Kreises zusammenbringt! Einerseits gegen den Antrag zu stimmen, der ja an und für sich ein Herzensanliegen von Euch ist, andererseits dafür zu stimmen, um ihn dann bei der Ablehnung des Budgets sofort wieder zurückzunehmen. Ich glaube, daß hier ein gewisser, um nicht zu sagen gewaltiger, Erklärungsbedarf vorhanden sein wird!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Um die ganze Angelegenheit bezüglich der immer wieder behaupteten Bevorzugung der Kinderfreunde sowie der Benachteiligung der Caritas durch die Stadt Steyr zu relativieren, möchte ich - nachdem ich meine statistische Ader nicht ganz vollständig unterdrücken kann - Ihnen abschließend einen Vergleich zwischen der Förderungspraxis der Stadt Steyr und dem Land Oberösterreich, was die Förderung der Kindergärten betrifft, darlegen. Wobei die gesetzlichen Personalkostenzuschüsse, über die es übrigens wert wäre, eine eigene Debatte abzuführen, hier nicht enthalten sind. Ich möchte vorausschicken, daß man sich bei Vergleichen nicht einzelne Steinchen herauspicken kann, sondern immer schon das Gesamte sehen muß.

Die Kinderfreunde haben seitens der Stadt Steyr ausschließlich als Personalkostenzuschuß in den letzten drei Jahren, so wie der Waldorf-Kindergarten ebenfalls, jährlich eine Subvention von 100.000 S erhalten. Sie können sich sicher erinnern, daß bis vor drei Jahren die Subventionen des Kinderfreunde-Kindergartens - zu diesem Zeitpunkt hat es den Waldorf-Kindergarten noch nicht gegeben - ebenfalls 24.000 S betragen haben. Es ist dann diese Reform eingetreten, daß alle Bediensteten von c- auf b-wertig umgestuft werden mußten. Da waren eben der Kinderfreunde- und der Waldorf-Kindergarten die einzigen, die an die Stadt herangetreten sind mit einer Kalkulation, wo nachgewiesen wurde, daß aufgrund dieser Personalkosten ein erhöhter Unterstützungsbedarf vorhanden ist. Das ist der Grund, weshalb seit diesen drei Jahren der Kinderfreunde- und der Waldorf-Kindergarten eine höhere Subvention bekommen. Die Caritas-Kindergärten haben explizit für diesen Grund nicht extra angesucht. Ich glaube, daraus kann man den Kinderfreunden, aber auch den Vertretern des Waldorf-Kindergartens keinen Vorwurf machen!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Hör doch auf! Du tust "G'schichtl druckn"!

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Ich tu´ nicht "G'schichtl druckn". Laßt mich ausreden!

Die Caritas wurde jeweils - wie gesagt - mit 24.000 S subventioniert. Jetzt komme ich noch einmal auf das zurück, was ich zuerst gesagt habe: Man kann sich nicht die einzelnen Steinchen herauspicken. Zusätzlich erhielt die Caritas für Sanierungsarbeiten - in diesem Zusammenhang möchte ich den Kindergarten Wieserfeldplatz erwähnen - seitens der Stadt Steyr in den letzten drei Jahren eine nicht zurückzahlbare Unterstützung von 3 Mill. S. Ich habe zuerst schon gesagt, heuer ist wieder eine Million S im Budget für einen Caritas-Kindergarten für Sanierungsarbeiten vorgesehen.

Das macht dann nach Adam Riese in den letzten drei Jahren - wenn man das einfach zusammenzählt - für die Kinderfreunde eine finanzielle Unterstützung von 300.000 S, für die Caritas eine finanzielle Unterstützung - wenn man diese 3 Mill. S an Sanierungskosten und die ganzen anderen Subventionen für die Kindergärten zusammenzählt - von 3,216 Mill. Soviel zu der von Euch immer wieder behaupteten "Abspeisung" der Caritas und Vergabe der Subventionen nach polit. Zugehörigkeit durch die Stadt Steyr. Ich frage mich wirklich, warum diese Fakten bewußt verschwiegen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß jeder, der das so behauptet, sich an die eigenen Beschlüsse nicht mehr erinnern kann!

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Schreiben des Hrn. Landeshauptmannes - ich habe es hier -, welches aufgrund einer schriftlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten Fr. Monika Schuster und Fr. Gertrude Schreiberhuber, betreffend die Deckung des Betriebsabganges der Kindergärten durch das Land Oberösterreich, am 31. 7. 1995 dem Club der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zugegangen ist. Diesem Schreiben ist eine penible Aufstellung beigefügt, aus der folgendes hervorgeht. Damit nicht zu viele Zahlen durch den Raum schwirren, fasse ich die letzten zwei Jahre zusammen, wobei ich die detaillierten Unterlagen bei mir habe und jederzeit in der Lage bin, über jährliche Subventionen Auskunft zu geben.

Diese Aufstellung ist in zwei Rubriken unterteilt, einmal in **allgemeine Subventionen in den Jahren 1993 und 1994 für den laufenden Betrieb**, also für Verwaltung und Personalkosten. Hier kann man u. a. lesen: für die Caritas der Diözese Linz, also folglich für ganz OÖ: 4,142.000 S; zusätzlich 93 Positionen unter der Bezeichnung Pfarrcaritas oder r.-k. Pfarramt: 5,241.184 S. Ergibt zusammen für den lfd. Betrieb (also Verwaltung und Personalkosten) für die Führung der Kindergärten der Caritas in OÖ einen Zuschuß durch das zuständige ÖVP-Landesregierungs-Mitglied von insges. 9,383.184 S! Eine Position "Kinderfreunde" konnte ich in dieser Anfragenbeantwortung des Hrn. LH leider nicht finden!

Eine zweite Rubrik gibt es: **Investitionsbeiträge in den Jahren 1993 und 1994**, also Subventionen für Sanierungen. Hier kann man wieder lesen: Diözese Linz, wieder für ganz OÖ: 1,690.000 S; zusätzlich 122 Positionen unter der Bezeichnung Pfarrcaritas oder r.-k. Pfarramt: 40,743.880 S. Ergibt zusammen für die Caritas oö-weit einen Betrag von 42,433.880 S. Dem stehen im Bereich der Investitionsbeiträge gigantische 50.000 S gegenüber, die die Kinderfreunde oö-weit vom zuständigen ÖVP-Referenten erhalten haben. Es ist schon klar, daß die Caritas einen wesentlich größeren Anteil hat an Kindergärten und wesentlich mehr Kindergärten führt. Aber ich glaube, es steht in keiner Relation zu diesen genannten Beträgen. Zieht man nämlich sämtl. Beträge zusammen, so hat die Caritas für die Führung ihrer Kindergärten in den letzten zwei Jahren vom Land OÖ neben den gesetzlich vorgesehenen Personalkostenzuschüssen - die kommen ja hier noch dazu - zusätzlich insges. 51,817.067 S erhalten. Dem stehen - wie gesagt - sage und schreibe 50.000 S gegenüber, die die Kinderfreunde vom Land OÖ erhalten haben.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Wieviele Kindergärten haben die Kinderfreunde?

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Ich habe ja gesagt, die Caritas hat wesentl. mehr

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das war eine konkrete Frage!

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Als Statistiker müssen Sie das wissen!

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Die Kinderfreunde haben in OÖ rd. 20 Kindergärten!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um Ruhe!

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Lassen Sie mich ausreden, und stellen Sie das in Relation. Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an das Verhältnis in der Stadt Steyr bitte, das muß man schon ganz offen sehen: 300.000 S für die Kinderfreunde Steyr, 3,216.000 S nur für die Caritas in Steyr!

Dies, meine Damen und Herren des GR, sind die wahren Fakten. Ich würde mir wünschen

STADTRAT

KARL HOLUB:

Nein, das ist die Statistik!

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Sie werden doch nicht die Statistik Ihres Hrn. LH in Frage stellen, Hr. Kollege?

Das sind also die Fakten, und ich würde mir wünschen, daß auch beim Land nicht nur eine Institution, sondern auch andere Institutionen - und hier meine ich nicht ausschließlich die Kinderfreunde - ebenfalls in einer vernünftigen Relation zu ihren Einrichtungen bei der

Zuteilung von finanziellen Mitteln berücksichtigt werden! Das wäre meines Erachtens eine seriöse Politik - auf alle Fälle seriöser, als sie von Ihnen hier zur Zeit betrieben wird.

Eines muß uns nämlich klar sein - es geht hier auch um die politische Landschaft, um das politische Klima in diesem GR! Um wieder auf die Aussagen dieser Presseaussendung zurückzukommen: Was hier mit dieser Presseaussendung bezweckt wurde, ist meines Erachtens eindeutig eine Klimaverschlechterung; und es werden hier gleichsam Lawinen losgetreten - diese haben aber nun einmal nicht die Eigenschaft, auf halbem Wege stehenzubleiben und Vernunft anzunehmen! Es geht also auch grundsätzlich um die politische Moral - soll diese noch weiter ins Hinterfeld sittlichen Bewußtseins gedrängt werden? Fragezeichen - Ende! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich würde vorschlagen, jetzt eine Pause einzulegen, denn es sind noch einige Redner vorgemerkt. Es müßte auch wieder einmal gelüftet werden; und außerdem fehlen von der F auch schon die meisten. Die Sitzung ist für 15 Minuten unterbrochen.

PAUSE VON 21.02 BIS 21.20 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren des GR! Wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Als nächster hat sich Hr. GR Dr. Schwager zu Wort gemeldet - bitte sehr.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Es wäre nicht sehr fair, wenn ich jetzt - wo ich schon hier an diesem Pult stehe - einen Antrag auf Schluß der Debatte stellen würde. Das soll jemand anderer machen. Mir fällt aus gegebenem Anlaß ein, daß uns im Rahmen des heutigen Theater-Abonnements eine Vorstellung entgeht, die ausgerechnet "Bruderzwist im Hause Habsburg" von Grillparzer beinhaltet. Wenn ich mir jetzt so manche Wortmeldungen, insbes. - und das ist ja für uns etwas neu, und daher gehe ich auch vom Bruderzwist aus - zwischen SPÖ- und ÖVP-Fraktion, anhöre, so kenne ich die Tonfälle sehr wohl, aber aus anderen Konstellationen. Wollen wir uns aus diesem Theaterstück vielleicht den einen Satz, den Hornung spricht, vorrangig merken. Es ist ganz klar, daß wir in der Sache diskutieren können, aber bleiben wir dabei: der Österreicher hat ein Vaterland und hat auch Grund, es zu lieben. Wenn wir unter diesem Motto unsere Beiträge vielleicht etwas sachreduzieren, dann glaube ich, daß wir einander nicht unbedingt - so wie ich es auch in einem Ausschuß gesagt habe - persönlich in die Haare geraten. Noch einmal: Das ändert aber nichts daran, daß man eine Sachdiskussion zu dem Thema Budget durchführt - und auf das darf ich jetzt wieder zurückkommen. Wenngleich auch - wie gesagt, in Budget-Debatten darf ja über so viel gesprochen werden - manche Beiträge schon sehr weit von diesem Thema weg waren.

Ich gebe dem Hrn. Bgm. insoferne recht, als er natürlich sagt, wie immer man es macht ist es falsch. Allen kann man es einfach nicht recht tun! Nur, was wir von einem Budget erwarten, ist auch eine gewisse Budget-Wahrheit; und wo sie mir hier fehlt, werde ich dann noch sagen. Wir haben 1995 bei uns in der Fraktion die Abstimmung freigegeben; die Mehrheit von uns hat das Budget mitgetragen. Und zwar einfach aus der Überlegung, daß man sich damals - wie bis dahin noch nie - Mühe gemacht hat, ein gemeinsames Werk zu erstellen und sehr, sehr viel Freizeit geopfert hat; und auch das ursprüngliche Budget hat an sich so ausgesehen, als würde es allen Vorstellungen entsprechen. Enttäuscht wurden wir einerseits bei der Durchführung des Budgets und andererseits dann, als wir das Nachtragsbudget sehen mußten. Ich bin gespannt, wie dann erst der Rechnungsabschluß aussehen wird!

Budget-Wahrheit läßt manche Position in dem vorliegenden Papier - Papieren, muß ich jetzt schon sagen, weil wir den Abänderungsantrag haben - etwas zu vermissen übrig. Ich kann mir das nicht so recht als Ausdruck der Budget-Wahrheit vorstellen, wenn einerseits nicht gerade kleine Positionen mit Überschriften versehen werden, wie Darlehen von unbekanntem Darlehensgebern, auf der anderen Seite dann im Zusatzantrag man sich ein Zinsensparnis erwartet - d. h., man hat überhaupt noch nicht konkret mit irgendjemandem verhandelt, denn sonst könnte ich mir diese Position im Zusatzantrag nicht vorstellen, daß man sich hier auf einmal 3 Mill. und noch ein paar "Zerquetschte" aus diesem Titel ersparen kann. Es ist leider eine Art Problem-Dissimulation im Hause, als man auf der einen Seite versucht, doch immer wieder an den alten Budgets anzuknüpfen, wobei ich nicht verkenne, daß es in wesentl. Positionen ja sowieso gar keine andere Möglichkeit gibt; daß man aber auf der anderen Seite dort, wo Ansätze vorhanden sind, einmal überhaupt eine neue Gruppierung vorzunehmen, daß man das einfach übergeht.

Es zeigt sich - der Rechnungshofbericht, den wir jetzt nur einmal aus einer Schlußbesprechung informativ kennen, sagt das ja auch -, daß wir hier im Hause sehr, sehr gute Beamte haben - es wird insbes. die Bauleitung oben im Kommunalzentrum sehr gelobt; aus meiner Sicht, wie ich das als "nur Gemeinderat" sehe, sehr zu Recht. Und auf der anderen Seite haben wir natürlich auch viele Beamte, die praktisch ausdienen oder eben dienen - um des Dienens willen, aber nicht so sehr, um Problemen, die sich stellen, an den Leib zu rücken.

Daß es so, wie man es sich 1995 vorgestellt hat, nicht geht, haben wir erkannt an dem jetzt schon bekannten Nachtragsvoranschlag. Und daher müssen wir bitte jetzt von einer etwas anderen

Mentalität ausgehen. Es scheint mir so ähnlich, als wollte ich die heuer Gott sei Dank nicht so stark aufgetretene Minimiermotte in der Form vertreiben, daß ich nicht das Laub und die Bäume saniere, sondern daß ich einfach an dem Baum solange säge, bis er endlich umfällt. Hier müssen wir aufpassen, daß wir nicht in eine Verschuldung hineingeraten, die sich die Stadt einfach nicht mehr leisten kann.

In der Personalpolitik ist manches nicht gerade zum besten gestellt. Es ist kein persönl. Vorwurf - das muß ich jetzt vorweg sagen -, weil ich im Personalbeirat nicht tätig bin; daher kann ich auch jetzt über die Arbeit des Betroffenen hier gar nichts sagen. Aber ich erinnere an die GR-Sitzung vom 12. Oktober 1995 und den damaligen Tagesordnungspunkt 6), als es darum ging, daß ein Dienstgeber-Vertreter in den Personalbeirat gewählt wurde. Und das war ausgerechnet - und hier ist die Optik nicht gut - ein an sich in seiner bisherigen Tätigkeit sehr, sehr qualifizierter und tüchtiger Arbeitnehmer-Vertreter. Das soll er sein, aber ich glaube nicht, daß das wirklich die ideale Besetzung ist. Zumindest ist die Optik schief, und ich war der einzige, der damals die Hand dazu nicht zustimmend gehoben hat. Noch einmal: nicht aus persönlichem Vorwurf, sondern aus Gründen der Optik.

Das geänderte VP-Verhalten, das hat sich ja insbes. auch zw. 12. 10. und heute ganz gewaltig gedreht - hätte ich beinahe gesagt. Ich sehe es an sich aus meiner Sicht positiv, daß man hier eben auch nicht nur Probleme verdrängt. Es war ja so, daß die ÖVP schließlich - nicht nur im vergangenen Jahr - Budgets zugestimmt hat, die sehr, sehr problematisch waren. Wie gesagt, im vergangenen Jahr haben wir auch geglaubt, daß sozusagen die Wende in der Budget-Politik gekommen wäre. Aber wenn wir an das vorvergangene Jahr denken, das war meines Erachtens ein Budget, das wir nicht hätten mittragen können.

Wenn wir den Abänderungsantrag, der hier vorgebracht wurde, im einzelnen durchschauen: Sie kennen unsere Standpunkte, ich will sie nicht sehr weit wiederholen oder vielleicht noch weiter und breiter ausführen, als es ohnehin schon geschehen ist. Eine Kulturbudget-Kürzung an sich ist meiner Meinung nach für Steyr eine - ich zitiere jetzt Karl Holub - Schande. Nämlich insofern, als sowohl unsere Infrastruktur die Förderung des Verkehrskonzeptes braucht; und das Verkehrskonzept muß - ebenso wie das Kulturbudget - deswegen gestärkt sein, weil wir ja bitte die FHS ins Land bekommen. Und wir können nicht die FHS als Einzelerscheinung betrachten, sondern müssen auch Randprobleme, die mit einer - nennen wir es - Hochschulstadt, mit der Entwicklung zur Hochschulstadt auf uns zukommen, angehen und in der Situation eben auch großzügig lösen; als wir uns ja auch aus dieser Entwicklung zur Hochschulstadt sehr viel erwarten - auch wirtschaftlicher Art. Ich glaube, daß wir es nicht vertreten können - und ich werde daher auch in diesem Sinne abstimmen -, daß diese Punkte hier drinnen sind.

Mit den Streetworkern habe ich so mein Problem. Ich meine, es gibt Städte, wo Streetworker sicherlich notwendig sind. Mir ist bisher lediglich bekannt geworden, daß Vorfälle auftraten während des Stadtfestes, also offenbar Fremde, und bei versch. Veranstaltungen im Zuge des Wahlkampfes. Erscheinungen wie diese - das ist jetzt kein "Taferl", sondern das ist nur eine Fotokopie eines Fotos, das ich selber gemacht habe -, wo nämlich junge Leute rund um den Stadtplatz sitzen (sollen sie, sie sollen ihren Treffpunkt haben; es wäre schade, wenn sie ihn nicht hätten) und dort ihre Dosen, Flaschen usw. ablegen. Das ist nicht gut, denn die jungen Leute gehen, wenn so die Dunkelheit einbricht. Was bleibt, sind die Flaschen; und was bleibt, ist, daß Straßenarbeiter dann gefordert sind, das aufzuarbeiten. Ob wir das mit Streetworkern in den Griff bekommen, weiß ich nicht. Ich glaube, daß der Fehler woanders sitzt.

Es ist ja bei jedem Budget so, daß wir als Gesamtheit abzustimmen haben und nicht nach Kapiteln. Ich finde es natürlich sehr positiv, daß der Tourismusverband mehr bekommen soll. Das wäre ja an sich etwas, das uns mittelbar auch nur wieder etwas bringen kann.

Meine Damen und Herren, ich darf zusammenfassend nochmals sagen: Wir können diesem Budget in seiner Urfassung nicht zustimmen und erst recht auch nicht mit dem Abänderungsantrag etwas

anfangen. Für mich, der ich nicht sehr bibelfest bin - muß ich sagen -, aber wahrscheinlich mehr als ein recht Gläubiger, drängt sich irgendwo der Schluß auf, daß aus 30 Silberlingen 3 Millionen im o. H. geworden sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Bremm hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde es kurz machen, aber nachdem angeführt wurde - ich werde auch zurückhaltend sein -, daß meine Darstellung inhaltlich nicht richtig gewesen wäre, was den Schulversuch "Sonderschule Tabor" anlangt, möchte ich das schon in ein paar Sätzen hier noch einmal erwähnen. Es ist von der Schulgemeinschaft ein Schreiben verfaßt worden, in dem darauf hingewiesen und ersucht wurde, daß eine zusätzl. Integrationsklasse in dieser Schule geführt werden möchte, und daß der BSI auch versprochen hat, eine kontinuierliche Fortführung dieser Schulform zu betreiben. Aus diesem Grund wurde der erwähnte Brief von Fr. Vbgm. Mach an das Land OÖ, an die Abteilung Jugend, Bildung und Sport, gerichtet. Im Antwortschreiben - das ist jetzt nicht "dem Bremm" seine Version, sondern die des Hrn. Mag. Günter Brandstätter von dieser Abteilung - ist folgendes zu lesen - ich nehme nur ein paar Sätze heraus: "Wie daraus ersichtlich ist, resultiert der Anstieg der Schülerzahlen aus dem Schulversuch Integration von nichtbehinderten Kindern in der Sonderschule I Steyr." Es werden dann noch weiters ein paar Nebengebiete angeführt: "Daneben unterliegen Schulversuche einem gesetzlich vorgegebenen Zeitraum, wodurch es auch danach nicht Aufgabe der ordentl. Schulerhaltung sein kann, für nur von vornherein zeitlich beschränkte Erprobungen neue Schulformen, zusätzliche Schulräume bereitstellen zu müssen." Im letzten Satz heißt es: "Wir beabsichtigen daher, das schulbehördliche Verfahren zur Festsetzung eines ergänzenden Raumerfordernisses im Sinne der §§ ..., Pflichtschulorganisationsgesetzes 1992, nicht weiter fortzusetzen."

Ich habe dies deswegen auch hier in der Budget-Debatte erwähnt, weil es sehr wohl ein Anliegen der Sonderschule Tabor war. Und wenn wir die Absicht hätten, das dort weiterzuführen, dann hätten wir auch im Budget 96 finanzielle Mittel bereitstellen müssen. Den BSI habe ich ja in meinen ersten Ausführungen bereits zitiert, was seine Position dazu war. Das wollte ich nur kurz zu diesem Bereich sagen.

Ich wollte aber auch noch zum Koll. Fürweger etwas sagen, weil er Grieskirchen angesprochen hat - die Privatisierung der Straßen- bzw. Schneeräumung etc.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Kein Mensch hat von Privatisierung gesprochen, eingespart haben sie!

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Es wurden Gespräche geführt. Wir haben hier ebenfalls Erfahrungswerte, weil wir uns ja auch für so manche Tätigkeiten des Maschinenringes bedienen. Und wir stellen dort schon fest, daß wir von den Kosten her keine gravierenden Abweichungen haben und somit auch dort konkurrenzfähig sind. Das wollte ich nur erläuternd dazu gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Fr. Kollegin GR Radmoser ist die nächste. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN

EDITH RADMOSER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Gestatten Sie mir, daß ich wieder einmal zum APT Stellung nehme. Daß wir diese Einrichtung dringend brauchen, im Gegenteil, der Bedarf um ein Vielfaches höher ist und wir 60 bis 70 dringende Fälle auf der Warteliste haben, ist eine Tatsache, der wir ins Auge schauen müssen. Daß ein Altenheim - oder wie bei uns, da es fast ausschließlich ein Pflegeheim ist - einen enormen Kostenzuschuß seitens der Stadt erfordert, muß jedem klar sein.

Es wurde der Vorwurf erhoben, im Magistrat sei in den letzten Jahren bei den Personalkosten eine Steigerung von 55 % eingetreten. Ganz unbeteiligt ist auch das APT nicht an dieser Kostensteigerung. Dazu ein paar Vergleichszahlen: September 1989: 147 Personen; Mai 1990: 160; Mai 1991: 168; Feb. 1992: 177; Feb. 1993: 195; Feb. 1994: 204; Feb. 1995: 206. Und schließlich Dezember 1995: 196 Personen, wobei allerdings jeweils in diesen genannten Zahlen auch jene Personen beinhaltet sind, die sich in Karenz befinden; der tatsächliche Personalstand per Dezember 1995 betrug 177 Personen.

In den letzten Jahren wurden sehr große Investitionen in die bessere Ausstattung getätigt - einerseits, um es den zu Pflegenden so angenehm wie möglich zu machen, aber auch, um eine Arbeitserleichterung für das Pflegepersonal zu erreichen. Ich denke hier z. B. an die elektrischen Pflegebetten oder an die neuen Hubbadewannen. Als Nebeneffekt hat man gehofft, daß dadurch die Belastung für das Pflegepersonal abnehmen würde und sich die Krankenstände reduzieren könnten. Wie Sie aus den Zahlen entnehmen können, hat sich der Personalstand von September 1989 bis Dezember 1995 um 49 Personen erhöht. Aber man muß dazu auch sagen, warum! Ein Drittel der Heimabteilung wurde de facto zur Pflegeabteilung, weil einfach die Nachfrage und der Bedarf so groß sind. Und daß in der Pflege mehr Personal benötigt wird, als man polemisch so darstellen kann, ist einleuchtend. An diesen Kosten kann auch der zuständige Referent nichts ändern, sonst hätte er es getan, nehme ich an.

Im Februar 1996 wird ein Gesetz verabschiedet, das vorschreibt, daß Altenheime kostendeckend zu führen sind. Werden dann die Pflegefälle nicht mehr aufgenommen, da sie zu hohe Kosten verursachen und dadurch das Ziel nicht erreicht werden kann? Ich hoffe, daß dem nicht so sein wird,

denn das wäre mehr als traurig, das wäre menschenverachtend und einer sozialdemokratischen, aber auch einer christlichen Gesinnung unwürdig

Nun zu dem Vorwurf, warum das APT noch nicht ausgegliedert wurde. Im März 1995 wurde seitens der Magistratsdirektion der Auftrag erteilt, eine Vorstudie über ein Betriebsführungsmodell durchzuführen, und diese wurde mit Ende April abgeschlossen. Es wurden dann Konzepte über 3 mögliche Varianten erarbeitet. Es muß genau geprüft werden, welche Betriebsform am günstigsten zu führen ist. Fachleute sind zu der Auffassung gekommen, daß ein selbständiger Regiebetrieb mit direkter Verantwortung am vorteilhaftesten wäre. Das heißt, daß man vom derzeitigen Verwalten auf einen Managementbetrieb umstellen muß - mit eigenständiger Kompetenz der Geschäftsführung, aber auch mit Eigenverantwortung.

Am 7. 12. 1995 wurde ein diesbezüglicher Bericht an die Magistratsdirektion weitergeleitet, einschließlich eines Entwurfes über die Satzungen, in welchen Grenzen die Struktur verändert werden muß oder kann. Über diese Satzungen muß ein politischer Konsens gefunden werden. Und ich hoffe, daß ehe baldigst von den politisch Zuständigen Gespräche geführt werden und eine Entscheidung getroffen wird, damit die Ausgliederung einerseits so sanft wie möglich, andererseits so effektiv wie erhofft durchgeführt werden kann. Die Verantwortlichen sind jetzt am Zug

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. Koll. GR Philipps ist als nächster am Wort.

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium! Eine kleine Äußerung darf ich noch machen zum Koll. Schwager. Ein paar Sätze nur - großes Versprechen, ich werde mich ganz kurz halten. Ich stimme mit Dir überein, daß man hier doch auf sehr sachlicher Ebene diskutieren sollte; und Du kennst meine Einstellung, sie ist dieselbe. Nur, wenn ich das Wort Streetworker direkt übersetze - es gibt Leute, die diesen Fehler machen -, dann komme ich selbstverständlich zum Straßenarbeiter, und dann kann ich natürlich der Fehlmeinung unterliegen, daß dieser Flaschen oder Dosen wegräumen muß. Ich möchte aber sehr deutlich sagen, daß es sich hier um ein ganz, ganz wichtiges Thema handelt, das unsere Jugend betrifft. Und wer mit diesem Thema, mit dieser Jugend zu tun hat,

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Wer mich verstanden hat, weiß, daß ich das unterschieden habe!

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Ja, ich weiß schon. Erlaube mir einen kleinen Zynismus.

Wer also mit der Jugend zu tun hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, der weiß sehr genau, daß sich in den Schulen doch immer mehr Gewaltbereitschaft ergibt. Und der "Straßenarbeiter" der Streetworker, der hier zitiert wurde, sollte doch Vorsichts-Maßnahmen schaffen, sollte Präventiv-Maßnahmen setzen. Er sollte nicht die Jugendlichen dann zum Gericht begleiten, wenn es schon zu spät ist, sondern er sollte, bevor etwas passiert, aktiv werden. Ich glaube, hier sind wir uns alle einig, daß dies eine grundsätzlich vernünftige Lösung wäre.

Es ist auch nicht richtig, das mit einer einzigen Äußerung abzutun, "wir haben ja unsere Exekutive" - das habe ich nämlich auch schon einmal gehört. Ich glaube, daß das nicht gerade die passende Äußerung dazu ist, dieses wichtige Thema Streetworker abzuhandeln und die Jugendlichen damit quasi wieder im Regen stehen zu lassen. Ich darf also ersuchen, dieses Thema wirklich sehr ernst zu behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Wenn dies nicht mehr der Fall ist, bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich möchte es eigentlich so kurz wie möglich machen. Einige Punkte sind noch offen geblieben. Koll. Gabath hat gemeint, daß für ihn die Einnahmen zu optimistisch eingeschätzt sind. Wir können nur davon ausgehen, daß wir konkret auf Basis jener Aussagen, die wir aus Wien und aus Linz bekommen haben, diese Budget-Ansätze gewählt haben - nachdem hier erst immer in den letzten Zeitabständen vor der Budget-Erstellung auch wirklich die letzten Daten hereinkommen, auch die Mitteilungen, wie die Einschätzungen sind im Bundesministerium für Finanzen, aber auch vom Land die entsprechenden Erlässe, bezüglich unserer Transferzahlungen. Ich möchte das nur sagen.

Koll. Eichhübl hat Hrn. Lubbers zitiert. Es stimmt schon, was er gesagt hat. Du hast nur nicht dazu gesagt, zu welchem Zeitpunkt er das von sich gegeben hat. Nämlich zu einem Zeitpunkt, als alle vom Sparen geredet haben und gleichzeitig neue Projekte um bis zu 100 Mill. S sozusagen einforderten. Da hat er uns den Spiegel vorgehalten und uns klar gemacht, daß es so nicht geht. Er hat noch etwas gesagt, das hast Du wohlweislich verschwiegen, und ich werde das auch tun. Es war nicht sehr schmeichelhaft für uns - das kann ich Euch sagen -, als er uns diesen Spiegel vorgehalten hat. Als er über das Milieu gesprochen hat, in dem wir uns hier bewegen, bei dieser Diskussion - Du weißt schon. Also, das möchte ich schon klarstellen: Wir haben erst dann eine sachliche Basis in Richtung der Eckdaten von dem Budget gefunden.

Ich möchte noch jemanden zitieren, nämlich Hrn. LH-Stv. Leitl im Hinblick auf die Einschätzung. Es kann ja auch einmal sein, und wir sollten auch optimistisch sein, daß wir uns nach einer ziemlich langen Phase der Talfahrt - die wir gerade in der Stadt und in der Region gehabt haben durch die

massive Umstrukturierung im industriellen Bereich - wieder in eine Aufwärtsphase begeben. Einige der großen Betriebe geben eben ganz deutliche Signale in diese Richtung. Wenn wir uns überlegen, daß - glaube ich - nirgendwo in Österreich auf einem so kleinen Raum solche Investitionen pro Kopf getätigt wurden, wie bei uns - sowohl bei SNF als auch bei BMW (Ausbaustufe IV und V allein 7,4 Mrd. S), dazu noch SKF sich in schwarzen Zahlen befindet, konsolidiert ist; und eben bei Steyr Nutzfahrzeuge auch 3,7 Mrd. S investiert wurden. Wenn wir dazu überlegen, daß der Standort Steyr doch wieder einigermaßen attraktiv geworden ist und eigentlich - wir haben schon darüber gesprochen - viele, vor allen Dingen kleinere Betriebe gegründet wurden (200 netto, in weniger als zwei Jahren!), dann ist das doch auch ein sehr positives und optimistisch stimmendes Signal, das wir bei der Gelegenheit doch auch sehen sollten bei dieser Einschätzung. Es geht nicht immer nur in den Keller, und Leitl hat damals also gesagt: "In Steyr werden große Investitionen getätigt, auch in die Forschung, in die Entwicklung, in die Ausbildung." Er hat VPTÖ gemeint, die FHS und FAZAT; und er hat gesagt, "also nicht nur im industriellen Bereich, auch in diesem Bereich wird investiert", und daß unser Bezirk einer sei, wo die Arbeitslosenzahlen Gott sei Dank in der letzten Zeit immer im Sinken begriffen waren. Ich hoffe nur, daß dies anhält; und es stimmt schon, daß generell die Prognosen zum Teil ins Negative modifiziert und die Erwartungen reduziert wurden.

Beim Koll. Jansky möchte ich mich bedanken, denn er hat einen netten Ausspruch getätigt. Er hat nämlich Dir. Zagler bescheinigt, er hätte ein Lacina-Syndrom. Ich setze das fort, und wir fassen das natürlich als Kompliment auf, denn es ist ja allgemein bekannt, daß unser Freund "Ferry" Lacina zum "besten Finanzminister der Welt" gekürt wurde. Und zwar nicht von der SPÖ, sondern von der Financial Times. Das ist immerhin ein Prädikat, das wenige von sich haben! Wenn ein kleiner Abglanz an diesen Fähigkeiten auf uns fällt, kann es uns nur guttun. Ich bedanke mich also für dieses Kompliment!

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Genauso war es gemeint!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Hat er es denn nicht so gemeint?

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Koll. Lengauer hat gesagt, die Zahlen lügen. Ich möchte Ihnen nur sagen, Hr. Kollege, gerade Zahlen können nicht lügen - Worte schon! Sie bringen das ja immer in einem sehr interessanten und sehr mitreißenden Zusammenhang hierher. Ich möchte also sagen, unsere Zahlen lügen nicht!

Es hat auch - das möchte ich gleich zum Koll. Dr. Schwager sagen - dieser Nachtragsvoranschlag, den Du mehrmals zitiert hast, eigentlich gezeigt, daß wir im Budget-Vollzug auf Plan gelegen sind. Und sogar besser als auf Plan! Denn 4 Mill. S weniger Abgang als präliminiert, und 8 Mill. S weniger Darlehen als präliminiert, und trotzdem die Projekte durchgeführt - bitte, da muß ich schon sagen, das ist an und für sich kein Grund für einen Vorwurf!

Zum Koll. Lengauer noch eines. Er hat sich besonders darauf konzentriert, zu sagen, "so gut kann ja dieses Budget nicht sein, wenn gleich ein Abänderungsantrag vorgelegt wird". Fr. Kollegin Lohnecker hat das übrigens in ähnlicher Weise vorgebracht. Ich möchte daran erinnern, daß jedes Budget in dieser Funktionsperiode des GR hier nicht nur in seiner Urform, sondern immer mit einem Abänderungsantrag vorgelegt wurde. Dies deswegen, weil die Fraktionen nach der Einbringungsfrist im StS noch Zeit gebraucht haben, um zu verhandeln, wie denn die Endfassung aussieht. Das ist also nicht etwas so Ungewöhnliches, wie Sie das so leidenschaftlich dargestellt haben!

Eines noch, Fr. Kollegin Lohnecker. Es war ein Beamten-Entwurf und kein Sozialdemokratisches Papier! Beamte sind weisungsgebunden, hast Du gesagt - das stimmt schon. Aber ich habe bei einer Klausurtagung der Geschäftsbereichsleiter zum Budget nur eine einzige Weisung gegeben, eigentlich war sie 3seitig aufzufassen: Es muß erstens ein o. H. erstellt werden, der hier ausgeglichen ist; und zweitens ein ao. H., der leistbar ist im Rahmen unserer Finanzkräfte, also keine Neuverschuldung; und es darf auch drittens nicht dazu kommen, daß unsere Rücklagen aufgebraucht werden. Das war meine Weisung, und ich habe sie aufgefordert

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt nur leider nicht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe diesen Auftrag gegeben, und das stimmt!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, das stimmt leider nicht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sie waren doch nicht dabei! Wie können Sie mir denn sagen, daß es nicht stimmt. Das ist ja ein eklatanter Vertrauensmangel, den Sie ...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber ich weiß von Weisungen, daß z. B. die Zufahrt Reithoffer, Jugendkulturhaus

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

..... daß es per Weisung hineingekommen ist. Nicht auf Wunsch der Beamten, auf Ihren!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um Ruhe - der Bürgermeister ist am Wort!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe hier diese Weisung gegeben. Dieser Beamten-Entwurf - der nach der Einschätzung der Beamten fachlich, sachlich aus ihrer Sicht erstellt wurde - zeigt ja, daß eine ganze Reihe von politischen Überlegungen der einen oder der anderen Fraktion, auch unserer, nicht drinnen war. Und das war auch so ausgemacht, weil es nachher das politische Gespräch geben wird, sodaß die politischen Fraktionen eben auch in der Lage sind, ihre Meinungen miteinzubringen.

Koll. Holub hat wieder sehr gekonnt rhetorisch brilliert und hat mir natürlich unterstellt, ich hätte schlechte Berater, denn selbst sei ich ja gar nicht so arrogant. Das war wirklich eine wunderbare Wortwendung, die Du hier gefunden hast! Es wird schon so sein - jeder Mensch hat bessere und schlechtere Berater. Ich persönlich glaube jedenfalls nicht, daß in meiner direkten Umgebung jemand arrogant ist, sondern ich bemerke nur gemeinsames Bemühen. Persönlich bilde ich mir auch nicht ein, daß ich arrogant bin. Aber es kann schon manchmal sein, daß, um zu einem Ergebnis zu kommen, eben auch "ein Schuß" ultimatives Verhalten bei mir festzustellen ist. Das würde ich jedoch auch jedem anderen zubilligen, der bemüht sein soll, daß er letzten Endes zu Entscheidungen kommt, wenn wir oft endlos über gewisse Dinge diskutieren! Dr. Tilman Schwager schaut schon auf die Uhr - jetzt

meint er bestimmt mich. Ich möchte nur noch ein paar Dinge kurz anführen.

Es ist auch nicht richtig, daß unser Hr. Magistratsdirektor vielleicht die ganzen glühenden Kohlen auf seinem Haupte versammelt bekommt. Ich möchte schon in Erinnerung rufen, daß z. B. ein Ergebnis bei dieser Klausurtagung war - gerade Du hast das auch sehr stark vertreten -, daß keine neuen Projekte noch zusätzlich begonnen werden sollten, als wir bei einem best. Stadium der Diskussion waren. Sondern: Substanz erhalten, aber keine neuen Projekte!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich habe eine Modell-Rechnung verlangt, damit man einmal weiß, worum es geht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Jeder meint immer etwas anderes, wenn er etwas sagt. Es ist aber natürlich

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es steht Dir ja zu, ich habe gar nichts gesagt!

Ich möchte dazu nur eines festhalten: Wer glaubt denn, daß wir uns das einfach so leisten können? Obwohl wir es brauchen werden; obwohl Koll. Radmoser genauso die Bedeutsamkeit der Pflegeplätze und -kapazitäten unterstrichen hat, und auch ein Brief aus dem LKH an mich ergangen ist. Es ist nur dort festgestellt worden, daß wir nicht alleine mit einem solchen Problem kämpfend unterwegs sind; und dort ist auch drinnen gestanden, daß ihre Probleme nicht zuletzt daher rühren, weil es im Bezirk Steyr-Land viel zu wenige solcher Einrichtungen gibt, und sie stellen sich eben vor. Ich erinnere mich, daß Du mir sogar einmal gesagt hast, daß es auch nicht zu einer Praxis werden darf, daß wir quasi 1:1 Überstellungen von Nicht-Steyrern aus dem Steyrer LKH in unser Altersheim hereinbekommen und für die Steyrer dann eigentlich keinen Platz haben. Wir brauchen also in allen Regionen diese Einrichtungen! Es ist nur so, daß dieses "Ding" 150 Mill. S kostet. Und wenn wir dieselben Abgänge haben, dann werden wir jährlich noch rd. 8 Millionen Folgekosten haben - oder so in der Gegend, wenn ich Ableitungen treffen darf von dem, was wir jetzt zuzahlen bei unserem Altersheim. Wir können uns das wahrscheinlich nicht einfach leisten. Und es ist nicht so, daß wir einfach sagen können, jetzt bringen wir noch ein Altersheim um 150 Mill. S in irgendeinem Budget unter!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wir werden uns das leisten müssen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, "leisten müssen" ist schon gut - ich frage nur, was? Der ganze ao. H. beträgt 141 Mill. S! Ich mache nur darauf aufmerksam, daß Zahlen nicht lügen können und daß eben dort dann irgendwo die Unlösbarkeiten anfangen! Es sei denn, es gelingt uns gemeinsam mit den übergeordneten Gebietskörperschaften, Finanzierungsmodelle zu erstellen. Damit werden wir uns sicher noch auseinandersetzen müssen!

Weil die Pressearbeit bzw. Koll. Hackl bei Dir auch eine Beachtung gefunden hat. Ich muß sagen, er bemüht sich sehr. Eines wird eben auch nicht unterbleiben können: Jede politische Gruppierung nimmt sich kein Blatt vor den Mund und macht eine Presseaussendung nach der anderen. Über eine wurde ja am heutigen Tag schon ausführlich berichtet - ich werde das nicht weiter fortsetzen. Ich stelle nur fest, daß es dem Bürgermeister - der nämlich diese Stadt nach außen zu repräsentieren hat, und so steht es im Statut - doch zumind. möglich sein muß, seine Stimme zu erheben, um das zu sagen, was er glaubt und was Stand der Dinge ist. Ich bemühe mich ohnehin, das in einer adäquaten Form zu tun.

Die Ausgliederung des APT wurde bereits besprochen. Daß Du bei mir keinen Termin bekommst, das halte ich für eine sehr bemerkenswerte Darstellung, die Du nicht

STADTRAT

KARL HOLUB:

Der Magistratsdirektor hat mir im Juli gesagt, er wird einen Termin besorgen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

..... die Du hier nicht zum ersten Mal machst. Letztes Mal war ich nicht zugegen, da hat man es mir erzählt. Aber Karli, Du weißt natürlich schon, daß Du innerhalb von drei

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wenn mir ein so hochrangiger Mann sagt, er besorgt einen Termin, dann

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Du brauchst immer einen Schuldigen, jetzt ist es eben Dr. Schmidl. Hast Du es ihm am Ende eben schon im Juli gesagt - das glaube ich Dir. Wenn es Dir so wichtig gewesen wäre, wie Du jetzt tust, hättest Du bei mir innerhalb von drei Tagen einen Termin gehabt. Du hast ihn ja sonst auch immer bekommen, wenn Du ein dringendes Anliegen "auf der Brust" hattest. Es wird aber gar nicht so spruchreif gewesen sein, denn wir haben ja aus den Ausführungen der Kollegin Radmoser gehört, daß dieses Papier erst im Dezember vorgelegen ist. Und es ist auch so, daß in unserem Statut folgendes drinnen steht - ich habe jetzt den Paragraphen nicht im Kopf, irgendeiner mit 3 vorne ist es: Der Bürgermeister bedient sich der StS-Mitglieder zur Umsetzung der Beschlüsse. Wenn es also schon einen StS-Beschluß gibt zur Ausgliederung oder Verselbständigung des APT, dann sind Dir ja kaum Grenzen gesetzt. Also, mein Freund, beleißige Dich Deines Amtes, und Du kannst auf dem Sektor ruhig ordentlich weiterwerken. Ich werde Dir nicht in den Arm fallen!

Dann möchte ich zu den Kopiergeräten usw. noch etwas sagen. Koll. Fürweger hat hier einen Teilabschnitt interpretiert. Ich darf sagen, daß die Gesamtaufwendungen im Sammelnachweis eine Reduzierung bringen - nämlich von 637 auf 586.000, also um 51.000 S. Das, was Du zitiert hast, war also ein Teilabschnitt - wir haben die Gesamtbetrachtung auch angestellt!

Ja, meine Damen und Herren, das waren die wichtigsten Dinge, ich will Sie nicht länger strapazieren. Ich bin froh, daß die Diskussion im großen und ganzen doch recht kultiviert abgelaufen ist, was ja nicht unbedingt so sein müßte. Nachdem natürlich eine Entwicklung eingetreten ist, daß manche Uhren anders gehen und andere politische oder personelle Entwicklungen eingetreten sind in manchen Fraktionen, ist es eben so, daß, wie mir mitgeteilt wurde, ich mich damit vertraut machen muß, daß nicht mehr alles hier herinnen entschieden wird, sondern in den Parteien - oder in der Partei, in einer speziell. Natürlich wird es nicht leichter dadurch, denn normalerweise sind wir oft als Sozialdemokraten vollmundig damit konfrontiert worden - gerade von der ÖVP -, daß wir uns irgendwie in irgendeinem "roten Sumpf"

STADTRAT

KARL HOLUB:

Filz!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

..... in irgendeinem "roten Sumpf" befinden und dann

ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

..... und dann - naja, ich kenne jemanden, der hat das sehr oft gebraucht - irgendwie in die Reihe der Apparatschiks gestellt wurden. Eigentlich sind die Parteien gar nicht so "in" - da haben ja die Bürgermeister oder die GR- und StS-Mitglieder noch ein besseres Image als die Parteien an sich.

Ich halte also nicht sehr viel davon, im Zuge der Ausübung meiner gemeindepolitischen Aufgaben immer zur Partei fragen zu gehen. Ich sage das nur, und aus diesem Titel kann auch die eine oder die andere Schwierigkeit entstehen. Aber das muß jede Fraktion mit sich selbst ausmachen.

Es scheint, daß wir ein Budget bekommen werden. Ich bin zufrieden damit. Für mich ist es das Wichtigste, daß diese Grundlage für die Arbeit in der Gemeinde im heurigen Jahr gesichert wird. Lieb wäre es mir, wenn dieses Budget eine möglichst breite Mehrheit hätte. Ich danke Ihnen herzlich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Zur Geschäftsordnung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Bremm hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet - bitte sehr.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle den Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl, einer geheimen Abstimmung über das Budget.

Sehr geehrter Hr. Bürgermeister, die unterfertigten Mitglieder der Sozialdemokratischen GR-Fraktion

stellen gem. § 8 Abs. 2 lit. der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr den Antrag, über den Hauptantrag und sämtliche eingegangenen Abänderungs- bzw. Zusatzanträge zu TOP 1) der Sitzung des GR der Stadt Steyr vom 11. 1. 1996, betreffend die Feststellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1996, eine geheime Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist, stimmen wir gleich darüber ab. Wer für die Durchführung der geheimen Abstimmung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Eine 1/3-Mehrheit ist erforderlich. Danke, der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Wir müssen die Sitzung kurz unterbrechen, weil

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

..... weil wir dazu eine Urne brauchen und

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hätten Sie aber vorbereiten können!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wir brauchen auch Stimmzettel! Es wird nicht lange dauern!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Super!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich ersuche um Ruhe!

Meine Damen und Herren des GR! Zur Abstimmung steht der Hauptantrag in Form des gemeinsamen Abänderungsantrages der SPÖ und der GAL. Ich möchte die jüngeren GR, Fr. Weixlberger und Hrn. Fürweger, ersuchen, als Stimmprüfer zu fungieren. Die Wahl wird von Hr. Magistratsdirektor Dr. Schmidl und von Hrn. Präsidialdirektor Dr. Alphasamer vorgenommen

ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nein, nur zwei Stimmprüfer! Sie sind die Jüngeren, und Fr. Kollegin Weixlberger hat ja heute Geburtstag. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ihr gleich gratulieren - alles Gute!

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir bitte nun zur Abstimmung!

DIE MANDATARE WERDEN IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE ZUR STIMMABGABE AUFGERUFEN. DIE STIMMPRÜFER ERMITTELN DAS ABSTIMMUNGSERGEBNIS UND GEBEN ES DER VORSITZENDEN, FR. VBG. MACH, BEKANNT.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das Abstimmungs-Ergebnis lautet: 19 Pro-Stimmen, 15 Gegenstimmen. Meine Damen und Herren, damit ist das Budget für 1996 beschlossen.

Einen TOP haben wir noch zu behandeln, ich gebe hierfür den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich bei Fr. Vbgm. Mach, daß sie den Vorsitz so lange geführt hat; es war eine Tortur - keine Frage.

Wir kommen zum nächsten TOP, Berichterstatter ist Hr. StR Leopold Tatzreiter. Ich darf um den Vortrag bitten.

BERICHTERSTATTER STR.

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Im zweiten Antrag des heutigen Tages geht es um die Veränderung des Mietzinses im ehem. Geschäftslokal des Konsum Österreich in der Wagnerstraße 2 - 4. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, war ja der bisherige Vertrag der Miete seit dem Jahr 1948. Und erst jetzt - nachdem der Konsum zugesperrt hat bzw. das Lokal weiter verpachtet wird - ist der Pachtzins zu erhöhen. Ich bitte um Ihre Zustimmung für die Erhöhung des Pachtzinses von ehemals 8.914 S auf derzeit 23.986 S für diese 358 m². Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung

2) GHJ2-44/95

Spar Österr. Warenhandels AG, Geschäftslokal Wagnerstr. 2 - 4; Erhöhung des Mietzinses gem. § 12 a MRG.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Privatrechtsangelegenheiten v. 12. Dez. 1995 wird der Anhebung des Mietzinses für das Geschäftslokal Wagnerstraße 2 - 4 auf einen ortsüblich angemessenen Mietzins von S 67,--/m² inkl. USt zugestimmt. Bei einer Gesamtmietfläche von 358 m² im Altbau des sogenannten "Hotel Münchenholz" ergibt sich sohin für die SKB HandelsgesmbH ein monatlicher Mietzins von insgesamt S 23.986,--. Zudem hat die SKB HandelsgesmbH den

zwischen der Stadt und dem Konsum Österreich abgeschlossenen Gestattungsvertrag über die Pachtfläche des Zubaus zum Geschäftslokal zu übernehmen.

Beide Beträge unterliegen in Zukunft der Wertsicherung nach dem VPI 1986, wobei als Basis für die Berechnung der Wertbeständigkeit der für den Monat Oktober 1995 vom Statistischen Zentralamt in Wien verlaubliche Wert heranzuziehen ist.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag "Spar - Konsum", der Wechsel, gibt uns Gelegenheit, hinzuweisen auf die Pleite 1995. Hier, aus dem geschützten gewerkschaftlichen Bereich, ist eine Pleite entstanden, die seinesgleichen in der 2. Republik sucht! Hier haben - obwohl unter völliger Verzerrung der Marktchancen bzw. des Wettbewerbes, wo für dieses riesen Areal ein Mietzins von jährlich 12.000 S lukriert wurde - die Konsum-Manager es nicht geschafft, auch in Steyr ihre Betriebe so zu führen, daß die Nahversorgung gesichert ist. Sie haben sie leichtfertig auf das Spiel gesetzt, und einige haben ja zugesperrt. Eine andere Kette hat das jetzt übernommen.

Und warum ich mich auch zu Wort melde: Weil es diesen Top-Managern, die dafür verantwortlich waren (die nicht in Steyr sitzen, die Top-Manager!), nicht zu blöd war bzw. daß sie so raffgierig waren, daß sie 2stellige Millionenbeträge als Abfertigung vom Konsum, vom kleinen Sparer lukrieren wollen! Die Zeche dafür müssen einerseits die Gemeinden zahlen, die schlagartig Probleme mit der Nahversorgung bekommen haben, die jedoch zum Teil gelöst wurden; und zum anderen die Angestellten in diesen Bereichen und auch die Sparer, die Vertrauen in den Konsum und in den sog. "Roten Riesen" gehabt haben.

Ich warne davor, wenn Gewerkschafter ihren Sessel wechseln und in Spitzen-Positionen bzw. Management-Positionen kommen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Auch bei Tierärzten ist es gefährlich!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster ist Hr. Dr. Tilman Schwager am Wort.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag wird eine Mietzins-Erhöhung nach § 12 a MRG angestrebt, die an sich dem Gesetz vollkommen entspricht, weshalb wir auch dem Antrag sicherlich zustimmen werden. Wenngleich man darüber diskutieren könnte, daß man hier einen Mietzins-Satz nimmt, der dem vom Geschäftslokal im ersten Obergeschoß angemessen wäre. Aber mit dem speziellen Fall, glaube ich, liegen wir hier deswegen richtig, weil wir sonst nicht so hoch erhöhen könnten, wie es jetzt doch gelingen wird. Es ist ein scheinbarer Widerspruch, aber auf den wollte ich nur hinweisen, daß wir ihn beachtet haben. Aber - zusammengefaßt - es bringt der Stadt Geld, um das auf den einfachsten Nenner zu bringen. Und daher wird unsererseits diesem Antrag auch zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Koll. StR Holub ist als nächster am Wort.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zuerst zwei versch. Preise gehört. Einmal 8900 und einmal 12.200 S. Der Wahrheit kommen wir näher, wenn wir das Ganze addieren. Das ist also dann das, was die Stadt erlöst hat aus diesem Bestand. Und jetzt haltet Euch bitte fest - so hat also die Stadt ihr Auge auf einer Seite: das war jährlich für dieses ganze Areal in Münchenholz!

Solche Verträge lassen uns doch ein wenig vor Augen kommen, wie dringend es notwendig war, daß sich die Zeiten auch in Steyr ändern! So einseitige Verzerrungen, wie es damals üblich war, das erinnert schon an Zustände aus anderen Weltbereichen. Der Rückfall in die Vergangenheit möge nie wieder eintreten, was solche Richtungen betrifft!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Werden nicht mehr angezeigt. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ich möchte zu den Wortmeldungen nur eines anmerken. Als die Stadtgemeinde das Haus übernommen bzw. gekauft hat, haben wir ja den Vertrag schon mitübernommen. Er war ja schon vorher existent, mit dem Vorbesitzer dieses Hauses. Daher konnten wir nicht aussteigen. Das möchte ich nur gesagt haben, denn wir konnten es nicht ändern!

Die Stadtgemeinde mußte dieses Vertragswerk, das zum damaligen Zeitpunkt schon existent war, mitübernehmen. Das ist leider die Tatsache. Jetzt erst hat es sich ergeben, diese Veränderung durchzuführen. Ich darf dafür auch um Verständnis bitten, und daß wir hier die Zustimmung von allen erhalten. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Machen wir es geheim?

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Aber Hr. Dr. Pfeil! Wollen Sie geheim abstimmen? Dann müssen Sie einen Antrag stellen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Einstimmig angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, sind die Verhandlungsgegenstände erschöpft. Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion ein Thema? Nicht der Fall. Wird von der FPÖ-Fraktion ein Thema gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Jawohl, Hr. Dr. Tilman Schwager bitte!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn wir so viel Zeit haben für eine geheime Abstimmung, dann werden wir für eine Aktuelle Stunde auch Zeit haben!

Beginn der Aktuellen Stunde: 22.35 Uhr

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Nach dem Oö. Tourismusgesetz gibt es ja bekanntlich verschiedene Zoneneinteilungen, was jetzt die Beitragsleistungen anlangt. Was die Stadt Steyr hier wiederum betrifft, liegt beim Amt der Landesregierung ein Antrag auf Änderung dieser Zonen, der mir in meiner Eigenschaft als Mitglied des Ausschusses der Rechtsanwaltskammer zur Stellungnahme zugegangen ist, der aber meines Erachtens doch vor den Verantwortlichen der Stadt nicht einfach versteckt werden sollte.

Der Antrag kommt von der Wirtschaftskammer; er ist aber in der Sache im wesentlichen in Ordnung begründet. Ich habe mir nur erlaubt, die Zonengrenzen etwas anders auszuformulieren, als sie in diesem Antrag gelegen waren. Es soll damit erreicht werden, daß nicht nur der innerstädtische und altstädtische Bereich, sondern praktisch der gesamte Bereich der Stadtgemeinde Steyr in die Zone 1 hineinkäme. Das ist sicher vernünftig, weil man ja bestimmte Betriebe - insbes. in Christkindl draußen oder auch in sonstigen, eher außerhalb des Zentrums gelegenen Fremdenverkehrs-Schwerpunkten unserer Stadt - nicht miterfaßt hätte.

Die Formulierung, die aber ich vorgefunden habe, wäre so gewesen, daß gerade ein Betrieb, der gut floriert, ausgenommen gewesen wäre, weil nämlich die vorgeschlagene Formulierung so lautete (was die Stadtgrenze anlangt): zunächst die Eisenbahnbrücke, und dann wäre es weiter hinaufgegangen zum Liedgutweg, und dann von dort über die Werndlstraße zum Leitenweg.

Ich habe mir als Abänderung erlaubt einzugeben, daß man von der Eisenbahnbrücke an der Stadtgrenze verbleiben möge bis zur Werndlstraße und dann zum Leitenweg weitergehen soll. Weil man eben einen bekannten Betrieb damit auch umfaßt.

Ich hoffe, daß die Wirtschaftskammer das verstehen wird!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Es war ein Begehren von uns, daß hier eine Änderung erfolgt!

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Stellungnahme dazu? Nicht der Fall. ÖVP-Fraktion? Koll. Holub möchte als Referent dazu Stellung beziehen. Bitte sehr.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich wollte nur sagen, das ist ein Antrag des Tourismusverbandes und nicht der Wirtschaftskammer - daß es nicht zu Mißverständnissen Anlaß geben kann! Ansonsten ist hier bei der Zonenziehung offensichtlich irgendwo ein Strich in der Natur falsch gemacht worden. Danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird von der GAL-Fraktion eine Wortmeldung dazu gewünscht? Nicht der Fall. Unser Wissen wurde also hier um diese Nuance erweitert.

Gibt es weitere Themen für die Aktuelle Stunde? ÖVP-Fraktion? Nicht der Fall. GAL-Fraktion? Wünscht ebenfalls kein Thema mehr.

Damit sind wir endgültig am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich herzlich und wünsche Ihnen allen ein Gutes Neues Jahr!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 22.38 UHR